s'Blättle

Nr. 104

DM 2,50

JULI 1985

MAGAZIN FÜRS UNRUHIGE HINTERLAND

Verfahren gegen "s'blättle":
Mittwoch, 3. Juli, 9.30 Uhr
Ulrichstr. 19, Zi. 207

10 JAHRE HOHENHEIMER SOMMER

AUFRUF PUERTORICANISCHER KRIEGSGEFANGENER

ATOMENERGIE IN BADEN-WÜRTTEMBERG

ZUR SITUATION DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN NORDIRLAND

ZUR VEREINHEITLICHUNG DES JUSTIZ- UND REPRESSIONSAPPARATES

ASTA-INFO SOLL KRIMINALISIERT WERDEN

Verkaufsstellen in STUTTGART

Bedo, Dobelstraße
Buchhandlung Kegel, Neue Str. 9
Buchhandl. Collektiv, Wilhelmsplatz 1
Buchhandlung Niedlich, Schmale Str. 9
Copy-Shop, Breitscheidstr. 35
Copy-Shop, Lautenschlagerstr. 20
EMMAUS, Nesenbachstr. 52
Exil, Filderstr. 61
Immergrün, Bismarckstr. 69
Jazzkeller, Fritz-Elsaß-Str. 38
Jenseitz, Bebelstr. 25
Kommunales Kino, im Planetarium
Kiosk, Bebelstr. 23
Kiosk, Schloßstr. 20
Kiosk, U-Haltestelle Uni-Keplerstr.
Landhausbuchhandlung, Landhausstr. 21
Lehen, Lehenstr. 13
Locanda, Rotebühlplatz 33
Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
Magazin, Lautenschlager Str. 22
Naturata, Blumenstr. 38
Sesam, Hospitalstr. 10
Valentins Bistro, Brennerstr. 5
Zentrales Fachschaftsbüro, Keplerstr.
Buch im Süden, Böblinger Str.
Rogers Kiste, Hauptstätter Str. 33

IN DEN UNTERWORFENEN VORORTEN

Bürgertreff Freiberg
Grünschnabel, Robert Koch Str.43 Vaihingen
Kernhaus, Plieningen, Mönchhof 2
Kiosk Wilhelmsplatz, Cannstatt
Maulwurf, Möhringer Landstr. 9, Vaihingen
Naturkostladen, Sonnenberg, Laustr.
Uniladen, Vaihingen, Haeberlinstr. 3
Uni-Laden, Mensa, Pfaffenwald
UWS, Papier und Druck, Libanonstr. 72a Gablenberg
Uni Hohenheim, Mensa und Asta
Theaterhaus Wangen

WEITER DRAUSSEN

Bunter Buchladen, Aicher Str. 16 7024 Filderstadt
Die Murmel, Kornwestheim
s' Waldhorn Kollektiv, 7069 Berglen -Oppe

INHALT:

Herausgeber der einzig wirklichen und alternativen Stattzeitung für Stuttgart und Umgebung ist das:
s´Blättle - Kollektiv
Böblingerstr. 59
7ooo Stuttgart-1
Tel.: o711/ 6498709

Verantwortlich sind eigentlich alle, die Zeit, Kraft, Lust und Laune in Herstellung, Produktion und Vertrieb des Druckwerks gesteckt haben, aber auch diesmal haben wir noch ein armes Schwein, das sich aufopfert als V.i.S.d.P.:
hendrik van straten

[illegible] wenn nicht [illegible] Doppelnummer im Sommer und Winter hergestellt wird:
Monatlich

Die Auflage ist nicht nur abhängig von der Zahl der Leser, sondern in erster Linie davon wie oft die Zeitung verkauft wird. Und damit diese wieder mal steigen kann, bitten wir alle: Kauft das Blättle
Massenhaft!

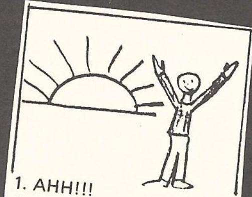
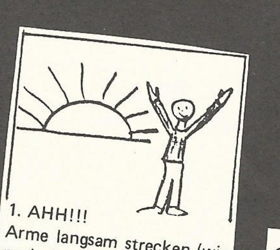
Anzeigen mit denen gewerbsmäßig Umsatz gemacht werden soll, lassen wir uns angemessen honorieren, vorbehaltlich einer eventuellen Ablehnung. Die Anzeigenpreisliste schicken wir jedoch auf Anfrage gerne zu. Für private Kleinanzeigen wollen wir kein Geld, d.h. sie
kosten gar nichts!

Unser Konto wird beim Postscheckamt Stuttgart unter der folgenden Psch.Kto.Nr. geführt:
242 460 - 703

Der Nachdruck ist allen aufrechten Alternativzeitungen (nicht solche, die sich nur selbst dafür halten) auf das Schärfste mit Quellenangabe und Belegexemplar empfohlen. Für die bürgerlichen Medien ist solches Tun auch ansatzweise auf das
strengste untersagt!

Falls ihr uns Spenden, Nahrungsmittel, aufmunternde Worte oder sonstwas zukommen lassen wollt, oder gar Eure Artikel mit uns diskutieren wollt, so könnt Ihr das machen an jedem:
Mittwoch, ab 20°°Uhr

Der Redaktionsschluß für die nächste Nummer ist der:
Mittwoch 17.7.85

1. AHH!!!
Arme langsam strecken (wie nach dem Aufstehen!).

6. SCHAU DICH UM!
Langsam einmal um sich selbst drehen. Schauen!

Ic' will 's Blättle abonnieren!

6 Nummern für 18.-DM
12 Nummern für 36.-DM
als Förderabo 12 Nummern für 4o.-DM

Das Geld lege ich der Bestellung bei:
in bar #
als Verrechnungsscheck #
ich überweise das Geld sofort auf das Postscheckkonto B. Heil c/o 'sBlättle Kto.Nr. 242460-7o3 beim PSchA Stuttgart #

Name:................................
Adresse:................................
Datum:........Unterschrift:..........

Denkt daran! s'Blättle kommt erst ins Haus, wenn das Geld bei uns ist. Geschenkabos gibt's natürlich auch!

7. HOLE AUS ALLEN RICHTUNGEN, WAS DU BRAUCHST. Nochmals drehen. [illegible]

ASTA-Info soll kriminalisiert werden



Das AStA-Info der Universität Hohenheim ist das Organ des AStA der verfaßten Studentenschaft. Es erscheint seit 8 Jahren ohne Impressum, woran sich aber bis zum Februar dieses Jahres niemand störte. Zwischen Univerwaltung und AStA existierte eine Art Status Quo , ein schmaler Grat zwischen Provokation und Selbstzensur. Wie schmal dieser Grat in Wirklichkeit ist, zeigte sich nun am AStA-Info vom 8.Februar. Der damalige AStA beschäftigte sich nämlich mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen und wollte darüber auch eine Diskussion an der Uni auslösen. Nachdem schon in vorigen Infos z.B. der Demoaufruf für die Zusammenlegung der hungerstreikenden Gefangenen veröffentlicht worden war und dies bei Teilen der Studentenschaft Proteste ausgelöst hatte, entschloß sich der AStA, inhaltliche Stellung zu diesen Vorwürfen zu beziehen Unter anderem wurden dabei Teile der Hungerstreikerklärung zitiert und die Tatsache der Isolationsfolter belegt.

Offensichtlich war mit der Wahl dieses Themas die Toleranzgrenze von Univerwaltung und/oder Rechten an der Uni überschritten. Schon drei Tage nach Erscheinen des Infos wurden wir über eine angeblich bestehende Anzeige informiert. Aber erst drei Monate später, Anfang Mai, passierte etwas: Zwei Polizisten in Zivil versuchten, sich auf illegale Art und Weise Zutritt zu der Wohnung eines Studenten zu verschaffen, indem sie sich als Mitglieder des AStA der Uni Tübingen ausgaben. Nachdem der Gesuchte mehrere Tage hintereinander nicht zu Hause war, spekulierten sie über eine evtl. bestehende "Fluchtgefahr". Von dieser Eskalierung der Dinge erschreckt, zog es der Student vor, freiwillig das LKA aufzusuchen, wo er erkennungsdienstlich behandelt wurde.
Etwa einen Monat später wurde ein ehemaliger Mitbewohner des Studenten ebenfalls erkennungsdienstlich behandelt. Außerdem mußte er, da er am darauffolgenden Tag ins Ausland fliegen wollte, eine Kaution von 600,- hinterlegen, um die BRD verlassen zu können.

WAS WILL DIE UNIVERWALTUNG?

Keine Frage, die Existenz des AStA-Infos ist den Herren der Universitätsleitung ein Dorn im Auge, stellt es doch die einzige Gegenöffentlichkeit an der Uni dar und wird von den Studentinnen und Studenten auch interessiert gelesen. Darüberhinaus ist is, da kein/e presserechtlich Verantwortliche/r erscheint, auch nicht zu verbieten. Die Liquidierung des Infos wäre zwar vielleicht möglich, aber mit erheblichem Aufwand verbunden. Zudem würde das Vorgehen von Turner & Co. dann an die Öffentlichkeit gelangen und müßte dort gerechtfertigt werden. Dies ist so lange schwierig, wie im AStA_Info nur über Mensapreiserhöhungen, HRG oder auch Frieden geschrieben wird, denn in diesen Bereichen ist die öffentliche Meinung noch relativ sensibel gegenüber Einschränkungen der sog. "Pressefreiheit". Ganz anders ist die Situation aber bei einem Thema wie dém Hungerstreik der polit. Gefangenen und hier sah die Universitätsverwaltung und die rechte Liste an der Uni wohl ihre Chance. Sie bauten darauf, daß bei solch einem Thema der Entsolidarisierungsprozeß unter den Studenten schon so weit fortgeschritten ist, daß es gelingen könnte, das AStA-Info (und gleichzeitig den AStA der Verfaßten Studentenschaft) zu kriminalisieren. Der Chef der sog. "Unabhängigen Liste" haut natürlich in die gleiche Kerbe, wittert seine Chance zur Profilierung und betätigt sich als Informant bei der Polizei.

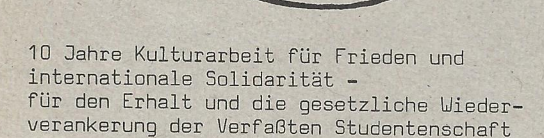
WAS WOLLEN POLIZEI UND STAATSSCHUTZ?

Während für Herrn Turner in erster Linie das Ausschalten einer unbequemen internen Opposition maßgeblich ist, muß das Interesse von Polizei und Staatsschutz in einen größeren Rahmen gestellt werden. Die Ermittlungstätigkeit der Polizei in diesem Fall ist primär inhaltlich ausgerichtet, d.h. sie wollen die Entstehung von Solidarität mit den politischen Gefangenen so weit wie möglich verhindern, da diese für den Statt eine Bedrohung des "inneren Friedens" darstellen würde. Es handelt sich deshalb bei der strafrechtlichen Verfolgung von Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema immer um Gesinnungsstrafrecht. So darf z.B. der "Spiegel" oder mittlerweile auch die "TAZ" ganz selbstverständlich Beiträge abdrucken, die beim "Blättle" oder dem "AStA-Info" kriminalisiert werden. Das Interesse des Staates ist deshalb darauf gerichtet, möglichst vollständige Informationen über Personen und Gruppen zu erhalten, die sich mit Haftbedingungen beschäftigen und dazu Öffentlichkeitsarbeit machen. Hohenheim ist in dieser Hinsicht bisher noch nicht in Erscheinung getreten. So sagte auch der ermittelnde Beamte, Schäfer, fast bedauernd:"Jetzt war es so lange ruhig in Hohenheim". Unsicher ist sich die Polizei zur Zeit noch darüber, wie die plötzliche "Unruhe" einzuordnen ist. Dies zeigt die Tatsache, daß sie nicht offen ermitteln, z.B. namentlich bekannte Studentenvertreter/innen vorladen. Auch ihr sonstiges Vorgehen deutet auf weitgehende Unkenntnis innerstudentischer Strukturen hin.
Dies schließt natürlich nicht aus, daß, um eine Ermittlungstätigkeit überhaupt rechtfertigen zu können, eine exemplarische Verfolgung eines Kommilitonen oder einer Kommilitonin stattfindet. Wir sollten damit rechnen, uns aber immer der Tatsache bewußt sein, daß bei der Frage nach Solidarität mit der betroffenen Person deren "Schuld" oder "Unschuld" keine Rolle spielt.
Sie können ihre Ziele nur dann erreichen, wenn sie es schaffen, die Leute, gegen die ermittelt wird, zu isolieren. D.h. unsere Aufgabe ist es, offensiv mit den Informationen, die wir haben, umzugehen und in regelmäßigen Abständen über den Stand der Dinge zu berichten. Wir müssen auch nach außen hin deutlich machen, daß wir uns nicht spalten lassen, egal wie jede/r Einzelne über den Inhalt des inkriminierten AStA-Infos denkt.

Zehn Jahre Hohenheimer Sommer – oder: »Kunst ist Waffe«

(Friedrich Wolf)





10 Jahre Kulturarbeit für Frieden und internationale Solidarität – für den Erhalt und die gesetzliche Wiederverankerung der Verfaßten Studentenschaft

In diesem Semester geht der Hohenheimer Sommer in sein 10. Jahr. Seit seinem Beginn 1975 wurde versucht, einen Gegenpol zur offiziellen Kulturpolitik zu bilden. Dies fand Ausdruck in der 1. HOHENHEIMER BAUERNKRIEGSWOCHE.
Sie war eine Antwort auf die offizielle Geschichtsdarstellung – wie z.B. in der Stauferausstellung, welche die Geschichte aus der Sicht der Besitzenden darstellt.
Im Einzelnen war somit das Leben und die Arbeit der Bauern während der ersten deutschen Revolution, den Bauernkriegen, das Thema.
Damals entstanden die Symbole des hohenheimer AStA, – der BUNDSCHUH, der Name einer Fahne, unter der sich die aufständischen Bauern versammelten, – und der Holzschnitt FÜR JERG RATGEB. Der Künstler HAP GRIESHABER stiftete diesen Holzschnitt dem Hohenheimer AStA. Die vier Fäuste des Holzschnitts symbolisieren den während der Bauernkriege gevierteilten Künstler Jerg Ratgeb, aus denen neue Kraft entsteht. Für den gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Studenten stehen der Hammer und das Lineal in den Händen Unter diesem Kopf erscheint seit Jahren das jetzt kriminalisierte AStA-Info.
Die Kulturgruppe ergänzte 1982 den Holzschnitt um eine Friedenstaube. Die Auseinandersetzung um die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missile fand in den Hochschulen ihren Höhepunkt in der bundesweit selbstorganisierten Volksbefragung, bei der sich im Dezember 83 über 50% der Hohenheimer Studenten beteiligten und 88% die Stationierung ablehnten.
Zusätzlich widmet sich der AStA und die Kulturgruppe dem Befreiungskampf der Völker in der 3. Welt. Während des jetzigen HOHENHEIMER SOMMERS führen der AStA und die Kulturgruppe Veranstaltungen zu Nicaragua und Mittelamerika, Frauen im Imperialismus und zur Internationalen Solidarität durch.
Einen ständigen Kleinkrieg führt die Univerwaltung gegen den AStA wegen der Forderung der Erhaltung und der gesetzlichen Wiederverankerung der Verfaßten Studentenschaft. Während des "deutschen Herbstes" 1977 wurden die studentischen Selbstverwaltungsorgane vom furchtbaren Marinerichter Filbinger per Gesetz aufgelöst, der AStA polizeilich geräumt.

Trotz ständiger Repressalien und Illegalität bestehen die Organe der studentischen Selbstverwaltung und somit die Verfaßte Studentenschaft in Hohenheim fort. Eine eigenständige Kulturarbeit wäre ohne die Verfaßte Studentenschaft nicht möglich.
Als einer der wenigen Unis in der BRD besitzt die Uni Hohenheim ein Kultur- und Kommunikationszentrum, welches erst nach massiven Forderungen der Studenten erbaut und am 27. Mai 1976, dem 450. Jahrestag der Ermordung Thomas Müntzers eröffnet wurde.
Diese Thomas-Müntzer-Scheuer ist seit diesem Zeitpunkt zum Treffpunkt von Studenten und Bewohnern des Filderraums geworden und ein weiterer Beitrag der Hohenheimer Studentinnen und Studenten zur kulturellen Szene einer Region.

PROGRAMM DES HOHENHEIMER SOMMERS 1985

Mo, 1.7. 20 Uhr, Thomas Müntzer Scheuer
"Die Blaustrümpfe", Kiel – provokative Thesen zum Umgang der Linken mit der 3.Welt und insbesondere der Frage der Frauenunterdrückung – Eine Veranstaltung des Frauenreferats der Uni Hohenheim

Di, 2.7. 20 Uhr, Thomas Müntzer Scheuer
"Internationale Friedensfete"

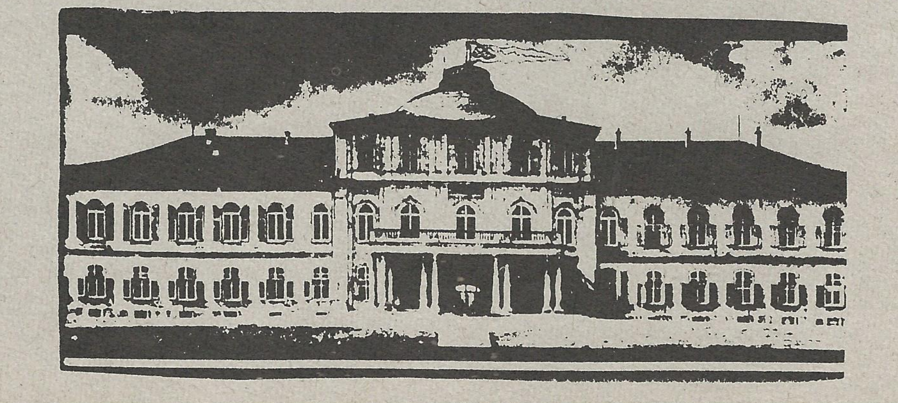
Mi, 3.7. 19 Uhr, Hörsaal 11
"Frauenforschung und feministische Wissenschaftskritik"
AK Frau und Wissenschaft

20 Uhr, Thomas Müntzer Scheuer
"Bohnen oder wer is(s)t und wer is(s)t nicht?"
Hohenheimer Theatergruppe

Do, 4.7. 19 Uhr, Thomas Müntzer Scheuer
Diavortrag über Nicaragua, anchl. Fete mit Saoco (Salsa-Musik)

Fr, 5.7. ab 20 Uhr, Universität Hohenheim: Osthof, Westhof, TMS
SOMMERFEST mit Bernie's Autobahnband, Matter of Taste, Rockola, Figurentheater, Musikfilmen, Faßbier und internationalen Spezialitäten

So, 7.7. ab 14 Uhr, Universität Hohenheim: Westhof
Flocketse: Hocketse mit Flohmarkt für Schüler und Studenten
Irish Folk mit uachtar, Blues-Rock mit Dr. Munk
Faßbier und Hohenheimer und Internationale Spezialitäten
Info-Stände der Fachschaften



Die Vereinheitlichung des Justiz- und Repressionsapparates in Westeuropa

Der folgende Redebeitrag wurde von dem Freiburger Rechtsanwalt Michael Schubert auf dem Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel am 3. Mai dieses Jahres in Bonn gehalten. Wir haben uns für einen vollständigen Abdruck entschieden, da das Referat präzise, logisch und verständlich(!) die Entwicklungen der letzten Jahre im Bereich der "inneren Sicherheit" darstellt und den politischen Hintergrund, auf dem diese Entwicklungen zu sehen sind, erklärt.
Schließlich finden wir die Schlußfolgerungen des Beitrags wichtig, der klarmacht, warum der Kampf gegen die Isolationshaft eigentlich die Sache aller politisch engagierten sein sollte.

15.000 Mann Polizeitruppe im Großeinsatz heute in Bonn - das ist der Zustand der "Inneren Sicherheit" in der BRD und in anderen NATO-Staaten.
In den Streiks der Metaller und Drucker im letzten Sommer in der BRD wurde in bisher nicht bekanntem Umfang Polizeigewalt eingesetzt zur Durchbrechung der Streikpostenketten. Eine ganze Anzahl von streikenden Arbeitern wurde von Kapitalisten und ihren leitenden Angestellten und von Polizeibeamten verletzt. Bundesgrenzschutz, Sondereinsatzkommandos der Polizei, Panzerwagen standen zur Niederschlagung der Streiks bereit. Zahlreiche Strafverfahren gegen streikende Arbeiter wegen Nötigung usw. wurden eingeleitet. Die streikenden Bergarbeiter in England wurden in der Springer-Presse schon zu "Terroristen" deklariert.
Bei jeder noch so kleinen Demonstration, bei jedem politischen Strafprozeß an einem Amtsgericht haben wir inzwischen ein Aufgebot des polizeilichen Sondereinsatzkommandos, eine überdimensionale Zahl militärisch gerüsteter Truppen, Ausweiskontrollen und Durchsuchungen, oft polizeiliche Kordons, die die ganze Demonstration einkesseln und das Demonstrationsrecht zur Farce machen. Wer alte Filme gesehen hat, z.B. aus der Zeit der Studentenbewegung Ende der 60ger Jahre mit den damaligen massiven Polizeieinsätzen, der sieht den drastischen Unterschied, die Militarisierung, die inzwischen erreicht ist. Stammheim ist zwar immer noch etwas Besonderes, aber es ist nicht die Ausnahme von der Regel, sondern es ist symptomatisch für die ganze Entwicklung.
Die Zahlen belegen die Entwicklung eindeutig: Allein in der Zeit von 1970 bis 1978 haben sich die Ausgaben im Bereich "Innere Sicherheit" beim Verfassungsschutz vervierfacht (von 34 Mio. auf 134,2 Mio. DM), beim Bundeskriminalamt verfünffacht (von 38,9 Mio. auf 200 Mio. DM). Die Truppenstärke des Bundesgrenzschutzes wurde von 1951 bis 1981 mehr als verdoppelt (von 10.000 auf 22.300 Mann). 1973, also bevor die Auseinandersetzung des Staats mit der RAF überhaupt virulent war, wird die gsg 9 gebildet. Auf Bürgerkrieg ausgerichtete Polizeibewaffnung mit Panzern, Hubschraubern bis zu 30 Mann Besatzung, Maschinenpistolen und MG's, Handgranaten, Nachtzielgeräten für Präzisionsschützen etc. wurde seit Anfang der 70er Jahre massiv vorangetrieben. "Finaler Rettungsschuß", Gummiwuchtgeschosse, Blendschockgranaten, CS-Gas sind heute ganz gängig diskutierte und auch schon angewendete Methoden polizeilicher Taktik.

DAS KONZEPT DER "PRÄVENTIVEN AUFSTANDSBEKÄMPFUNG"

Was da vor sich geht, erscheint auf den ersten Blick gänzlich überdimensioniert, zumal ein beträchtlicher Teil der Bewegungen, auf die solche martialischen Großeinsätze auch angewendet werden, ihrerseits in keiner Weise militant agiert. Verstehen kann man den Vorgang nur, wenn man das Konzept präventiver Aufstandsbekämpfung kennt, das heute in allen NATO-Staaten, vor allem aber in der BRD, bestimmend ist.
In einer gemeinsamen Studie im Regierungsauftrag kurz vor dem EG-Gipfel 1983 in Stuttgart kommen Institute aus der BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien und den Niederlanden zu dem Ergebnis, daß (Zitat) "gemessen an der Wahrscheinlichkeit von Konflikten...die westeuropäische Sicherheit weniger durch äußeren militärischen Druck auf die zntrale Front in Europa bedroht ist, als vielmehr durch die Unfähigkeit, drängende soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen und das sich daraus ergebende Potential an innerer Instabilität."
Zwei Punkte sind kennzeichnend für diese Äußerung:
(1) sie geht, entgegen nach außen verbreiteter Schönfärberei durch die Regierungschefs, von einer weiteren massiven Verschärfung der ökonomischen und sozialen Probleme aus, d.h.: Massenarbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Überarbeit für andere, Armut, Hunger, Ruinierung des ganzen "Netzes der sozialen Sicherheit" auch in Europa. Den Kapitalvertretern ist also vollkommen bewußt, daß die von ihnen betriebene Expansion rund um den Erdball und die Ausplünderung anderer Länder nicht die Lebenslage der Masse der Bevölkerung ihrer Länder verbessert oder auch nur stabilisiert - im Gegenteil. Sie wissen auch, daß die von ihnen prognostizierten Massenunruhen ganz objektive Ursachen haben und nicht das Werk irgendwelcher finsteren Mächte sind.
(2) Bei der Frage der Lösung dieser Probleme denken und planen sie sofort in militärischen Kategorien. Und dabei betrachten sie die innere und äußere Sicherheit, die Sicherheit ihres kapitalistischen Systems, als eine Sache. Wie weit das bei führenden westdeutschen Polizeistrategen schon gediehen ist, zeigen folgende Äusserungen: Stümper, Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg in seinem Buch "die Herausforderung von Justiz und Polizei durch eine sich tiefgreifend verändernde Sicherheitsproblematik":" Der polizeiliche Auftrag hat für den Staat einen regelrecht existentiellen Stellenwert bekommen...In den Aufgabenbereichen von Bundeswehr, Polizei und Nachrichtendiensten sind zunehmend Lagen denkbar, wo militärische Einwirkungen von außen und subversive Aktionen von innen zusammenwirken...Das gemeinschaftliche Planen von Polizei und Militär in diesem Bereich muß als etwas ganz Normales, Vernünftiges und Notwendiges gesehen werden."
Und Herold, früherer BKA-Präsident:"Es wäre höchst gefährlich anzunehmen, daß der Prozeß der Revolutionierung Europas nicht eingeleitet werden könnte." (Herold, Strategische Überlegungen zur Sicherheitslage, in FR, 3.5.1979).

DIE "FÜNFTE FRONT"

Die Antwort der Herrschenden in den Staaten der NATO ist: Wo es nicht mehr gelingt, mit ihrer Kontrolle des Schulwesens, des Medienapparates usw. Bewegungen in der Bevölkerung zu integrieren, muß jede Radikalisierung mit polizeilich-militärischer Gewalt im Keim erstickt und gleichzeitig mit allen Mitteln als kriminell denunziert werden.
Die Planung entsprechender Konzepte findet heute längst nicht mehr in irgendwelchen Polizeipräsidien statt, sondern in den höchsten Gremien der NATO und zusätzlich im Bereich der Europaratsstaaten über diverse Gremien polizeilicher Zusammenarbeit. Integraler Bestandteil des NATO-Kreigskonzepts ist auch längst nicht mehr nur die Aggression gegen die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten und die faktische Kooperation zur Niederschlagung von Unruhen in der sog. "Dritten Welt" zur Sicherung ihrer "Weltwirtschaftsordnung". Die NATO-Planung geht vielmehr von entscheidenden Aufgaben an der "fünften Front" aus.
So bezeichnen die NATO-Strategen den politischen Kampf im inneren, vor allem die Niederschlagung der "inneren Subversion" in westeuropäischen Staaten. (neben den drei Landfronten in Europa und der Atlantikfront). Sir Edward Peck, bis 1975 ständiger Vertreter Großbrittanniens im NATOrat, Chef des Joint Intelligence Committee (höchstes britisches Geheimdienstgremium), hat schon 1976, in einem Aufsatz im NATO-Brief herausgestellt, daß die "fünfte Front" die wichtigste sei. Er formuliert seine "Botschaft an die NATO" zu diesem Thema so:" Man muß in politisch-militärischen Begriffen denken. Man muß global denken...Man hüte sich auch vor dem Feind im Innern, aber man soll sich nicht zu dem Trugschluß verführen lassen, daß er oder die Sowjetunion mehr als ein Leben hätten."
Letzteres ist eine unverhohlene Drohung mit blutiger Niederschlagung innerer Unruhen durch die NATO.

NATO-MANÖVER "FLINKER IGEL"

Die entscheidende Bedeutung, die heute der "fünften Front" beigemessen wird, schlägt sich in jeder größeren NATO-Übung nieder. Das NATO-Manöver "Flinker Igel" im Herbst vorigen Jahres war z.B. eine integrierte Übung von Militär und Polizei (Bundesgrenzschutz, Bayrische Bereitschaftspolizei) zur Bekämpfung des äußeren und inneren Feindes (polizeilich auch "Störers").
Wovon in solchen Zusammenhängen ausgegangen wird, wird besonders deutlich an der "Lage-Vorgabe" für eine Übung von 1612 Beamten des Bundesgrenzschutzkommandos Mitte unter dem Titel "Fortbildung der Einheiten im Schießen unter einsatzmäßigen Bedingungen - Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand der Bundesrepublik oder die freiheitliche demokratische Grundordnung, Art.91 GG.",

veröffentlicht in der Zeitung der IG Druck und Papier vom 4.6.1984: (Zitat)

"Der anhaltende Streit der Tarifparteien um die 35-Stunden-Woche hat das angespannte innenpolitische Klima entscheidend verschärft. Ausgehend von zunächst als Schwerpunktstreiks geplanten Aktionen in den Bezirken Nortwürttemberg/Nordbaden und Teilen Hessens haben sich jedoch auch andere Bereiche wie IG Druck, ÖTV, Post und andere DGB-Gewerkschaften spontan zu wilden Streiks entschlossen... Die DGB-Führung ist von dieser 'wilden' Entschlossenheit an ihrer Basis völlig überrascht worden und aht die Kontrolle über ihre Mitlgiedsgewerkschaften verloren...Radikale links- und rechtsextreme Gruppierungen nutzen die unsichere innenpolitische Situation aus für eine Vielzahl von Anschlägen auf öffentliche und private Einrichtungen, sowie Entführungen hochgestellter Persönlichkeiten, um dadurch ein Klima für Umsturz und Chaos zu schaffen. Am 18. Mai 1984 wurde ein Anschlag auf das Verwaltungsgebäude des Bundesverbandes der Deutschen Industrie in Düsseldorf verübt.. Am 19. Mai 1984 wurde BDI-Präsident Esser von einem bisher unbekannten 'Komitee des bewaffneten Arbeitskampfes' entführt, um die Arbeitgeber zu zwingen, endlich bundesweit die 35-Stunden-Woche einzuführen. An beiden Tagen wurden vor allem NRW, Niedersachsen. Hessen und Baden-Württemberg von einer Serie von Raubüberfällen und Bombenattentaten erschüttert, in deren Verlauf 17 Menschen starben und 42 zum Teil erheblich verletzt wurden. Überfälle und Anschläge richteten sich vor allem gegen Supermärkte, Geldinstitute, Tankstellen sowie US- und Bundeswehrdepots...Erklärtes Ziel ist die Herbeiführung eines bürgerkriegsähnlichen Zustands, um die nach der Verabschiedung des Amnestiegesetzes endgültig diskreditierten Parteien endgültig zu verjagen und eine Ein-Parteien-Herrschaft unter Führung eines neuen 'starken Mannes' aufzurichten" (Zitat Ende)

Sicherlich ist einiges abstrus an diesem Erguß der BGS-Kommandeure. Wichtig ist aber: Ihre strategische Planung, ihre aktuelle Übung bezieht sich auf Massenbewegungen, vor allem auf die Arbeiterbewegung, und nicht auf einige wenige, die sie selbst als "Terroristen" bezeichnen. Bei ihrer Planung gehen sie selbst davon aus, daß sich verschiedene Kampfformen, wie Streiks und guerillamäßige Aktionen, miteinander verbinden.

INTERPOL, TREVI & CO.

Auf der polizeilichen Ebene ist nicht nur die Koordination mit den einzelnen Armeen und der NATO beträchtlich fortgeschritten, sondern auch die Zusammenarbeit der Polizeien der Europaratsstaaten untereinander. Dabei ist wiederum die BRD über das Bundeskriminalamt die treibende Kraft. Im November 1984 haT das BKA gerade eine internationale Tagung unter dem Thema "Internationale Verbrechensbekämpfung - Europäische Perspektiven" durchgeführt. Der Präsident des BKA, Boge, hat in seinem Referat mitgeteilt, daß die Polizeiführungen der westeuropäischen Staaten nicht mehr nur über INTERPOL in Paris - wovon sie 80% der Gesamtkapazität nutzen - zusammenarbeiten. Neue, informelle Gremien auf Minister- und hoher Polizeioffiziersebene sind entstanden. So TREVI= Terrorism, Radicalism, Violence International, ein Gremium, in dem sich halbjährlich hohe Staatsschutzbeamte und jährlich die Innenminister der EG-Staaten, Spaniens und Portugals zur Koordinierung innerer Aufstandbekämpfung treffen. Weiter die Wiener Gruppe und der Berner Club, in die mit gleicher Aufgabenstellung auch Österreich und die Schweiz einbezogen sind. Gleichzeitig werden die Waffensysteme der Polizeien, insbesondere für den Einsatz bei Massenunruhen, vereinheitlicht. Zahlreiche Methoden polizeilicher Zusammenarbeit haben sich entwickelt. So etwa der Datenaustausch, gegen den es praktisch keinen Rechtsschutz gibt. Allein auf dem Gebiet der Sachfahndung hält das BKA für die französische Polizei jederzeit abrufbar 720.000 Daten bereit. Die sog. "operative Zusammenarbeit", bei der sich die Polizeien unter Umgehung des vorgeschriebenen Weges über internationale Rechtshilfeersuchen einfach gegenseitig als "Werkzeuge" der jeweils anderen Polizei einsetzen. In diesem Rahmen werden dann z.B. die als besonders clever geltenden V-Leute aus Baden-Württemberg an die Schweiz und Österreich ausgeliehen. Oder der "persönliche kleine Grenzverkehr", bei dem sich Polizei und z.T. auch Staatsanwaltschaft auf kaltem Weg die Beweismittel und Beschuldigten rüberschieben. Das BKA versteht sich darüberhinaus auch als "Entwicklungshelfer" für "unterentwickelte" Polizeitätigkeit in anderen Ländern, insbesondere der "Dritten Welt". Die Anzahl sog. "Verbindungsbeamter" des BKA in mehreren europäischen Ländern und in Ländern der "Dritten Welt" soll auf 30 erhöht werden. Für sog. Ausrüstungs- und Ausbildungsbeihilfe für Polizeien in anderen Ländern ist im BKA-Haushalt ein Etat von 3. Mill. DM ausgewiesen. Derzeit wird in Wiesbaden eine Ausbildungsstätte für Angehörige ausländischer Polizeiorganisationen gebaut. Als Krönung des Ganzen planen Boge und andere die Bildung eines sog. "Europäischen Kriminalamtes" mit einheitlichem Datennetz usw., am besten natürlich in Wiesbaden.

DIE BEDEUTUNG DER JUSTIZ

Was sich in den westeuropäischen Staaten an Vereinheitlichung bezüglich der Justiztätigkeit zum Zweck der inneren Feindbekämpfung abspielt, ist nur auf diesem von den ökonomischen Interessen der Aufrechterhaltung der Profitwirtschaft und ihrer weltweiten Expansion bestimmten militärisch-polizeilichen Hintergrund zu verstehen:
Der britische NATO-Stratege Frank Kitson hat in seinem Buch "Im Vorfeld des Krieges" deutlich ausgesprochen, welche Rolle die Justiz auf dem Boden einer Kriegsmäßigen Bestimmung der Bekämpfung des "inneren Feindes" zu erfüllen hat: "(Zitat)...Die Justiz könnte als eine Waffe im Arsenal der Regierung benutzt werden. In diesem Fall wird sie nichts weiter sein als eine propangandistische Verkleidung für die Beseitigung unerwünschter Personen. Damit das wirkungsvoll funktioniert, müssen die Tätigkeiten des Justizdienstes so diskret wie möglich in die Kreigsvorbereitungen einbezogen werden. Dies bedeutet, das das für die Justiz verantwortliche Mitglied der Regierung entweder in dem obersten Gremium sitzt oder es seine Weisungen vom Regierungschef selbst bekommt." (Kitson, a.a.O.S.101.102)
Es liegt auf der Hand, daß Kitsons Position, die Justiz zu einer bloßen propangadistischen Verkleidung für die Beseitigung unerwünschter Personen zu machen, die Beseitigung der aus den bürgerlichen Revolutionen hervorgegangenen typischen Elemente der rechtsförmigen Bewältigung von Konflikten voraussetzt; vor allem also der prozessualen Garantien - etwas Erklärungs-, Beweisantrags- ung Fragerecht - mit denen sich der Beschuldigte gegenüber dem Justizapparat als "Rechtssubjekt" soll Geltung verschaffen können und die konkrete Fassung von Straftatbeständen mit individueller Schuldfeststellung und präzise beschriebener Rechtsgutverletzung. Diese Beseitigung von Verfahrensgarantien wie auch der ständige Ausbau generalklauselartiger Straftatbestände ist in der BRD in vollem Gang. Auf die Spitze getrieben finden wir den Vorgang heute schon in den sog. "Terroristenprozessen". Und dort findet sich mit der Isolationshaft auch schon eine neue Form der "Beseitigung unerwünschter Personen".

JEDER/R KANN KRIMINALISIERT WERDEN

Wir finden den Vorgang in der BRD aber auch in der immer uferloseren Kriminalisierung praktisch jedes politischen Verhaltens gegen die bestehenden Verhältnisse: Kriminalisiert werden kann heute schon fast jede Form des Widerstands, wenn er auch in bloßem Herumstehen oder -sitzen besteht, als Nötigung, § 240 StGB. Kriminalisiert werden kann auch fast jede gegen die bestehenden Verhältnisse gerichtete Meinungsäußerung, z.B. als "Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder", § 90a StGB - ein Tatbestand, bei dem man selbst mit dem Beweis der Wahrheit der BEhauptung über die BRD - z.B. daß es in der BRD tatsächlich Isolationsfolter gibt - der Bestrafung nicht entgeht, weil selbst wahre Aussagen verboten sind, wenn sie nur dem Ansehen der BRD schaden.

WAS IST DAS BESONDERE AM STAATE BRD?

Nach meinem Überblick kann man sagen, daß - trotz der Verfolgung des gleichen Konzepts der "inneren Sicherheit" in allen NATO-Staaten - nirgends eine solche von der gesamten übergerichtlichen REchtsprechung der letzten 14 Jahre abgesegnete und immer weiter ausgebaute - Perfektion von Sonderverfahrensrecht, Sonderhaftbedingungen, Sonderstrafrecht gegen politische Gefangene entwickelt ist und nirgends solch massive Strafen wegen Landfriedensbruch, Nötigung usw. an der Tagesordnung sind wie in der BRD. Selbst die USA werden da noch übertroffen.
Der Grund dafür ist nicht nur, daß die BRD von ihrem Beginn an "Frontstaat" mit in der Präambel des Grundgesetzes festgeschriebenem Rückerorberungsauftrag ist und daß sie als besonders expansive, aber über keine traditionellen Einflußgebiete verfügende Wirtschaftsmacht potentiell besonders auf Aggression nach außen ausgerichtet ist - und dafür braucht es "Ruhe an der Heimatfront".
Wesentlich ist vielmehr auch das spezifische Staatskonzept, das ausgerechnet unter Berufung auf "Lehren aus dem III. Reich" von Beginn an verfolgt wurde.

Es gibt wohl keinen anderen bürgerlich-parlamentarischen Staat, in dem die Absolutheit des Bestands des gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftssystems gegenüber dem Recht der Bürger auf Veränderung und Wahrnehmung fundamentaler Rechte dazu so festgeschrieben ist und so willfährig von einer in ihrem staatstreuen Selbstverständnis fast bruchlos aus dem Faschismus in die BRD übergegangenen Justiz durchgesetzt wird, wie die BRD. Schon in Art. 18 der Urfassung des Grundgesetzes findet sich der Leitgedanke, daß, wer die politischen Rechte zum Angriff auf die sog. "freiheitliche demokratische Grundordnung" "mißbraucht", diese verwirke - womit das Freiheitsrecht selbst ad absurdum geführt ist; denn

nur dann, wenn es auch zum prinzipiellen Angriff gebraucht werden kann, ist es ein Freiheitsrecht. Die Logik der "wehrhaften Demokratie" ist gerade die Vernichtung des politischen Feindes des Systems, seine völlige Ausschaltung von der politischen Handlungsfähigkeit. Das Konzept der "wehrhaften Demokratie" hat nachweislich -z.B. gut in den Schriften von Carl Schmitt nachzulesen, einem gleichermaßen für den deutschen Faschismus wie für die heute herrschende Staatstehorie wichtigen Staatsrechtler - den gleichen staatstheoretischen Kern wie der Faschismus: Die Beahuptung grundlegender absoluter Werte, die natürlich stets von den jeweils Herrschenden definiert werden. Wer diese Werte nicht teilt, ist ein "Volksschädling" und muß kaltgestellt werden.

VON KPD-VERBOT BIS RAF-BEKÄMPFUNG - EINE LINIE

Auf dieser Basis konnten seit Beginn der BRD Kommunistenhatz und KPD-Verbot, ein gewaltiges Arsenal von politischem Strafrecht, Notstandsgesetze, Berufsverbote und schließlich die sog. "Terrorismusbekämpfung" in ihrer perfidesten Form durchgesetzt werden. Es ist übrigens der Generalbundesanwalt Rebmann, der sich ja nach außen gerne so äußert, das es sich bei "Terroristen" um "Kriminelle im klassischen Sinn" handele, der in einer Rede vor dem Deutschen Richtertag 1979 schon diesen politischen Zusammenhang von der KPD- bis zur RAF-Bekämpfung als politischen Kampfauftrag des Staates proklamiert hat. Die "Lehren aus dem III. Reich", die von den Herrschenden in der BRD exekutiert werden, sind in der Tat, daß 1933 nicht wiederholt werden darf - man geht vielmehr mit einem viel ausgefeilteren, variableren Instrumentarium an die Aufgabe, die Masse der Bevölkerung mit dem Schein parlamentarischer Demokratie an das System so lange wie möglich zu fesseln und gleichzeitig von vornherein prinzipiellen politischen Widerstand im Keim zu ersticken.

Im Rahmen der Europaratsstaaten ist angesichts der sehr großen historisch begründeten Unterschiede der Rechtssysteme eine allgemeine Strafrechtsvereinheitlichung nicht in Sicht. Man kann davon ausgehen, daß es auf Seiten der Herrschenden auch ein ganz vorrangiges Interesse gibt, die Polizei- und Militärzusammenarbeit auszubauen, wobei gerade die BRD hier die Führungsrolle spielen will und aufgrund ihrer ökonomischen Stärke und ihres Vorsprungs in Sachen "innere Sicherheit" auch tatsächlich schon spielt.

Sind auf dem Gebiet von Polizei und Militär in der Verfolgung des "inneren Feindes" erst einmal handfeste Tatsachen geschaffen, dann kann die traditionelle rechtsförmige Bearbeitung von Konflikten wesentlich einfacher verdrängt werden. Sie können zum erheblichen Teil bloß polizeilich-militärisch "erledigt" werden. Soweit sie justiziell bearbeitet werden, entstände westeuropäische Rechtsvereinheitlichung - wenn man das noch so nennen kann - dann difinitiv als Anhängsel der Aufstandsbekämpfungsstrategie. Innerhalb der Einzelstaaten spielt sich derselbe Vorgang in abgewandelter Form ab: Als Umwälzung des Strafverfahrens auf dem Boden polizeilicher Bestimmung. Die immer weitere Ausdehnung der Kriminalisierung auf jeden politischen Widerstand ist dabei kein Widerspruch zu dem Vorgang der Verdrängung des überkommenen bürgerlichen Justizverfahrens. Die Kriminalisierung, für deren Vermittlung ja die Strafjustiz da ist, wird vielmehr nur vollends Endprodukt polizeistaatlich produzierter Vorgaben, reines Mittel der Demonstration staatlicher Macht und staatlicher Propagandaregie.

ZENTRALER BESTANDTEIL - PSYCHOLOGISCHE KRIEGFÜHRUNG

Justiz wird damit zu einem Element der von NATO-Militärs wie Beaufre (franz. Generalstäbler) und Kitson gepriesenen "psychologischen Kriegsführung" in ihrer Anwendung auf Westeuropa: Während faktisch die Mittel für polizeilich-militärische Bekämpfung und Auslöschung der "subversiven Kräfte" geschaffen und auch schon angewendet werden, wird ideologisch der Vorgang um so hartnäckiger als Strafverfolgung ausgegeben. Die Kriminalisierung dient als Mittel, den politischen Charakter der Konflikts zu leugnen, die Beschuldigten moralisch zu diskretitieren und so eine Isolation von der Masse der Bevölkerung zu erreichen.

WAS IST ÜBERHAUPT "TERRORISMUS"?

Besonders beliebt ist es in diesem Zusammenhang, mit der Hetzformel des "Terrorismus" zu arbeiten, eine Methode, die in der BRD bis in die Linke hinein Wirkung getan hat. Dabei sollte man sich bewußt sein, daß es sich - unabhängig davon, wie jemand die Aktionen z.B. der RAF politisch beurteilt - bei dem Begriff des Terrorismus, wie er hierzulande gebräuchlich ist, um einen beliebig ausdehnbaren, zur möglichst weitgehenden Diskriminierung von politischem Widerstand dienenden Begriff handelt. Nicht umsonst ist inzwischen der Begriff des "Öko-Terrorismus" und natürlich auch des "geistigen Terrorismus" in Umlauf gebracht worden.

Von Seiten von Ländern der "Dritten Welt" gegen die sich die NATO-Staaten mit ihrer Terrorismus-Definition in der UNO nie durchsetzen konnten, wird demgegenüber Terrorismus - ich meine sehr zutreffend - als die "Unterdrückung persönlicher Freiheit seitens einer Regierung oder eines Militärregimes" bezeichnet.

Für die Kriminalisierungsstrategie als Rechtfertigung immer brutalerer Repression ist die seit den 70er Jahren entfaltete "Terrorismus"-Hetze von zntraler Bedeutung. Während die Herrschenden genau wissen, daß sich die Angriffe antiimperialistischer, guerillamäßig operierender Gruppen gegen sie und ihr System richten und eben deshalb, wie sonst nirgendwo, nach Ausrottung schreien, soll durch das Schreckgespenst von Organisationen, die angeblich wahllos unschuldige Menschen töten, als "besonders verabscheuungswürdige und blutrünstige Gewaltverbrecher" populär gemacht werden, daß man politische Feinde zur Aufgabe ihrer politischen Identität foltern und von jedem Kontakt nach außen systematisch abschotten dürfe.

Das läuft auf die Legitimation nicht nur der Mißachtung des politischen Status von Gefangenen, sondern der Mißachtung jedes Anspruchs auf völkerrechtlich verankerte Menschenrechte hinaus. Folgerichtig schon Bundeskanzler Kohls Äußerung kürzlich bei einer Tischrede zu den sogenannten "Terroristen": "Diese Menschen stehen nicht nur außerhalb jeder menschlichen Kultur, sondern auch außerhalb der Grenzen der menschlichen Zivilisation." Und auch der Zwischenruf aus der CDU-Fraktion, als Christa NIckels im Bundestag von den politischen Gefangenen als Menschen spricht: "Menschen?!" Tatsächlich handelt es sich bei dem, was unter Berufung auf "Terrorismusbekämpfung" geschieht, um den Angriff auf jeden prinzipiellen Widerstand und jeder, der etwas gegen die bestehenden Verhältnisse in der BRD tun will, ist davon betroffen.

TENDENZ: VERSCHMELZUNG VON POLIZEI UND MILITÄR

Einige wenige Fakten zur Verdeutlichung der Dimensionen des Vorgangs:

Die USA verfügen mittlerweile über eine 15.000 Mann starke atomar ausgerüstete "Antiterrorismus"-Truppe, die - wie die US-Fernsehgesellschaft NBC Anfang Januar berichtete - rund um die Welt in "kurzen, schmutzigen kleinen Kriegen" eingreifen soll und schon eingreift. Derzeit baut die US-Marine nach Angaben aus dem Pentagon für Einsätze der "Antiterroristen-Einheit" zwie atomgetriebene U-Boote. Einige Truppenteile sind auch "für den Fall eines Krieges in Europa" ausgebildet und heute schon in der "Bekämpfung des Terrorismus" im Einsatz. Dazu gehört die in Bad Tölz stationierte, mit sog. "Tornister-Atombomben" ausgerüstete US-Spezialeinheit, die der SPD-Rüstungsexperte bezeichnenderweise als "gleichsam militärische GSG 9-Einheiten" charakterisiert hat (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 5./6.1.1985; Badische Zeitung vom 11.1.1985)

Die mittlerweile in den USA Gesetz gewordene "Direktive 138" von Reagan enthüllt vollends das Konzept imperialistischer totaler Kriegsführung gegen die "innere Subversion": Einheiten von FBI, CIA und die Special Forces der US-Armee sind unter ein gemeinsames militärisches Oberkommando gestellt. Sog. präventive Schläge bis hin zu sog. präventiver Tötung zur angeblichen "Terrorismusbekämpfung" sind für zulässig erklärt. Oder wie der US-Außenminister Shultz Ende Oktober 1984 erklärte: "Wir müssen in diesem Land einen Konsens darüber erzielen, bei der Bekämpfung des Terrorismus auch dann militärische Gewalt einzusetzen, wenn dies den Verlust einiger unschuldiger Menschenleben bedeuten könnte..." (zit.n. FR27.10.1984).

Und weiter:" Wir haben vielleicht niemals solche Beweise, daß sie vor einem amerikanischen Gericht standhalten würden" (zit.n.IHT1.11.1984). Schließlich: welche Gruppen als "terroristische Vereinigungen" zu verfolgen sind, wird vom US_Außenministerium in einer Liste bestimmt, an die sich die GErichte zu halten haben (vgl. im einzelnen: Einstellungsantrag vom 13.12.1984, Teil BIII der Kollegin Brenneke-Eggers). Hier findet sich konzentriert: Verschmelzung von Polizei- und Militärfunktion unter militärischer Bestimmung innerer Feindbekämpfung, Globalisierung der sog. "Terrorismusbekämpfung", Institutionalisierung der Bestimmung der Justiztätigkeit durch die politisch.militärischen Interessen des Staates über die Definitionsmacht des Außenministeriums.

Im Bereich der Europaratsstaaten ist bezeichnenderweise gerade auf dem Gebiet sog. "Terrorismusbekämpfung" neben der schon geschilderten polizeilichen und militärischen Kooperation eine gewisse Rechtsvereinheitlichung erfolgt. Sie liegt auf der Linie von Kitson, der Linie der Beseitigung traditioneller grundlegender Schutzrechte des Betroffenen.

Seit Mitte der 70er Jahre wurden besondere "Antiterrorismusgesetze" durchgesetzt, etwa in Italien, Spanien, Großbritannien, Irland, neuerdings Portugal - übrigens mehrfach in engem zeitlichen Zusammenhang mit Milliardenkrediten von Seiten der BRD und unter Übernahme von vorher nur in der BRD entwickelten Rechtsformen (etwa der "terroristischen Vereinigung") und Einrichtungen. Hochsicherheitstrakte wurden so nach der BRD auch in Spanien, Italien, Nordirland errichtet und Sonderhaftbedingungen und Isolations- und körperliche Folter werden praktiziert in Spanien, Italien, der Schweiz, Nordirland, Frankreich und der Türkei.

EUROP. ÜBEREINKOMMEN ZUR BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS

Ein entscheidender Schritt der Vereinheitlichung auf dieser Linie wurde 1977 mit dem "Europäischen Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus" getan, ein wieder vor allem von der BRD betriebenes Projekt.
Mit seinem Art. 1 werden für in Westeuropa mittlerweile gängig als "terroristisch" bezeichnete Tatmodalitäten sämtliche bisher traditionell bestehenden Regelungen mit einem Federstrich beseitigt, die eine Auslieferung bei politischen Taten verbieten. Das geschieht, indem einfach den Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens verboten wird, diese Taten als "politische Straftat, als eine mit einer politischen Straftat zusammenhängende oder als eine auf politschen Beweggründen beruhende Straftat" anzusehen. Der Art. 2 verdeutlicht, was angepeilt wird: Es können danach ebenso andere, im Übereinkommen nicht näher definierte "schwere Gewalttaten gegen Personen und sogar gegen Sachen (bei "Gemeingefahr" für Personen) als unpolitische Taten definiert und damit der Auslieferungsschutz beseitigt werden.
Der französische Rechtsprofessor Gerard Soulier hat in einem Artikel in Le Monde Diplomatique vom 12.11.1976 zu diesem Projekt gesagt:" Wenn man sich an den Buchstaben des Textes hält, sieht man sehr wohl, daß praktisch auch nicht der Schimmer eines politischen Delikts übrig bleibt (mit Ausnahme vielleicht von Pressevergehen); daß definitiv die Kategorie praktisch verschwunden ist. Es wäre ehrenhafter gewesen, unumwunden zu verkünden, daß diese liberale Tradition verlassen ist. Es ist perfekte Heuchelei,

so zu tun, als würde man das Recht aufrechterhalten als Prinzip, aber indem man es jeder Substanz beraubt, die Möglichkeit seiner Anwendung zu verneinen."

WELCHE KONSEQUENZEN ERGEBEN SICH FÜR UNS?

Welche Konsequenzen können wir aus der dargestellten Entwicklung ziehen?
Es gibt trotz der beträchtlichen präventiven Repression der NATO- und Europaratsstaaten und ganz besonders in der BRD keinen Grund, von Hoffnungslosigkeit eines politischen Angriffs auf das Konzept auszugehen.
Wie man an der Realität der Strafverfolgung in der BRD sehen kann, ist die Durchsetzbarkeit z.B. der Kriminalisierung letztlich eine Frage politische Kräfteverhältnisse: Je stärker eine Bewegung ist, desto problematischer ist für die Herrschenden die massenhafte Kriminalisierung ihrer Teilnehmer. Ihre Taktik ist daher darauf gerichtet, an bestimmten Fronten, wo die Massenbewegung relativ schwach und gespalten ist, unumstößliche Tatsachen zu schaffen.

ISOLATIONSHAFT BETRIFFT JEDE POLITISCHE BEWEGUNG

Einer der wichtigsten Punkte, an dem solche Tatsacehn geschaffen sind, ist die Isolationshaft gegen politische Gefangene. Schon heute werdern zunehmend - nachdem die Isolation erst einmal bei Gefangenen aus der RAF insbesondere durch gesetzt werden konnte - nicht nur Gefangene, die ein Verfahren wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" § 129a StGB, haben, der Isolationshaft unterworfen, sondern auch z.B. die Gefangenen aus der Krefelder Anti-Bush-Demonstration. Schon heute werden zunehmend auch renitente soziale Gefangene in den Hochsicherheitstrakten untergebracht. Und die Hochsicherheitsplätze in BRD-Knästen sind mittlerweile von solcher Zahl, daß schon daran ersichtlich wird, daß sie auf ganz andere politische Gefangenen-Dimensionen konzipiert sind als auf die relativ geringe Zahl von Gefangenen aus RAF, RZ usw..
Es ist von entscheidender Bedeutung für die Schwächung der NATO- und Europaratsstrategie der "inneren Sicherheit", daß die Beseitigung der Isolationshaft und der Hochsicherheitstrakte und das Recht der politischen Gefangenen auf Zusammenlegung in großen Gruppen als eine Sache aller politischen Bewegungen begriffen wird, sei es Friedensbewegung, Gewerkschaftsbewegung oder antiimperialistische und antimilitaristische Bewegung; daß auf dieser Grudnlage die in den letzten Monaten gestärkte Bewegung gegen die Isolationshaft sich als politische, nicht bloß als humanitäre Bewegung weiterentwickelt. Ein Schritt in die richtige Richtung ist dabei der von der Bundestagsfraktion der GRÜNEN eingebrachte Gesetzesentwurf zum Verbot unmenschlicher Haftbedingungen.

In engem Zusammenhang damit steht das Engagement für die Durchsetzung des - eine Kontrollkommossion vorsehenden - Europäischen Anti-Folter-Übereinkommens, dessen Unterzeichnung von der BRD verweigert wird, und überhaupt die Geltendmachung von humanitären Mindestgarantien des Völkerrechts, insbesondere der Genfer Konvention und des UN-Pakts über bürgerliche und politische Rechte.

Ein Bruch in der Kette der Repression ist möglich und unabdingbar notwendig für eine grundlegende Veränderung des gesellschaftlichen Systems in der BRD und in den NATO-Staaten.

Michael Schubert

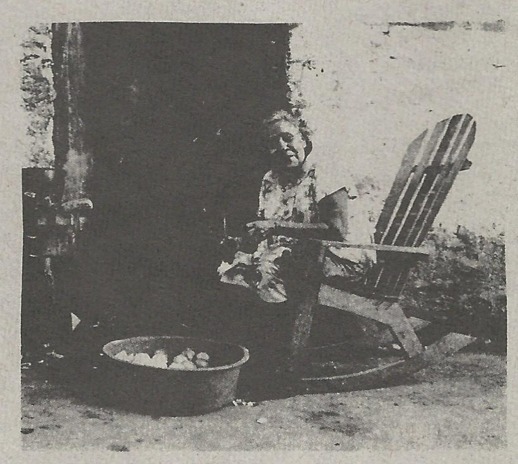
Aktionsaufruf: »Kampagne gegen das US-Embargo«



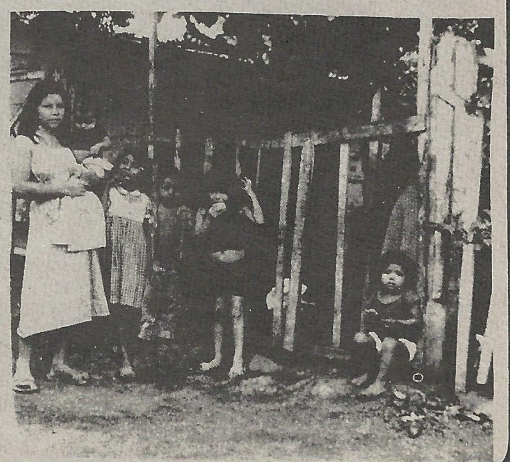
medico international e. V.

Hanauer Landstraße 147 - 149
6000 Frankfurt am Main 1
Telefon (0611) 490350
Telex 416153 meco d

Wir meinen, daß die Sache des Handelsembargos der USA gegen Nicaragua nicht so sang- und klanglos dastehen bleiben darf.
Wahrscheinlich übersehen viele Menschen in der Bundesrepublik die katastrophalen Konsequenzen dieses Wirtschaftskrieges mit seinen gravierenden ökonomischen und sozialen Folgen, was von unserer Seite Aufklärung und öffentliche Initiativen dringend erforderlich macht.
Schließlich fühlen wir uns auch ganz besonders da aktiv herausgefordert, wo die unmittelbar tödlichen Konsequenzen des Embargos zutage treten: im Gesundheitsbereich. Die traditionelle Ausrichtung der medizinisch-technischen Geräte und Installationen Nicaraguas auf US-amerikanische Technologien, deren Maße und Normen führt unter den Bedingungen des Boykotts tendenziell dazu, daß ganze Abteilungen von Krankenhäusern und Gesundheitsstationen ausfallen oder nur noch beshcränkt arbeiten können. Dies trifft das kleine Nicaragua und seine Menschen an einer besonders empfindlichen Stelle und im übrigen dort, wo in den letzten Jahren mit dem Aufbau eines beispielhaften Gesundheitsdienstes Hervorragendes geleistet wurde.
Auch in der Agrarwirtschaft, die auf nordamerikanische Transportmittel und Dünger angewiesen ist, werden ausfallende Ernten die wahrscheinlichen Folgen des Embargos sein, was den gerade erst



verlassenen Kreislauf von Armut, Unterernährung und Krankheit erneut in Gang setzen könnte.
Medico international und das Informationsbüro Nicaragua rufen daher zu einer bundesweiten SOLIDARITÄTSKAMPAGNE gegen das Embargo auf, die bis zum 19. Juli (Jahretag der nicaraguanischen Revolution) terminiert ist.
Das Ziel dieser "KAMPAGNE GEGEN DAS US-EMBARGO" ist das unmittelbare materielle Veto gegen den Wirtschaftskrieg gegen Nicaragua, um die Schäden in besonders betroffenen Bereichen wie dem medizinischen und dem agrarischen zu lindern. Das erfordert großzügige Geldspenden und eine zu entfaltende Palette öffentlicher Initiativen - also die sofortige Bereitschaft von allen entschlossenen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen zur Teilnahme an der Aktion.
Der "Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen" (BUKO) und auch das nicaraguanische Gesundheitsministerium haben unseren Entschluß begrüßt und rufen ausdrücklich zur Mitarbeit an der Aktion auf.



Kernkraft VOR DER HAUSTÜR

ATOMENERGIE in Baden-Würtemberg

Die Gebiete in denen in Baden-Würtemberg zur Atomenergie gearbeitet wird, sind vielfältig. Von der Stromerzeugung über Versuchsreaktoren, bis hin zur Grundlagenforschung ist alles vertreten.
Im folgenden versuche ich einen Überblick über Standort und Ausmaß der verschiedenen Aktivitäten zu geben.

Hinweis: Alle Firmen und Gruppen die im Text mit einem Stern (*) gekennzeichnet sind, sind im Anhang mit ihrer Kontaktadresse aufgeführt. Informationen können dort angefordert werden. (Bei Informationen durch Elektrizitätsunternehmen oder Anlagenbetreibern ist allerdings Vorsicht geboten. Oft werden die Informationen einseitig ("alles halb so schlimm") dargeboten.

ATOMSTROM - Energieerzeugung in AKW's

Grundsätzlich läßt sich feststellen: Aus Atomkraft kann zur Zeit nur elektrische Energie gewonnen werden. Der Wirkungsgrad liegt knapp unter dem von herkömmlichen Kraftwerken, dies wird aber durch die hohe Energiekonzentration wettgemacht.

Zur Zeit sind in Baden-Wütemberg an drei Standorten Reaktoren zur Stromerzeugung in Betrieb:

- Obrigheim
- Neckarwestheim
- Phillipsburg

In Whyl besteht die Möglichkeit, jederzeit mit dem Bau einer Analge zu beginnen.
Im Kernforschungszentrum Karlsruhe werden Versuchsreaktoren zeitweise zur Stromerzeugung benutzt.

Zu den einzelnen Anlagen:

Obrigheim KWO

Obrigheim liegt zwischen Heidelberg und Heilbronn. 1965 wurde mit dem Bau des Reaktors begonnen; er liefert seit 1968 elektr. Energie. Seine Abgabeleistung ist mit 328 MW (Megawatt) sehr gering, entspricht aber dem damaligen Stand der Technik.
Das Kühlwasser wird dem Neckar entnommen, und um ca. 10 Grad erwärmt, zurückgeleitet.
Betreiber der Anlage sind die "Kernkraftwerk Obrigheim GmbH"*. Deren Gesellschafter sind:

-Energieversorgung Schwaben*	35 %
-Techn. Werke Stgt. (TWS)*	14 %
-Badenwerk AG	28 %
-Neckarwerke (Esslingen)	10 %
-Karlsruhe Stadtwerke	5 %
-Verschiedene	ca 8 %

Phillippsburg KKP I und KKP II

Der Standort der KKP liegt ca. 30 km nördlich von Karlsruhe. Zwei verschiedenen Blöcke isnd in Betrieb bzw. kurz vor Inbetriebnahme.

KKP I : 1970 wurde der Bauantrag gestellt; 1978 die erste Teilerrichtungsgenehmigung erteilt. 1980 nahm der Reaktor seine volle Leistung auf. Die Leistung beträgt ca 900 MW.

KKP II: Der Bauantrag stammt von 1971; der Baubeginn erfolgte 1977. Die Arbeiten sollen noch in diesem Jahr beendet werden; daß Kraftwerk ans Netz gehen. Die Leistung soll 1360 MW sein.

Betreiber beider Anlagen ist die "Kernkraftwerk Phillippsburg GmbH"*, deren Gesellschafter:

-Badenwerk AG	50 %
-TWS*	50 %

Neckarwestheim GKN I und GKN II

Neckarwestheim liegt südlich von Heilbronn. Seit 1976 arbeitet dort ein Kernreaktor (GKN I). 1972 bekam die "Gemeinschaftskernkraftwerk Neckarwestheim GmbH"* die Genehmigung zur Errichtung ihres Reaktors. In 4 Jahren Bauzeit wurde die Anlage fertiggestellt. Als Standort dient ein ausgedienter Steinbruch, der der Zementwerke Lauffen Elektr. werke Heilbronn GmbH (ZLEH) gehörte. Die Kühlung der Anlage erfolgt durch Neckarwasser, welches mit Hilfe von 34 Kühltürmen gekühlt in den Neckar zurückgeleitet wird. Dies soll eine übermäßige Aufheizung des Neckars verhindern. Die Leistung beträgt 810 MW. Eigner der Anlage sind:

- Neckarwerke Esslingen	45 %
-TWS*	32 %
- Deutsche Bundesbahn DB	20 %
- ZLEH	ca 3 %

Amselben Ort ist ein weiterer Block im Bau (GKN II). Die Anlage soll ca. 1300 MW liefern. Seit 1983 konnte mit den Vorarbeiten begonnen werden. Seit Jan 1984 wird der 1975 beantragte Reaktor gebaut. Wann die Anlage in Betrieb gehen wird, ist noch nicht abzusehen; Betreiber werden die TWS*, die DB und die Neckarwerke sein.

Es stehen noch Gerichtsentskeidungen aus, die die Inbetriebnahme des Block's II verhindern könnten.

Karlsruhe KFZ-K

In Karlsruhe ist das Kernforschungszentrum Karlsruhe* ansässig. Es ist die in Europa führende Versuchs- und Forschungsanstalt im Bereich der Kerntechnik. Zu allen wichtigen Gebieten wird hier gearbeitet. Einige Versuchreaktoren sind hier (zB in Leopoldshafen) in Betrieb. Zeitweise wurde und wird wohl heute noch bis zu 70 MW elektr. Leistung ins Netz gegeben. Es handelt sich aber ausschließlich um Versuchsanlagen.
Auf das KFZ-K* werde ich später weiter eingehen.

Whyl KWS I

Der Standort Whyl liegt an der Dt-Frz. Grenze; ca 20 km nördlich von Freiburg. Im Jahre 1973 wurde hier der Antrag zum Bau eines Reaktors gestellt. 1975 wurde die erste Teilerrichtungsgenehmigung erteilt; mit dem Bau sollte begonnen werden. Doch der geschlossene Widerstand der Bevölkerung dieses Gebietes und die Unterstützung durch Tausende aus der ganzem Bundesrepublik verhinderte dies. Mit vielfältigen Aktivitäten auf allen Gebieten (Politik, Wirtschaft, direkter Widerstand) wurder ein Baubeginn undurchführbar. Bautrupps durch eine Platzbesetzung gestoppt.



Am 19.02.1975 wurde ein gerichtlicher Baustopp verfügt. Bis zum März 1982 waren alle Arbeiten am Baugelände untersagt. Dann entschied das Gericht in Mannheim gegen die Interessen der Baugegner.
Heute stehen alle Türen offen, um mit dem Bau zu beginnen. Zwar hat der aufgeforstete Wald den zum Teil abgeholzten Bauplatz geschlossen; trotzdem ist nicht abzusehen, wann die Ruhe durch rege Bautätigkeit durchbrochen wird.
Die Menschen bereiten sich erneut auf einen unerschütterlichen Widerstand gegen dieses Projekt vor. Mit weitgehenden Aktionen soll geantwortet werden, wenn mit dem Bau begknnen wird(zB die "Schließung" aller Grenzübergänge nach Frankreich).
Die Hauptbetreiberin dieser Anlage ist wohl die Badenwerk AG, die mehrheitlich beteiligt ist.

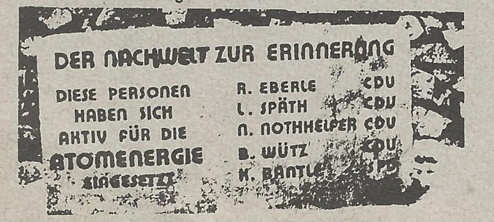
Die Atomstromverteilung in B-W

Energieversorgung ist in der BRD ein Monopolbereich. Das heißt, einige wenige Große machen daß Geschäft. In Baden-Würtemberg gibt es zwei Giganten, und einige regionale Größen. Die Bedeutenden sind:

- Energieversorgung Schwaben EVS*
- Techn. Werke Stgt. TWS*
- Badenwerke AG
- Neckarwerke/Esslingen

Die EVS* beliefert Würtemberg, die Badenwerke den Raum Baden. Die beiden anderen beliefern ihren jeweiligen Regionalraum; haben durch die dort konzentrierten Wirtschaftskräfte aber ähnlich große Bedeutung. Alle Unternehmen sind durch Lieferverträge und durch ihr gemeinsames Leitungsnetz eng verbunden.
Seit einiger Zeit beteiligt sich auch die Deutsche Bundesbahn am Atomstrom (GKN), um ihr ausgedehntes Streckennetz zu versorgen.

Für den Großraum Stuttgart sind die TWS* zuständig (für Gas, Wasser, Strom, Fernwärme). Der Energieverbraucher/die Energieverbraucherin im Raum Stuttgart erhält also Strom aus allen Kraftwerken; unterstützt zusätzlich noch den Bau von weiteren Anlagen (GKN II).



Kurz möchte ich noch am Beispiel der TWS* zeigen, wie die Verstrickung von Politik und Energieversorgungsunternehmen vonstatten geht. Als Beispiel nehme ich den Aufsichtsrat der TWS* (dieser überwacht die Geschäftsführung des Unternehmens):

- Vorsitzender ist:
  Oberbürgermeister Rommel
- weitere Mitglieder sind:
  2 weitere Bürgermeister
  7 Stadträte

Von 23 Mitgliedern der Aufsichtsrates sind also 10 führende Politiker. (Teile des Aufsichstrates werden von der Gewerkschaft gestellt).
Das hier Politik und Wirtschaft miteinander gekoppelt werden, um für beide Seiten Vorteile zu ermöglichen, ist unübersehbar. (zB. lassen sich so Reisen in ferne Länder finanzieren!)

Forschungs- und Versuchsanstalten

Führend in der Forschung ist das Kernforschungszentrum Karlsruhe KFZ-K*. Doch existieren noch weitere Versuchsreaktoren, zB in:

- Stuttgart
- Ulm
- Furtwangen
- Heidelberg (2 Stück)

Die Anlagen werden wohl meist zur Grundlagenforschung genutzt (an Universitäten). So möchte ich am Beispiel der Technischen Universität Stuttgart in Vaihingen eine kurze Beschreibung der Arbeit geben.

TU - Stgt. / Bereich Vaihingen*

Hier wird vor allem Grundlagenforschung betrieben; daß heißt, sowohl theorethische Arbeit als auch Arbeiten an Versuchsanordnungen im Labormaßstab. Es gibt 4 Themenbereiche, zu denen hauptsächlich gearbeitet wird:

- Sicherheit in Atomanlagen
- Energiesysteme
- Reaktorphysik
- Sondertechnik Hochtemperatur-Reaktoren

Jeder einzelne Bereich arbeitet eigentlich selbstständig; oft werden aber auch Arbeitsgruppen aus verschiedenen Bereichen zusammengestellt wenn das Thema es erfordert.

Erwähnenswert ist auch die enge Zusammenarbeit, mit der Materialprüfungsanstalt, wo Werkstoffe auf ihre Verhaltensweisen und Belastbarkeit hin überprüft werden.

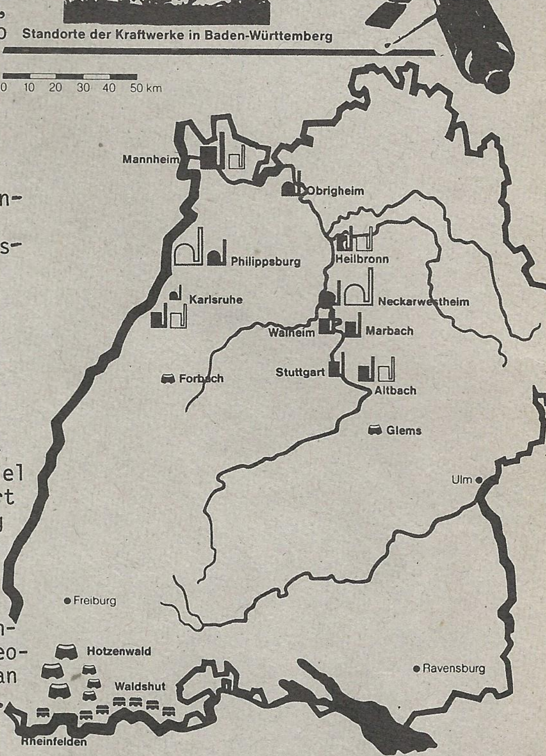
Die Ergebnisse dieser Arbeiten werden zeitweise auch der Öffentlichkeit vorgestellt (zB. in Vortragsreihen).

Kernforschungszentrum Karlsruhe KFZ-K*

Wie schon erwähnt, ist das KFZ-K* führend in Europa. Dementsprechend ist die Vielfalt und Größe der einzelnen Bereiche. Das Zentrum beschäftigt Wissenschaftler/innen zu allen wichtigen Bereichen. Beispiele dafür sind:

- Reaktortechnik
- Energieerzeugung
- Wiederaufarbeitung
- Konditionierung (d.h. Vorbereitung zur Endlagerung)
- Sicherheitsfragen
- Transport
- Zwischen- und Endlagerung
- Medizinische Forschung

Nicht alle Anlagen befinden sich ausschließlich in Karlsruhe; doch sind dort die meisten konzentriert. Sicherheitsmaßnahmen, wie es sie sonst selten gibt, schirmen einzelne Bereiche nach außen hin ab.(Die Abschirmung von innen ist manchmal nicht so gut, wie Fälle austretender Radioaktivität belegen.)
Die verschiedenen Forschungsbereiche und deren erarbeiteten Unterlagen sind so riesig und vielfältig, daß ein Überblick nicht möglich ist. Zu einzelnen Punkten kann jede/r möglicherweise direkt beim KFZ-K Informationen erhalten; manches Ergebnis dürfte allerdings auch geheim sein.



Sonstige "Atomprojekte" in B-W

Es gibt noch verschiedene weitere Unternehmungen und Programme die die Atomenergie betreffen; einige wichtige möchte ich hier anführen:

Uranerzabbau

An vier Stelle soll/sollte Uran abgebaut werden:

- Gernsbach
- Murrhardt
- Mähringen
- Menzenschwand

Am Standort Menzenschwand wurde der Uranerzabbau höchstrichterlich und endgültig verboten. Das als Naherholungsgebiet dienende Gelände wäre verloren gegangen. Das Gericht hielt die Belange des Naturschutzes für höherwertig als die wirtschaftlichen Interessen eines Unternehmens. (eine gewagte, aber dringend notwendige Entscheidung seitens deutscher Gerichte).
Was aus den Planungen an den anderen Standorten wurde ist mir nicht bekannt.
Im Zuge der Verbesserung der Abbaumethoden und der Verarbeitungstechniken dürfte in diesem Gebiet noch einiges auf uns zukommen.



Atommülltransporte

Grundsätzlich gilt: Jede Anlage, die mit radioaktiven Stoffen arbeitet, produziert auch verseuchten Abfall. Dies gilt für Kraftwerke genauso wie für Krankenhäuser.
Und dieser Müll muß transportiert werden. Zu Wasser, auf den Straßen und auf der Schiene ist dieser Müll unterwegs. Und dabei gilt: Je geringer der Strahlungsanfall, desto geringer die Sicherheitsvorkehrungen. Dabei kam es schon häufiger zu schwerwiegenden Zwischenfällen; die Dunkelziffer an kleineren "Misgeschicken" dürfte groß sein. Bekannt wäre zB. die "Beinah-Kathastrophe" mit der Mont Louis.

Aber oft werden die Stoffe schon vor dem Gebräuch transportiert; also radioaktive Stoffe transportiert,

die nicht Müll sind. Grundsätzlich besteht aber kein Unterschied in der Gefährlichkeit zu 'verbrauchten' Substanzen.

Überragt wird das Gemeinschaftskernkraftwerk in Neckarwestheim von dem 150 Meter hohen Abluftkamin.

Atomkraftwerksstandorte

Im Rahmen der 'Baulinie 80' wurden sehr viele Standorte für Atomkraftwerke benannt. In der Baulinie 80 sollte ein 'Standart'-Atomkraftwerk an verschiedenen Standorten gebaut werden. Gab es Schwierigkeiten an einem Standort, so konnte auf einen anderen ausgewichen werden. Kaum eines dieser Kraftwerke ist gebaut worden, doch noch heute sind die möglichen Standorte im "Standortvorsorgeplan" festgehalten. An manchen dieser Orte wurden auch schon Voruntersuchungen eingeleitet. Manche wurde wegen dem regionalen Widerstand bald wieder ausgeschieden. An jedem dieser Orte kann mit den Planungen für ein Kraftwerk angesetzt werden.

Alles in allem, zeigt diese Darstellung, iwe erschreckend große Ausmaße die Atomindustrie angenommen hat. Für einzelne ist diese gigantische Maschinerie schon lange nicht mehr zu überblicken. Welche Auswirkungen sie auf unser Leben hat; und bald wohl haben wird, ist schwer zu überblicken. Es scheint an der Zeit, gegen diesen Koloß etwas zu unternehmen, bevor er uns und unseren Lebensraum überrollt; zerstrahlt, verseucht und unbewohnbar macht.

M 27 Kraftwerk-Standort-Vorsorgeplan des Landes Baden-Württemberg (1975)

Mannheim, Sersheim, Greffern Freistett Diersheim, Stuttgart, Altdorf, Mittelstadt, Meißenheim, Ulm, Erbach Öpfingen, Wyhl, Freiburg, Dietenheim Dettingen Tannheim, Ravensburg, Schwörstadt

Wer noch mehr Informationen über die Lage bei der Atomindustrie haben möchte, kann sich gern an mich wenden.

Gerhart Koepf; Nachtigallenweg 16; 7-1

Nächstes mal möchte ich mich mit den Organisationen beschäftigen, die sich gegen die weitere Nutzung von Atomenergie wenden (und auch etwas tun !).

GK

Inhaftierung einer französischen Rechtsanwältin politischer Gefangener in Frankreich



Am 1. Juni 1985 wurden in Montpellier in Südfrankreich zwei Frauen verhaftet: Charlotte Granier, 44, und Sandrine Guibert, 21.
Die Verhaftungen wurden propagandistisch - speziell in einer Artikelserie im "Figaro" - als großer Erfolg der Polizei gegen zwei "Schlüsselfiguren des Euro-Terrorismus" gefeiert. Laut diesen Presseberichten wird Charlotte und Sandrine Unterstützung von Action Directe vorgeworfen:

> Am 29.5.1985 hätten Arbeiter eines Abbruchunternehmens in Nizza beim Abbruch eines Appartementhauses Waffen und Sprengstoff gefunden. Die französische Anti-Terrorismus-Brigade aus Paris hätte danach entdeckt, daß ein Schlüssel, der im März 1984 bei der Verhaftung des italienischen Genossen Vinzenzo Spano (Verhaftung wegen Mitgliedschaft in AD) in der Nähe von Paris gefunden wurde, zu der Wohnung in Nizza paßt. Dem Hausbesitzer sei eine Bildmappe vorgelegt worden, in der er Regis Schleicher und Charlotte als Mieter identifiziert haben soll. Sandrine sei verhaftet worden, weil sie mit Charlotte zusammenwohnte und weil in ihrer gemeinsamen Wohnung "Dokumente" gefunden worden seien.

(Zusammenfassung von Presseartikeln)

Solche Identifizierungen von Hausbesitzern oder ähnliches kennen wir gut aus den Prozessen hier in der BRD. Die "Dokumente", die in der Presse ausgeschlachtet werden, sind Kopien aus der Zeitung "Knispelkrant".
Wichtig aber ist - denn darauf zielt jetzt zu diesem politischen Zeitpunkt der Verhaftung - daß Charlotte vor kurzem Rechtsanwältin geworden ist und es gerade darum ging, daß sie das Mandat bei einem Gefangenen aus der RAF und bei einem Gefangenen von AD übernimmt; in einer Situation

- wo es in Frankreich einen einzigen Anwalt gibt für alle Gefangenen, die wegen Mitgliedschaft in oder Unterstützung von AD verhaftet wurden, und dieser Anwalt ständig durch Terrorobservationen, Scheinverhaftungen usw. durch die französische Polizei terrorisiert wird;
- wo Mitterand in Frankreich jeden Dissenz und jede Opposition aufgefressen und platt gemacht hat, radikaler Widerstand gegen Mitterands NATO-Integrationspolitik nur noch im Kampf von AD lebt, legale Artikulation dieses Widerstands - zuletzt im Februar 1985 mit der Verhaftung der Genossen, die die Zeitung "Internationale" gemacht haben - zerschlagen wurde;
- wo während des letzten Hungerstreiks im Dezember 84/Januar 85 die Vereinheitlichung des Widerstands in Europa - als Kern der Zusammenschluß von AD und RAF und der Hungerstreik der französischen und deutschen Gefangenen - perspektivisch sichtbar geworden ist.

Französische Milizen in Sigmaringen

Charlotte ist Deutsche, die seit 25 Jahren in Frankreich lebt und mit einem Franzosen verheiratet ist. Die Geschichte von Charlotte umfaßt einen wichtigen Teil der politischen Entwicklung speziell in den letzten zehn Jahren. Mitte der siebziger Jahre hat sie - solange es diese Gruppen gab - in den Komitees in Frankreich gearbeitet, die den Kampf der politischen Gefangenen in der BRD unterstützten. Im April 1977 besuchte sie Gudrun Ensslin in Stammheim, ungefähr zur selben Zeit, als Buback erschossen wurde. Das war der Anlaß für eine Pressekampagne in Frankreich (durch die faschistische Zeitung "Minute") gegen sie, in der lanciert wurde, sie hätte das Signal für die Aktion gegen Buback gegeben. Charlotte hat wesentlich die Kampagne zur Freilassung von Croissant nach seiner Verhaftung im Herbst 1977 in Paris organisiert. In den letzten Jahren hat sie an europäischen Anwaltstreffen teilgenommen (noch ohne selbst Anwältin zu sein), auf denen Anwälte von Gefangenen aus der Guerilla ihre Erfahrungen austauschten. Seit Jahren war sie auch Teil der Solidarität mit den baskischen Genossen in Südfrankreich.
Sandrine hat seit mehreren Jahren mit Charlotte zusammengearbeitet und studiert auch Jura.

Die Verhaftung der beiden jetzt ist ein Schritt bei dem Versuch des französischen Staates, AD politisch zu isolieren und jede Entwicklung in Frankreich im Keim zu ersticken -
und ein Versuch der Achse BRD - Frankreich, jede Verbindung von uns: konkret jetzt eine politische Kommunikation der Gefangenen zu verhindern,
um das NATO-Projekt eines durchstrukturierten Machtblocks Westeuropa gewaltsam durchzudrücken.

(Anm. Bis heute hat sich an der Situation nichts verändert: Charlotte und Sandrine sind noch immer im Gefängnis, die Pressekampagne hatte sich noch weiter verschärft.)

Meinungsfreiheit für Faschisten? — Der 8. Mai an der Uni Hohenheim

Wie die Diskussion um den 8. Mai deutlich gezeigt hat, gehören nationalistisches und rassistisches Gedankengut auch 40 Jahre nach der Befreiung vom nationalsozialistischen Faschismus längst nicht der Vergangenheit an. Offene Bekenntnisse zum Hitler-Faschismus sind selten, vielmehr präsentiert die Neue Rechte einen "neuen, echten" Nationalismus. Schlagzeilen machen dabei immer wieder Professoren, die unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit die ideologische Grundlage für solche Strömungen liefern und sie damit hoffähig machen.
Einer davon ist Robert HEPP, Soziologe aus Osnabrück, dem an der Universität Hohenheim im Rahmen eines Vortrages im Studium Generale am 8.7.85 die Möglichkeit zur Propagierung seiner nationalistischen Ideen gegeben werden soll.
Hepp veröffentlicht seine Schriften u.a. über den "Schutzbund für das deutsche Volk" (SDV), eine Vereinigung, die gegen die "Überfremdung" des deutschen Volkes durch Ausländerintegration und durch Geburtenrückgang kämpft und sich der Koordination verschiedener ausländerfeind lichen Initiativen widmet. Die Mitglieder des SDV bekennen sich satzungsgemäß zum "Heidelberger Manifest", in dem 1981 15 Professoren vor der "Unterwanderung des detuschen Volkes" und der "ethnischen Katastrophe" warnen, zu der die Ausländerintegration führe.
Hepp ist zusammen mit den Professoren Schröcke aus München und Schade (früherer Nazi-Erbgutachter aus Düsseldorf) - beide gehören zu den Unterzeichnern des "Heidelberger Manifests" Autor der Broschüre "Deutschland ohne Deutsche", in dessen Begleitschreiben eine "multiethnische und multikulturelle Gesellschaft" für verfassungswidrig gehalten wird. Hepp ist Mitglied des 1983 gegründeten "Deutschlandrates", zusammen u.a. mit dem Kopf der offensichtlich mit der NPD verquickten "Republikaner", Schönhuber und dem Historiker Willms, für den die Nationalsozialisten "in einem beispiellosen Tempo wichtige nationale Probleme...lösten" und die Einverleibung Österreichs eine "nationale Großtat" ist. Hepp verbreitet in seinem Aufsatz "Das deutsche Volk in der Todesspirale" die Einschätzung, "sechs Mio. Ausländer in diesem Land" seien "offenbar eine magische Zahl". Seit 30 Jahren sei der "Volkstod" im Gang.

DER 8. Mai AN DER UNI HOHENHEIM

Ausgerechnet am 8. Mai sollte der Senat der Uni über das Anliegen der beiden studentischen Vertreterinnen entscheiden, die Einladung an Hepp rückgängig zu machen Aber Anträge auf Aufnahme auf die Tagesordnung gehen grundsätzlich über den Tisch des Unipräsidenten Turner und der stellte sich quer, indem er es unterließ, den Antrag - wie sonst üblich - zusammen mit den Einladungen für die Sitzung zu verschicken. Unterstützt von vielen Studenten und einigen Professoren gingen die studentischen Vertreterinnen trotzdem mit der Absicht in die Sitzung, auf der Behandlung des Antrags zu bestehen. Damit sich die Professoren, die noch nicht von der morgendlichen Zeitungslektüre aufgerüttelt worden waren, einen Eindruck von dem Rassismus und dem verächtlichen Zynismus, der aus Hepps Worten spricht, machen konnten. war an ein Verteilen eines längeren Auszuges aus der Broschüre Hepps: "Das deutsche Volk in der Todesspirale" gedacht. Der Unipräsident verbot schlichtweg das Auslegen auf den Tischen im Sitzungssaal.
Die Abstimmung um die Aufnahme als eigenständigen Tagesordnungspunkt lief auf ein Patt hinaus (12:12, bei einer Enthaltung, womit der Antrag abgelehnt war). Folgende Begründung fand mehrheitlich Zustimmung: Da die Universität und besonders das "Studium Generale" ein Forum für die Auseinandersetzung auch mit kontroversen Auffassungen sei, werde kein Anlaß für eine Rücknahme der Einladung gesehen.

WAS LÄUFT BISHER AN WIDERSTAND?

Verschiedene antifaschistische Gruppen, Ausländerinitiativen, Frauengruppen und Parteien haben bisher die Forderung nach Ausladung von Prof. Hepp unterstützt.
Auf der Vollversammlung der Uni Hohenheim im Juni ergab die Diskussion, daß man die Rede Hepps verhindern und eine antifaschistische Gegenveranstaltung durchführen will. Zur genauen Planung wird kurz vor dem 8. Juli wahrscheinlich ein Treffen mit allen Gruppen stattfinden, die diesen Vorschlag unterstützen.
Das BLÄTTLE stellt sich ebenfalls hinter den Aktionsvorschlag und ruft dazu auf, den Vortrag am 8. Juli massenweise zu besuchen.
ZEIT: 8.Juli 1985 18 Uhr
ORT : HS 2 (Schloß)

Zwecks Information: AStA Uni Hohenheim, Tel. 0711/45012060

Zivilschutz – Schutz für die Zivilbevölkerung?

"Zivilschutz ist die humanitäre Aufgabe, die Zivilbevölkerung vor den Gefahren eines Verteidigungsfalles zu schützen..." (Referentenentwurf des neuen ZSG)

Offenbar hält die Bundesregierung jetzt den Zeitpunkt für gekommen, in dem die Verabschiedung eines solchen Gesetzes notwendig ist. Dieses Gesetz folgt der Logik der Notstandsgesetzgebung, die der dt. Bundestag 1968 angesichts zunehmender innenpolitischer Spannungen einerseits und der erstarkten Rolle der BRD in der NATO andererseits verabschiedete. Diese sehen die Einschränkung wichtiger Grundrechte vor, sofern der Staat sich in einer inneren oder äußeren Gefahr sieht. Die allgemein gehaltenen Grundrechtseinschränkungen werden durch ergänzende Sicherstellungsgesetze für wichtige gesellschaftliche Bereiche (Arbeit, Ernährung, Verkehr) genau ausformuliert. Nachdem die sozialliberale Regierung 1982 mit ihrem Referentenentwurf für ein Gesunheitssicherstellungsgesetz unerwarteterweise Widerspruch aus dem Kreis der Betroffenen geerntet hatte, wurde aus taktischen Überlegungen eine Neuformulierung vorgelegt, in der die Zwangsverpflichtung der Ärzte zur Weiterbildung in Katastrophenmedizin nicht mehr erscheint. Dieser, jetzt Zivilschutzgesetz (ZSG) genannte Entwurf umfaßt außer der Gesundheitssicherstellung auch noch die Angleichung des Beamtenrechts und die "Ermächtigung zur Heranziehung von Helfern im Spannungs- und Verteidigungsfall", sowie die Verpflichtung zum Bunkerbau. Ein Ziel des Gesetzes ist es, das Gesundheitswesen so für den "Ernstfall" vorzubereiten, daß bereits eine Anordnung genügt, es von Katastrophen- auf Kriegsmedizin umzustellen.

Durch Erfassung und Registrierung aller im Gesundheitswesen tätigen Personen wird quasi eine Wehrüberwachung im zivilen Bereich eingeführt. Katastropheneinsatzpläne für alle medizinischen Einrichtungen werden aufgestellt, Hilfskrankenhäuser eingerichtet, das mediz. Personal für den Ernstfall vorbereitet. Bereits vor Eintritt des Spannungsfalles

"können die erforderlichen Maßnahmen wie die Alamierung der Einheiten und Einrichtungen und ihre Bereitstellung in bestimmten Bereitstellungsräumen dann getroffen werden, wenn die Lage es erfordert."



Bereits zu Friedenszeiten wäre also die Heranziehung von Beschäftigten im Gesundheitswesen und von ZDLs möglich. Im "Spannungsfall" werden die Krankenhäuser für militärische Zwecke einsatzbereit gemacht. Dabei muß gewährleistet sein, daß "zugewiesene Belegungen durchgeführt werden" (§25, Abs. 3 ZSG), was bedeutet, daß die notwendigen Betten z.B. durch Massenentlassungen von zivilen Kranken freigemacht werden müssen. An dieser Stelle muß daran erinnert werden, was in der Zentralen Dienstvorschrift (ZVD) der Bundeswehr steht, daß "Schnittverletzungen an der Hand gegenüber größeren Verletzungen bevorzugt zu behandeln (sind), weil für die Bedienung des Kriegsgerätes heile Hände notwendig sind."
Widerstand, z.B. Verweigerung der Dienstverpflichtung kann durch drastische Strafen, die auch im ZSG vorgesehen sind, gebrochen werden.
Dieser "Spannungsfall" ist vor allem auch anzunehmen, wenn die NATO außerhalb Mitteleuropas in militärische Konflikte eingreift.
Im "Verteidigungs- oder Kriegsfall" in der BRD oder Mitteleuropa sind Zivilschutzmaßnahmen nur möglich, insoweit davon ausgegangen werden kann, daß die BRD nicht massiver atomarer Zerstörung ausgesetzt ist. Denkbar ist dies bei den gegebenen militärischen Kräfteverhältnissen aber nur, wenn ein Großteil der gegnerischen Atomraketen durch einen Erstschlag vernichtet worden ist. Das ZSG erfüllt nur dann seinen Zweck, wenn der atomare Erstschlag angestrebt wird.

minitips

Theater Musik

Mo 1.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Wenn du geschwiegen hättest, Desdemona

Film
Theatrium
20.30 Uhr Filmabend: "Nosferatu"

Musik
Zentrum Zoo (Tübingen)
21 Uhr Peter Green & Kolours
Liederhalle (Beethovensaal)
16.00 Uhr Stuttgarter Philharmoniker: Smetana, Dvorak

Di 2.7.

Theater
Theater im Westen
20 Uhr Ach diese Wege sind sehr dunkel
Drei-Groschentheater
19.30 Uhr Andorra
Tübinger Zimmertheater
21 Uhr Gast spiel: Ismutistische Gruppe - DANIIL CHARMS?
Jugendhaus Birkach
14.30 Uhr Rote Grütze: Froschkönig
Jugendhaus Mitte
20 Uhr MENSCHEN-MENSCHEN

Film
uni-film, K II, H 1
20 Uhr Die roten Schuhe

Musik
Dixieland Hall
Alexander's Banjo Band
Alfred Beck-Saal, Zuffenhausen
20 Uhr Dixieland All Stars

Politik
Jungendhaus Mitte
19.00 Uhr Paraguay-Veranstaltung

Mi. 3.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Der kleine Prinz
Theater 'tri-bühne'
20 Uhr Eiche und Angora
Theater im Westen
20 Uhr Ach diese Wege sind sehr dunkel
Drei-Groschentheater
19.30 Uhr Andorra
Tübinger Zimmergheater
21 Uhr "Des sieht so harmlos aus..."
Berger Festplatz
14.30 Uhr Rote Grütze: Froschkönig
Stadthalle Leonberg
15 Uhr Meister Eder und sein Pumuckl

Musik
Dixieland Hall
Jazz Fusion
Altes Feuerwehrhaus
21 Uhr Konzert: LOUNGE LIZARDS
Haus Birkach (Grüninger Straße 25)
20 Uhr Der Mensch im Tier - das Tier im Menschen
Gemeindesaal der Kath.Kirche Hedelfing.
15 Uhr Kaffeeklatsch
Garten im Spitalhof
20 Uhr Serenaden (Stuttgarter Musikschule)

Do. 4.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Der kleine Prinz
Theater 'tri-bühne'
19.30 Uhr "A.Hitler: Mein Kampf"
Theater im Westen
20 Uhr Der Arzt wider Willen
Tübinger Zimmertheater
21 Uhr Gastspiel Vis à Vis "Des sieht so harmlos aus..."
Forum 3
20 Uhr To Axion Esti (Gepriesen sei)

Musik
Dixieland Hall
The Chicagoans
Jazzkeller
Thomas Stabenow / Lothar Schmitz
Zentrum Zoo Tübingen
21 Uhr Peppers Lounge

Film
uni-film - H 5201, Keplerstraße
20 Uhr Toll trieben es die alten Römer

Sonstiges
Spiel- und Theaterwerkstatt Ludwigsburg Workshop
19-22 Uhr Afro-Drumming mit Reinhard Conen und Dieter Bellmann

Fr. 5.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Der kleine Prinz
Theater 'tri-bühne'
20 Uhr Eiche und Angora
Theater im Westen
20 Uhr Der Arzt wider Willen
Drei-Groschentheater
19.30 Uhr Andorra
Tübinger Zimmertheater
21 Uhr Clavigo
Forum 3
20 Uhr To Axion Esti (Gepriesen sei)
Merlin
20.30 Uhr Jorinde und Joringel
studio theater stuttgart
20 Uhr "Der Trauschein"

Film
Jugendhaus Mitte
20 + 22 Uhr Talking Heads - Stop Making Sense

MusikDixieland Hall
Flat Foot Stompers
Jazzkeller
Bybop
Landespavillon
19.30 Uhr Mundart-Chor Suppingen

Politik
Altes Feuerwehrhaus
Friedensinitiative Stuttgart-Süd 19.30

Frauen
Frauenzentrum
20 Uhr Frauen-Forum

Sonstiges
Spiel und Theaterwerkstatt Ludwigsburg
19-22 Uhr Workshop Afro-Drumming Kalifis

Sa. 6.7.

Theater
Theater der Altstadt
15 Uhr Vom Fischer und seiner Frau
20 Uhr Der kleine Prinz
Theater 'tri-bühne'
20 Uhr Eiche und Angora
Theater im Westen
20 Uhr Der Arzt wider Willen
studio theater stuttgart
20 Uhr "Der Trauschein"
Tübinger Zimmertheater
21 Uhr Clavigo
Forum 3
20 Uhr To Axion Esti /Gepriesen sei)

Musik
Dixieland Hall
New Harlem Ramblers, Neville Dickie
Jazzkeller
Gastspiel des Monats: Milcho Leviev

Politik
Jugendhaus Mitte
19 Uhr Vietnam-Veranstaltung/ASK

Frauen
Sarah
11 Uhr Farben in unserem Leben
Ludwigsburg-Frauenzentrum
20 Uhr Frauen-Disco

Sonstiges
Die Halle (Reichenbach)
19 Uhr Biergarten im Freien

Spiel- und Theaterwerkstatt LB
10-17 Uhr Workshop: Afro-Drumming
Kelter Ludwigsburg-Poppenweiler
Esemble Kalifi Dance

Film
Kommunales Kino
16 Uhr Abschied

18 Uhr La vieille dame indigne
20.30 Uhr Lawrence von Arabien

So. 7.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Der kleine Prinz
Theater 'tri-bühne'
20 Uhr Klassische indische Tänze
Theater im Westen
20 Uhr Der Arzt wider Willen
Tübinger Zimmertheater
11 Uhr Sonntagsmatinee

Film
Kommunales Kino
16 Uhr Abschied
18 Uhr Hintertreppe
20.30 Uhr Lawrence von Arabien

Musik
Landespavillon
20 Uhr Babble ond Schwätze ondrem Barabli

Sonstiges
Café Merlin
11 Uhr Klassisches Frühstück (Brigitte Volz am Klavier)
Spiel und Theaterwerkstatt Ludwigsburg
10-16 Uhr Workshop Afro-Drumming
Gemeindehalle Poppenweiler
20 Uhr Kalifi Dance

Frauen
Frauenzentrum
11.30 Uhr Lesbenfrühstück

Mo. 8.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Der kleine Prinz
Theater im Westen
20 Uhr Liter-Tour quer durch Schwaben

Film
Kommunales Kino
14 Uhr Der Richter und sein Henker(16h)
18 Uhr Coup de foudre
20.30 Uhr The Great Gatsby
Theatrium
20.30 Uhr "Der Rest ist Schweigen"

Di. 9.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Der kleine Prinz
Theater im Westen
20 Uhr Liter-Tour quer durch Schwaben
Tübinger Zimmertheater
21 Uhr Woyzeck

Film
14 Uhr Der Richter und sein Henker
16 + 20.30 Uhr Der Untertan
18 Uhr Muriel ou le temps d'un retour

Musik
Dixieland Hall
Alexander's Frisco Band

Politik
Café Merlin
20 Uhr Chile - ein Erlebnisbericht
Club Voltaire Tübingen
20.30 Uhr "Die Odysee eines Arbeiters"

Mi. 10.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Der kleine Prinz
Theater 'tri-bühne'
20 Uhr Eiche und Angora
Theater im Westen
20 Uhr Ach diese Wege sind sehr dunkel
Drei-Groschentheater
19.30 Uhr Andorra
Tübinger Zimmertheater
21 Uhr Woyzeck
uni-film, K II, H 3
20 Uhr Denn sie leben von der Erdnuß

Musik
Dixieland Hall
Stuttgarter Dixieland All Stars
Landespavillon
16 Uhr Folklore international mit Volkstumsgruppe Dragszel/Ungarn

Frauen
Sarah
20 Uhr Film "Selbe - eine von vielen"

Sonstiges
Jugendhaus Mitte
21 Uhr "Als ich noch der Ultrakurzwellenbub war."

Do. 11.7.

Theater
Theater der Altstadt
15 Uhr Momo
20 Uhr Der kleine Prinz
Theater 'tri-bühne'
19.30 Uhr "A.Hitler: Mein Kampf"
Theater im Westen
20 Uhr Ach diese Wege sind sehr dunkel
Tübinger Zimmertheater
21 Uhr Woyzeck

Musik
Dixieland Hall
Fred Beck - Bernd Marquardt Quintett
Jazzkeller
Lerchenheide swing five plus one
Laboratorium
20.30 Uhr Luis Rico mit Gruppe (Bolivien)
Zentrum Zoo Tübingen
21 Uhr Katie Webster

Sonstiges
Altes Feuerwehrhaus
20 Uhr Der Holzschneider Frans Masereel ("Die Naturfreunde")

Fr. 12.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Der kleine Prinz
Theater 'tri-bühne'
20 Uhr Eiche und Angora
Theater im Westen
20 Uhr Ach diese Wege sind sehr dunkel
Drei-Groschentheater
19.30 Uhr Andorra
studio theater stuttgart
20 Uhr "Der Trauschein"
Tübinger Zimmertheater
21 Uhr Woyzeck

Film
Kommunales Kino
14 + 16 Uhr Die Kinder von Bullerbue
18 Uhr Lola
20.30 Uhr Ninotchka
22.30 Uhr Permanent Vacation
Jugendhaus Mitte
20 + 22 Uhr Nacht der Wölfe

Musik
Dixieland Hall
Hans Jürgen Bock u. Ragtime Specht Groove
Jazzkeller
Harald Schwer Quartett
Laboratorium
20.30 Uhr Erwi & Alvi - Chilenische Musikclowns
Landespavillon
20 Uhr The Peddlers (Country- und Folksongmeeting)

Frauen
Sarah
20 Uhr Film + Diskussion: Sind wir uns denn so F R E M D ?

Sa. 13.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Der kleine Prinz
Theater 'tri-bühne'
20 Uhr Eiche und Angora
Theater im Westen
20 Uhr Ach diese Wege sind sehr dunkel
studio theater stuttgart
20 Uhr "Der Trauschein"
Tübinger Zimmertheater
21 Uhr Woyzeck

Film
Kommunales Kino
14 Uhr Dornröschen
16 Uhr Effi Briest
18.30 Uhr Das Haus der sieben Sünden
20.30 Uhr Permanent Vacation
22.30 Uhr Ninotchka
Jugendhaus Mitte
20 Uhr Die Kümmeltürkin geht

Musik
Dixieland Hall
The Chicagoans

Jazzkeller
Solid old Jazzband
Laboratorium
20.30 Uhr Manila - Samba, Pop und Jazz
Alter Sportplatz in Warmbronn/Leonberg
14 Uhr 1. Warmbronner Open-Air-Festival
Die Halle, Reichenbach
20 Uhr Stop-making-Sense-Schwoof
Volkshaus/Schmalzmarkt, Stgt-Ost
16-22 Uhr Internationale Folklore

Politik
Café Merlin
20 Uhr Die derzeitige Situation in Afghanistan
Theaterhaus Wangen
17 Uhr Die Grünen: Veranstaltung zur Lehrerarbeitslosigkeit

Frauen
Sarah
11 Uhr Angst- Lebensbewältigung - Workshop (bis 14.7.)

Sonstiges
Jugendhaus Mitte
17 Uhr Türkisches Fest / Schülergruppe
Spiel- und Theaterwerkstatt Ludwigsburg
Workshop: Bauchtanz für Fortgeschrittene

So. 14.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Der kleine Prinz
Theater 'tri-bühne'
20 Uhr Klassische indische Tänze
Tübinger Zimmertheater
11 Uhr Sonntagsmatinee

Film
Kommunales Kino
14 Uhr Dornröschen (Kinderkino)
16 Uhr Das Schloß
18 Uhr Permanent Vacation
20 Uhr Effi Briest
22.30 Uhr Das Haus der sieben Sünden
Jugendclub Rohr
20 Uhr Rivalen unter roter Sonne

Musik
Laboratorium
20.30 Uhr Les deux Martins - Martin Schnabel + Martin Spies
Landespavillon
IV. Country- und Folksongmeeting
15 Uhr Detour
17.30 Uhr Jack's Outlaws
20 Uhr Boss Country Band

Frauen
Sarah: Workshop: Angst - Lebensbewältigung

Sonstiges
Spiel- und Theaterwerkstatt Ludwigsburg
Workshop: Bauchtanz für Fortgeschrittene

Mo. 15.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Der kleine Prinz

Film
16 Uhr Das Schloß (+ 18 Uhr
20.30 Uhr Das Haus der sieben Sünden
Theatrium
20.30 Uhr "Sommer 42"

Musik
Garten der Michaeliskirche, Degerloch
20 Uhr Brenzhaus Kammerorchester

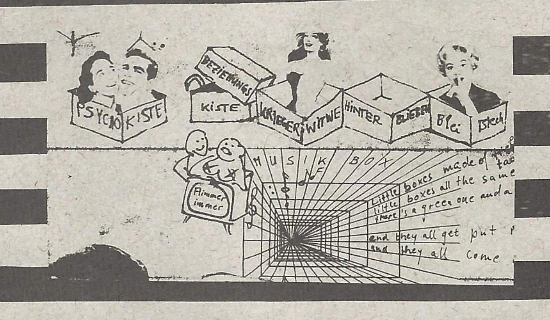
Kinder
Foyer der Filderschule, Degerloch
15 Uhr Kindertheater Radel-Rutsch

Di. 16.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Theater König Alfons, "Faust-ver-rückt"
Theater im Westen
20 Uhr Der eingebildete Kranke
Tübinger Zimmertheater
21 Uhr Clavigo

Film
Kommunales Kino
16 + 18 Uhr Don Carlos
20.30 Uhr Effi Briest

Musik
Dixieland Hall
The Slick Salzer Swing Quartett, Lars Erstrand



Mi. 17.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Der kleine Prinz
Theater im Westen
20 Uhr Der eingebildete Kranke
Tübinger Zimmertheater
21 Uhr Clavigo
Drei-Groschentheater
19.30 Uhr Bei geschlossenen Türen

Musik
Dixieland Hall
Goodtime Company
Garten der Michaelskirche, Degerloch
20 Uhr Brenzhaus Kammerorchester
Landespavillon
16 Uhr Volkstumsgruppe Lunderskov (Dänemark)

Politik
Jugendhaus Mitte
19.30 Uhr Scheinverhandlung (DFG-VK)

Do. 18.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Momo (+ 15 Uhr)
Theater im Westen
20 Uhr Der eingebildete Kranke
Tübinger Zimmertheater
21 Uhr Clavigo

Musik
Dixieland Hall
Stuttgarter Small Stars
Jazzkeller
Uli Gutscher Quartett
Laboratorium
20.30 Uhr 1. Wiener Cajun Combo
Spitalhof, Filderbahnstr. 29
20 Uhr Wolfram Hochstetter, Deutsche und amerikanische Lieder

Fr. 19.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Momo
Theater im Westen
20 Uhr Der eingebildete Kranke
Drei-Groschentheater
19.30 Uhr Bei geschlossenen Türen
studio theater stuttgart
20 Uhr "Der Trauschein"
Tübinger Zimmertheater
21 Uhr Clavigo

Film
Kommunales Kino
Kinderkino: 14 + 16 Uhr Gummitarzan
18 Uhr Zu neuen Ufern
20.30 Uhr Liquid Sky
22.30 Uhr Unmade beds
Jugendhaus Mitte
20 + 22 Uhr Permanent Vacation

Musik
Dixieland Hall
Jumping Horse Jazzmen
Jazzkeller
Jazzmo
Laboratorium
20.30 Uhr Beat Brothers
Café Merlin
20.30 Uhr Murx Brothers (Kabarett-Rock)
Andreä Gemeindesaal
19 Uhr Im Bach - um Bach - und um Bach herum

Politik
Altes Feuerwehrhaus
19.30 Uhr Friedensinitiative Süd

Frauen
Sarah
17 Uhr Film "Die Verwandlung"
20 Uhr Tonbildschau: "Das Geschäft mit der Liebe - Prostitutionstourismus nach Südostasien"

Sonstiges
Jugendhaus Mitte
18 Uhr Sommeratelier-Fest

Sa. 20.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Momo

Theater im Westen
20 Uhr Der eingebildete Kranke
studio theater stuttgart
20 Uhr "Der Trauschein"
Tübinger Zimmertheater
21 Uhr Clavigo

Film
Kommunales Kino
ab 20 Uhr GROSSER FILMBALL

Musik
Dixieland Hall
Cologne Dixieland Company
Jazzkeller
Satin Doll
Laboratorium
20.30 Uhr Ton & Spott (Kabarett aus Stuttgart)
Die Halle, Reichenbach
20 Uhr Sommerfest: Schwoof, Live-Musik

Frauen
Sarah
17 Uhr "Die Verwandlung" (Film)
10-17 Uhr Wen Do - Selbstverteidigung Workshop

Sonstiges
Café Merlin
16 Uhr Afghanische Märchen
Jugendhaus Mitte
19 Uhr Fest zur Revolution in Cuba und Nicaragua
Bad Cannstatt, Krefelderstr. 11
16 Uhr "erste Theater-Hocketse" - HAMMERSCHLAG
Theatrium
20.30 Uhr Nonsense und Chaostheater Oropax

Politik
Hiroshima-Forum Baden-Württemberg in Heilbronn "Heilbronn mahnt: Nie wieder Hiroshima! Stoppt den Rüstungswahnsinn!" (Auskunft: Michael Guggemos, 0711/254917)

So. 21.7.

Theater
Theater der Altstadt
20 Uhr Momo
Theater im Westen
20 Uhr Der eingebildete Kranke

Film
Kommunales Kino
14 Uhr Kinderkino: Gummitarzan
16 + 20.30 Uhr Zu neuen Ufern
18 Uhr The Cat and the Canary
22.30 Uhr The Liquid Sky
Jugendclub Rohr
20 Uhr El Salvador: Revolution oder Tod

Musik
Laboratorium
20.30 Uhr Open House

Frauen
Sarah
10-17 Uhr Wen Do - Selbstverteidigung Workshop

Sonstiges
Café Merlin
11 Uhr Klassisches Frühstück

Mo. 22.7.

Theater
Theater der Altstadt
20.30 Uhr Theater TilbuT, Shanghai Express
Theater im Westen
20 Uhr Der eingebildete Kranke

Film
Kommunales Kino
18 Uhr Einmal Millionär sein
20.30 Uhr Liquid Sky

Di. 23.7.

Theater
Theater der Altstadt
20.30 Uhr Theater TilbuT: Shanghai Revue
Theater im Westen
20 Uhr Der eingebildete Kranke

Film
Kommunales Kino
18 Uhr The Cat and the Canary
20.30 Uhr Einmal Millionär sein

Musik
Dixieland Hall
Dixieland and Swing Orchestra
Landespavillon
16 Uhr Österlen Folkdansgille, Schweden

Kinder
Manufaktur, Schorndorf
15 Uhr Kindermitmachzirkus mit Circus Bonanza

Mi. 24.7.

Theater
Theater der Altstadt
20.30 Uhr Theater TilbuT: "Gerettet?"
Theater im Westen
20 Uhr Der eingebildete Kranke

Musik
Dixieland Hall
Alexander's Ragtime Band
Die Halle, Reichenbach
21 Uhr Die Band !

Frauen
Manufaktur, Schorndorf
20 Uhr Cirque de Barbarie - 10 köpfiger Frauenzirkus aus Paris

Sonstiges
Landespavillon
19 Uhr Tanz und Musik in die Sommerferien

Do. 25.7.

Theater
Theater der Altstadt
20.30 Uhr Vis à Vis: "Des sieht so harmlos aus!"
Theater im Westen
20 Uhr Der eingebildete Kranke

Musik
Dixieland Hall
Trio in Classic
Jazzkeller
Jazzpool
Laboratorium
20.30 Uhr Bernhard Hellstern
Manufaktur, Schorndorf
20 Uhr Schwoisfuass
Zentrum Zoo Tübingen
21 Uhr Sergio Vesely's Constelacion

Sonstiges
18 Uhr Bihlplatz: Abendspaziergang "Die Naturfreunde"

Fr. 26.7.

Theater
Theater der Altstadt
20.30 Uhr Vis à Vis: "Des sieht so harmlos aus!"
Theater im Westen
20 Uhr Ringelnatz-Programm: Kartengrüße aus ...
Drei-Groschentheater
19.30 Uhr Bei geschlossenen Türen

Film
Kommunales Kino
14 + 16 Uhr Die Biene Maja
18 + 22.30 Uhr Alphabet City
20.30 Uhr Tanz auf dem Vulkan
Jugendhaus Mitte
20 + 22 Uhr Copkiller

Musik
Dixieland Hall
Academic Jazz Band
Jazzkeller
Susanne Schempp Quartett
Laboratorium
20.30 Uhr Ganga Lari - Musik aus Indien

Kinder
Manufaktur, Schorndorf
14 Uhr Kinderspielstraße

Sonstiges
Café Merlin
20.30 Uhr Gundolf Senftleben: Pantomime - Lieder - Gedichte
Manufaktur, Schorndorf
20 Uhr Clown PIC des Roncalli-Zirkus und sein Programm



Sa. 27.7.

Theater
Theater der Altstadt
20.30 Uhr Vis à Vis: "Des sieht so harmlos aus!"
Theater im Westen
20 Uhr Ringelnatz-Programm: Kartengrüße aus ...

Film
Kommunales Kino
16 Uhr Kinderkino: Die Biene Maja
18 Uhr Tanz auf dem Vulkan
20.30 Uhr Alphabet City
22.30 Uhr Foreigner

Musik
Dixieland Hall
Academic Jazz Band
Jazzkeller
Susanne Schempp Quartett
Laboratorium
20.30 Uhr Los Kusis de Bolivia
Die Halle
20 Uhr Lateinamerikanische Nacht
Manufaktur, Schorndorf
20 Uhr Deutsch-französisches Jazzensemble

Kinder
Manufaktur, Schorndorf
15 Uhr Kinderliederkonzert

Frauen
Sarah
20 Uhr Sommerfest

So. 28.7.

Film
Kommunales Kino
16 Uhr Kinderkino: Die Biene Maja
18 Uhr Alphabet City
20.30 Uhr Die Spitzenklöpplerin
22.30 Uhr Tanz auf dem Vulkan
Jugendclub Rohr
20 Uhr Das Arche Noah Prinzip

Musik
Laboratorium
20.30 Uhr Los Kusis de Bolivia
Manufaktur, Schorndorf
20 Uhr Bruno Jonas und die Guglhupfa
Landespavillon
15 Uhr Erotic Explousch'n

Kinder
Manufaktur, Schorndorf
15 Uhr Workshop: Instrumente selber bauen und spielen

Mo. 29.7.

Theater
Theater der Altstadt
20.30 Uhr Pantomimenabend

Film
14 + 16 Uhr Kinderkino: Die Biene Maja
Kommunales Kino
18 Uhr Romanze in Moll
20.30 Uhr Die Spitzenklöpplerin

Di. 30.7.

Theater
Theater der Altstadt
20.30 Uhr "Am liebsten singe ich, was ich will"
Theater im Westen
20 Uhr Ringelnatz-Programm: Kartengrüße aus ...

Film
Kommunales Kino
18 Uhr Die Spitzenklöpplerin
20.30 Uhr Romanze in Moll

Musik
Dixieland Hall
Flat Foot Stompers
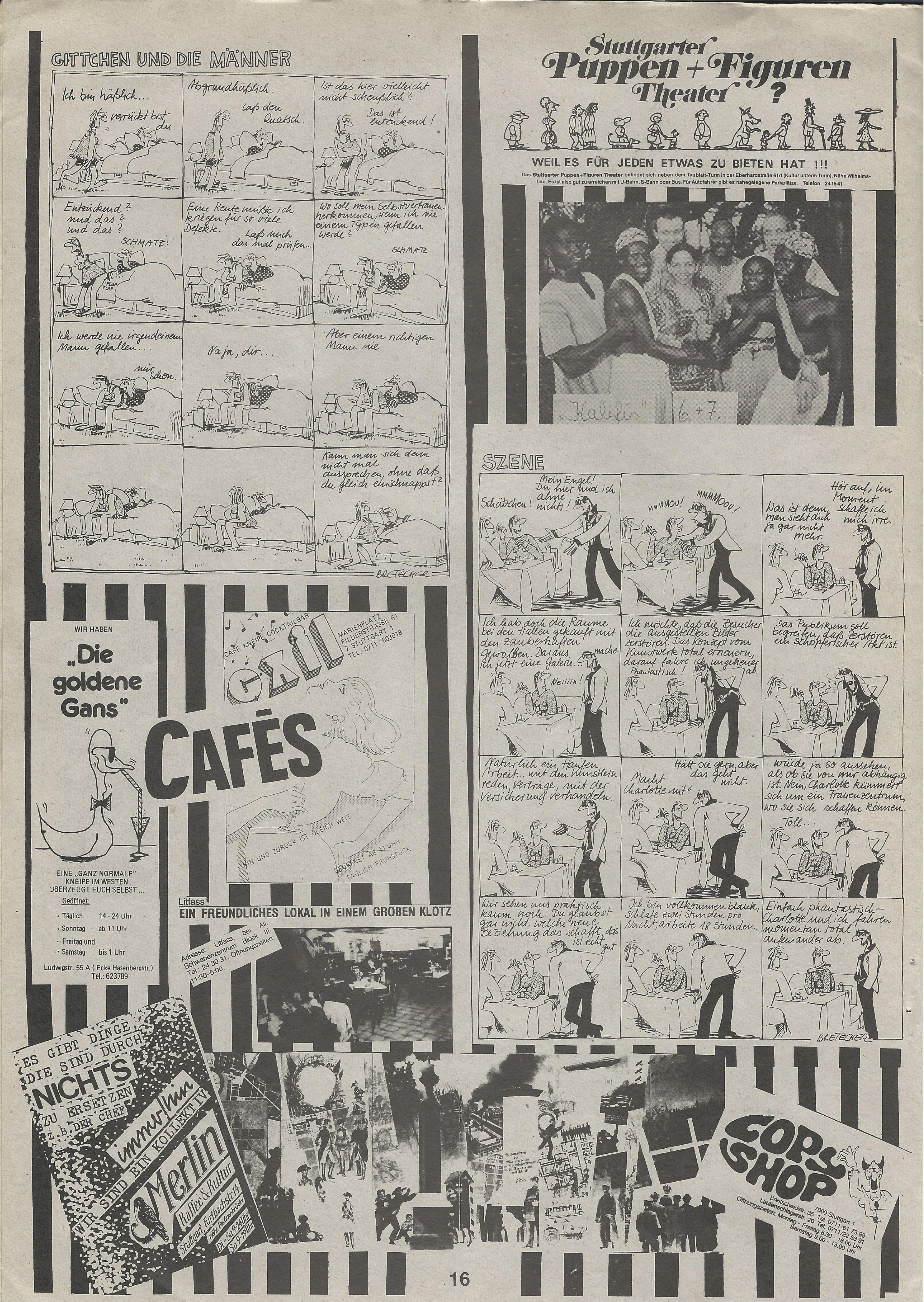
Mi. 31.7.

Theater
Theater im Westen
20 Uhr Ringelnatz-Programm: Kartengrüße aus ...

Musik
Theater der Altstadt
20.30 Uhr Chansons mit Sigi Schwarz: "Am liebsten singe ich, was ich will"
Dixieland Hall
Royal Garden Ramblers

Sonstiges
Café Merlin
20 Uhr Spielwiese




GITTCHEN UND DIE MÄNNER
Ich bin häßlich...
verrückt bist du
Abgrundhäßlich.
Laß den Quatsch.
Ist das hier vielleicht nicht scheußlich?
Das ist entzückend!
Entzückend? und das? und das?
SCHMATZ!
Eine Rente müßt ich kriegen für so viele Defekte.
Laß mich das mal prüfen...
Wo soll mein Selbstvertrauen herkommen, wenn ich nie einem Typen gefallen werde?
SCHMATZ
Ich werde nie irgendeinem Mann gefallen...
mir schon.
Na ja, dir...
Aber einem richtigen Mann nie
Kann man sich denn nicht mal aussprechen, ohne daß du gleich einschnappst?
BRETECHER
Stuttgarter Puppen + Figuren Theater ?
WEIL ES FÜR JEDEN ETWAS ZU BIETEN HAT !!!
Das Stuttgarter Puppen+Figuren Theater befindet sich neben dem Tagblatt-Turm in der Eberhardstraße 61d (Kultur unterm Turm), Nähe Wilhelmsbau. Es ist also gut zu erreichen mit U-Bahn, S-Bahn oder Bus. Für Autofahrer gibt es nahegelegene Parkplätze. Telefon 241541
„Kalifis" 6.+7.
SZENE
Schätzchen!
Mein Engel! Du hier und ich ahne nichts!
MMMMOU!
MMMMOU!
Was ist denn, man sieht dich ja gar nicht mehr.
Hör auf, im Moment schaffe ich mich irre.
Ich hab doch die Räume bei den Hallen gekauft mit den zauberhaften Gewölben. Daraus mache ich jetzt eine Galerie.
Neiiiin!
Ich möchte, daß die Besucher die ausgestellten Bilder zerstören. Das Konzept vom Kunstwerk total erneuern, darauf fahre ich ungeheuer ab.
Phantastisch!
Das Publikum soll begreifen, daß Zerstören ein schöpferischer Akt ist.
Natürlich ein Haufen Arbeit... mit den Künstlern reden, Verträge, mit der Versicherung verhandeln...
Macht Charlotte mit?
Hätt sie gern, aber das geht nicht.
würde ja so aussehen, als ob sie von mir abhängig ist. Nein, Charlotte kümmert sich um ein Frauenzentrum, wo sie sich schaffen können.
Toll...
Wir sehen uns praktisch kaum noch. Du glaubst gar nicht, welche neue Beziehung das schafft, das ist echt gut
Ich bin vollkommen blank, schlafe zwei Stunden pro Nacht, arbeite 18 Stunden.
Einfach phantastisch — Charlotte und ich fahren momentan total aufeinander ab.
BRETECHER
WIR HABEN
„Die goldene Gans"
EINE „GANZ NORMALE" KNEIPE IM WESTEN
ÜBERZEUGT EUCH SELBST...
Geöffnet:
· Täglich 14 - 24 Uhr
· Sonntag ab 11 Uhr
· Freitag und
· Samstag bis 1 Uhr
Ludwigstr. 55 A (Ecke Hasenbergstr.)
Tel.: 623789
CAFÉS
CAFE KNEIPE COCKTAILBAR
exil
MARIENPLATZ
FILDERSTRASSE 61
7 STUTTGART 1
TEL.: 0711 / 603018
HIN UND ZURUCK IST GLEICH WEIT
GEOFFNET AB 11 UHR
TAGLICH FRUHSTUCK
Litfass
EIN FREUNDLICHES LOKAL IN EINEM GROBEN KLOTZ
Adresse: Litfass, bei Ali. Schwabenzentrum Block III. Tel.: 24 30 31, Öffnungszeiten: 11:30–5:00.
ES GIBT DINGE
DIE SIND DURCH
NICHTS
ZU ERSETZEN
Z.B. DER CHEF
WIR SIND EIN KOLLEKTIV
immer hin
Merlin
Kaffee & Kultur
Stuttgart, Furtbachstr.
COPY SHOP
7000 Stuttgart 1
Breitscheidstr. 35 Tel. 0711/61 73 99
Lautenschlagerstr. 20 Tel. 0711/22 53 91
Öffnungszeiten: Montag - Freitag 8.30 - 18.00 Uhr
Samstag 9.00 - 13.00 Uhr

Der Plan für eine Integrationspolitik - Zur Situation der politischen Gefangenen in Nordirland

Der folgende Artikel wurde aus IRIS (Nr. 9 vom Dezember '84), einem irischen republikanischen Magazin übersetzt und nur leicht gekürzt. Er ist ein Beitrag zur Auseinandersetzung über die Situation in westeuropäischen Knästen.

Zum besseren Verständnis ein paar kurze Erklärungen:

Magilligan ist ein Knast mit drei H-Blocks an der Küste Nord-Derrys in Nordirland

Long Kesh oder offiziell maze-prison, liegt in der Nähe von Belfast, auch im Norden. Dort gibt es einerseits H-Blocks, andererseits 'Compounds', von den Gefangenen kurz cages (Käfige) genannt. In den cages sind immer noch Gefangene mit Politischem Status (die vor 1976 eingefahren sind).

Crumlin-Road heißt ein kleineres Gefängnis in Belfast selbst.

Segregation heißt wörtlich übersetzt: Trennung/Aufspaltung. Hier steht es einfach für die Forderung, daß Linke und Faschisten nicht zusammengelegt werden wollen.

Der Plan für eine Integrationspolitik (in Nordirischen Knästen)

Sean Delaney untersucht den Hintergrund der Kampagne für Segregation in den Gefängnissen und setzt sich damit auseinander, wie das 'Northern Ireland Office' die Magilligan-Krise dazu benutzt, Boden, der während des republikanischen Hungerstreiks von 1981 verloren gegangen war, zurückzugewinnen.

Auch wenn das Ende des Hungerstreiks der loyalistischen Gefangenen am 5. Oktober für Segregation von Republikanern in Magilligan von den Schlagzeilen der Medien - in denen Magilligan sich im Herbst kurzzeitig befand - verschwunden ist, hat es nichts dazu beigetragen, die immer gespanntere Gefängniskrise zu lösen, die jetzt seit zwei Jahren besteht ... Allerdings - wenn es überhaupt etwas erreicht hat - hat es nur zwei Realitäten verstärkt, die teilweise seit dem Hungerstreik selbst, vielleicht aus den Augen verloren worden sind. Erstens, daß loyalistische Gefangene politisch und psychologisch unfähig bleiben, einen rigorosen Protest gegen eine Gefängnisleitung, die wesentlich loyalistisch ist, zu unterstützen (und daß sie sich stattdessen erlauben, sich mit Versprechungen, daß die Repression gegen republikanische Gefangene größer wird, aufkaufen zu lassen). Zweitens, daß die Zwangsintegration der loyalistischen und republikanischen Gefangenen von den Brits nicht so leicht fallen gelassen wird, da sie eigentlich die einzige Stütze der Kriminalisierungspolitik der britischen Regierung in den Gefängnissen ist, die den Hungerstreik von '81 überlebt hat.

Unter den Nachwirkungen des fehlgeschlagenen loyalistischen Protests ist die Situation in Magilligan im Moment anscheinend ruhig. Doch ist es nur einige Monate her - im Anlauf zum Hungerstreik -, daß eine Atmosphäre fast unglaublicher Gewalt herrschte: Gewehrkugeln und Sprengkörper explodierten in einigen Waschräumen und Kantinen, brennend heißes Wasser wurde in die Gesichter von Gefangenen geschüttet und zwischen Gefängniswärtern und loyalistischen Gefangenen wurden Kollusionen organisiert, die zu einer ganzen Menge gemeiner körperlicher Angriffe auf Republikaner führten.

Alle Tatsachen deuten darauf hin, daß die Leitung von Magilligan absichtlich diese Atmosphäre benutzt; und sie deuten auf eine immer strengere Auslegung der Knast 'Disziplin' (lange Perioden vom Erlaß der Haftzeit gehen verloren, der Verlust von 'Privilegien' usw.) hin, mit der experimentiert wird. Beides soll den Widerstand gegen Zwangsintegrationbrechen, als Auftakt, um das Gleiche in Long Kesh zu versuchen (wo Segregation de facto existiert und wo weit mehr Leute im Knast sind und die stärker organisiert sind). In Zusammenarbeit mit der RUC sollen außerdem potentiell anfällige Gefangene isoliert und einige von ihnen als Informanten und bezahlte Verräter rekrutiert werden.

Da die Republikaner in Magilligan den gleichen Stand der de facto oder freiwilligen Segregation erzielen wollen, wie er in Long Kesh existiert, gibt es kaum Zweifel daran, daß der Abschnitt für eine weitere Gewaltkonfrontation in den kommenden Monaten vorgezeichnet ist.

Seit dem 'Gardiner-Report' 1975, der den Weg dafür ebnete, den Politischen Status bei 'strafbaren Handlungen' zurückzunehmen - was nach dem 1. März 1976 bindend wurde -, ist die Forderung nach Segregation zwischen Republikanern und Loyalisten ein zentrales Merkmal des Knastlebens gewesen.

Politischer Status ist, nach dem Hungerstreik von Republikanern in 'Crumlin Road', 1972 von der britischen Regierung anerkannt worden. Das führte dazu, daß verurteilte Gefangene und Internierte sich in segregierten Compounds innerhalb Long Kesh's aufhalten konnten. Gardiners Empfehlung war, daß in Zukunft verurteilte Gefangene in einer Zellenunterbringung (den H-Blocks) völlig integriert und als normale Kriminelle behandelt werden sollten. Obwohl die politische Bedeutung des Gardiner-Reports vielleicht außerhalb der Gefängnisse damals nicht weitgehend genug oder nicht ganz begriffen worden ist, reagierten die U-Haft-Gefangenen in der Crumlin Road schnell auf die Zwangsintegrationsversuche. Die erste ernsthafte Auseinandersetzung passierte am 12. Juli 1976, als Republikaner in der Kantine des C-Flügels Loyalisten den Fernsehbericht über die 12. Orange-Parade nicht anschauen ließen. Ein Kampf brach aus, in dem die Loyalisten aus der Kantine getrieben wurden.

Daraufhin blieben sie einige Monate für 24 Stunden in ihren Zellen eingeschlossen. An diesem Punkt führte Lenny Murphy, kommandierender Offizier der UVF im C-Flügel (der 'Metzger' aus Shankill; er wurde danach von der IRA 1982 hingerichtet), mit Hilfe von Gefängniswärtern einen Angriff auf eine Gruppe republikanischer U-Gefangener, was in einem monatelangen physischen Konflikt im Gefängnis endete.



Anfang 1977 wurde ein Kompromiß ausgearbeitet, in dem von der Gefängnisleitung Zeiten fürs Waschen, Essen, Sport und Aufschluß festgelegt wurden. Durch eine gegeseitige Übereinkunft unter den republikanischen und loyalistischen Fraktionen wurde abgewechselt und (auf-) geteilt. Dies resultierte in einem freiwilligen System der Segregation. Diese Abmachung, die eine friedliche Koexistenz garantierte, hatte die stille Zustimmung der Gefängnisleitung in Crumlin Road und ist bis jetzt nicht gebrochen worden.

Der 'Decken-Protest' in den H-Blocks von September '76 an bedeutete, daß auch dort die Integration sich nicht materialisierte, wie es die britische Regierung gehofft hatte. Die wachsende Zahl der 'blanket-men' und das Hygiene-Problem, das mit dem Schmutzstreik, der im März 1978 anfing, zusammenkam, hieß 'daß vielleicht die H-Blocks 3, 4, 5 und 6 (von ganzen acht Blocks), ganz segregierte republikanische Blocks und

die Loyalisten, Unpolitischen und nicht-protestierenden Republikanern unter den übrigen Blocks verteilt würden. Die protestierenden Gefangenen nahmen die formale Forderung nach Segregation in ihre Definition der Zusammenlegung, die eine der fünf Forderungen während der Hungerstreiks 1980 und 1981 bildete, auf, nachdem sie bemerkt hatten, daß die Leitung Long Keshs versuchen würde, die Integration einzuführen, sobald der Protest vorbei wäre. Obwohl aber die Protestierenden das Recht, ihre eigene Kleidung zu tragen, erhielten, sie teilweise ihren verlorenen Haft-Erlaß zurückbekamen, weniger Beschränkungen bei Briefen, Besuchen und Zusammenlegung gemacht wurden, lehnte die Leitung es ab, bei der Segregationsforderung nachzugeben.

Doch es ist nicht das Gleiche, eine Politik zu haben und sie dann auch durchzuführen. Obwohl der Hungerstreik am 3. Oktober 1981 zu Ende war, ging der Protest gegen Arbeit bis in den November des folgenden Jahres weiter. Als dieser endete, begann die Gefängnisbehörde damit, die ungefähr 300 Republikaner, die protestiert hatten, über die Blocks zu verstreuen. Aber Unruhe flackerte auf, als die Loyalisten sich nun in der Minderheit befanden und dies damit erwidert wurde, daß sie in ihren Zellen blieben, Fenster und Möbel zerstörten und Urin unter ihre Zellentüren lehrten.

Aus Angst vor einer loyalistischen 'Schmutz'-Kampagne verlegte die Leitung sie in H3 und H5, wo sie sich stattdessen in einen Protest gegen Arbeit einließen und damit zehn Tage Haft-Erlaß pro Monat verloren. Aber im März 1984 erklärten diese Loyalisten sich wieder 'arbeitsfähig', da sie von einigen Top-UVF-Männern, die im vorhergehenden April in den Knast kamen, weil der Loyalist Joe Benett sie verraten hatte, 'aufgebaut' wurden. Die sofortige Antwort der Leitung war, einen integrierten Flügel in H2 zu eröffnen, wohin sie zehn Republikaner und zehn Loyalisten verlegten. Sofort brach eine Schlägerei aus, gefolgt von 24 Stunden Einschluß; und wieder wurde Urin unter die Zellentüren geleert. Gefängniswärter beklagten sich bei der Leitung über ihre Arbeitsbedingungen, und der integrierte Flügel wurde aufgelöst. Seit damals besteht ein instabiles Gleichgewicht in den H-Blocks von Long Kesh.

Da sie auf dieser Ebene keine größeren Konfrontationen im Knast riskieren wollen und sie anscheinend unter internem Druck der 'Prison Officers Association' stehen und sie trotzdem an die Empfehlungen des Hennessy-Reports, der dem Massenausbruch von 38 Republikanern am 25. September 1983 folgte, gebunden sind, hat die Leitung von Long Kesh sich für eine Situation ausgesprochen, in der es in jedem Block sowohl republikanische als auch loyalistische Gefangene, aber in segregierten Flügeln, gibt. Gemeinsame Einrichtungen wie Einrichtungen zur Erholung und Unterhaltung, workshops usw., funktionieren 'nicht-offiziell' nach dem Prinzip der Abwechslung, das in Crumlin-Road-Gefängnis angewandt wird, obwohl die Einschränkungen, die seit dem Gefängnisausbruch vom Gefängnispersonal an die republikanische Gefangenenbewegung verhängt worden sind, sowieso bedeutet haben, daß workshops geschlossen und sie auf die Flügel begrenzt wurden.

Dies heißt paradoxerweise, daß Republikaner im Moment keine Gefängnisarbeit machen, außer den Flügel instand zu halten (eine der ursprünglichen fünf Forderungen) und in Haftbedingungen zu leben, die ein republikanischer Gefangener als 'Bedingungen wie mit Politischem Status' beschrieben hat. Unter den acht Blocks in Long Kesh gibt es - der Leitung zufolge - gegenwärtig 15 republikanische Flügel, neun loyalistische Flügel und neun 'gemischte' Flügel, in denen sich unpolitische Gefangene, unzuverlässige politische Gefangene, 'wiedergeborene' Christen usw., aber wenige Republikaner befinden.

Das Magilligan-Gefängnis, das an der Nordküste Derrys liegt und nur aus drei H-Blocks besteht, war entworfen, um als Kurzzeitgefängnis mit relativ geringer Sicherheit zu funktionieren. Dort waren Gefangene mit kurzen Haftstrafen oder solche, die dem Ende ihrer Gefängniszeit entgegengingen. Bis Anfang 1983 waren dort ziemlich wenige Republikaner, aber die Bemühungen, aus taktischen Gründen die Übermacht der Republikaner in Long Kesh zu reduzieren, nachdem sie ihren Protest gegen Arbeit am 1. November 1982 beendet hatten, führte dazu, einige von ihnen nach Magilligan zu verlegen.

Die Loyalisten antworteten auf das Ende der republikanischen Kampagne gegen Arbeit, die den Republikanern zum ersten Mal Zutritt zu Gebieten des Gefängnisses gab, die bisher die Loyalisten ununterbrochene Kontrolle

MAGILLIGAN

gehabt hatten: sie fingen eine Kampagne für Segregation in Long Kesh und Magilligan an. Diese Initiative nahm sowohl in Magilligan als auch Long Kesh die Form eines Schmutzstreiks an. Die Loyalisten glaubten, er hätte als Ergebnis, daß die Republikaner aus den protestierenden Flügeln verlegt würden (was am Anfang des republikanischen Schmutzstreiks 1978 passiert war). Stattdessen 'spaltete' die Knastleitung die Flügel nur auf, indem sie die loyalistischen Protestierenden in das eine Ende des Flügels einsperrten.

Nach weniger als einem Monat ging der Schmutzstreik zuende, aber die Loyalisten blieben 23 Stunden eingeschlossen und verließen die Kantinen der drei Blocks, während die Republikaner aßen oder Zusammenlegung hatten, obwohl die Gefängniswärter sich tobend bemühten, sie dazu zu bringen, die Kantinen zu betreten. Im Oktober 1983 jedoch nahm die loyalistische 'Kampagne' eine neue gemeine Richtung an. Einige Loyalisten betraten eines Morgens die Kantine in H2 und griffen eine kleinere Gruppe ahnungsloser Republikaner mit Billiardkugeln, Bürstengriffen, Küchengeräten und Stühlen an. Ein Aufruhr entstand; die Republikaner wurden dafür verantwortlich gemacht und daraufhin bestraft.

Im folgenden Monat explodierten Gewehrkugeln, die auf einer Kochplatte liegengelassen worden waren und offensichtlich von Republikanern stammten, in einer Kantine in H2, während Loyalisten sich in ihr aufhielten. Bei einer Durchsuchung, die Wärter daraufhin durchführten, wurde eine kleine Menge Explosivstoffe in den Blocks gefunden. Das Muster der Ereignisse war in H1 und H3 ähnlich. Im Oktober explodierten Kugeln in H1 und Explosivstoffe wurden im folgenden Monat im 'A'-Flügel gefunden. Im 'B'-Flügel versuchten die Wärter, Republikaner und Loyalisten im Waschraum zu integrieren. Eine Aufruhrtruppe wurde gegen die Republikaner losgelassen, nachdem Streitereien ausgebrochen waren.

Sieben Republikaner verloren danach zwischen drei Wochen und drei Monaten Hafterlaß. Kein Loyalist, der darin verwickelt war, wurde bestraft.

Im November betraten in H3 bis zu 18 Loyalisten eine Kantine und griffen eine kleine Gruppe Republikaner mit den verschiedensten Waffen an. Die Gefängniswärter, die sich aus dem Flügel zurückgezogen hatten und vor dem Angriff die Flügel geschlossen hatten, warteten zehn Minuten, bis sie eine Aufruhrtruppe schickten, die die Loyalisten unbehelligt in ihre Zelle eskortierte, bevor sie die Republikaner aufs brutalste zusammengeschlagen hatten, so daß mehrere von ihnen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Die meisten der Republikaner wurden angeklagt, einen 'Aufruhr' initiiert zu haben! Das Jahr 1984 bestätigte die dramatische Eskalation der Ereignisse. Während der ersten Februarwoche entkamen Loyalisten knapp in H3 knapp einer Verletzung in einem Waschraum, als nur die Zündkapsel einer kleinen Bombe explodierte. Weniger als zwei Monate später wurde eine Zündkapsel im Besuchsbereich des Gefängnisses entdeckt; sie war in einer Orange versteckt. Anscheinend hatte ein Wärter eine Orange aus einem Paket eines Gefangenen gestohlen, um sie zu essen, aber nachdem er die Sprengkapsel gefunden hatte, wußte er nicht mehr, aus welchem Paket sie stammte.

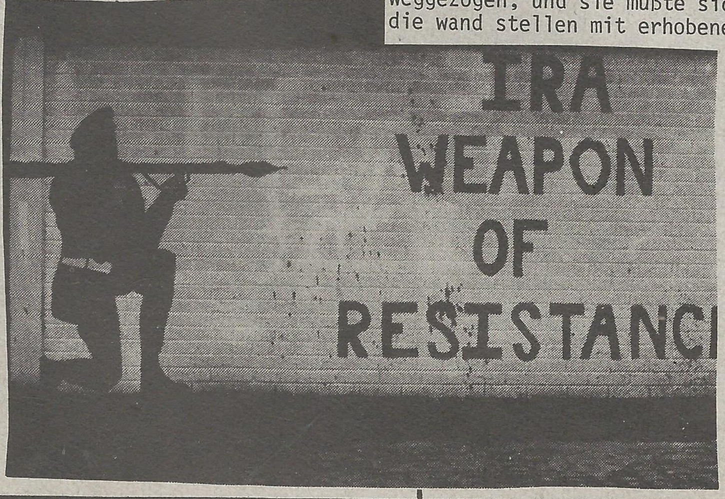
Anfang 1984 begann die Magilligan-Leitung die Sache mit der Segregation auf den ' D'-Flügel von H2 und die vier Flügel von H3 zu 'konzentrieren'. Sie verlegten jeden republikanischen Organisator von H1 und schlossen sie zum Großteil mit unpolitischen und nicht-betroffenen Gefangenen zusammen, in einem Verhältnis 2:1 von Protestanten und Katholiken. Es hat wenige Vorfälle im ganzen Jahr 1984 gegeben, und der Block ist jetzt in jeder Hinsicht integriert. In H2 umfassen die 'A'- und 'B'-Flügel jetzt hauptsächlich unpolitische Gefangene mit Kurzstrafen, wobei wiederum die Protestanten dominieren. Der 'C'-Flügel wurde seit Juli lerr gelassen, um ihn als Bestrafungsflügel zu benutzen.

Zwischen April und September 1984 begann die Leitung nun eine konzertierte Politik: der harte Kern der republikanischen Aktivisten wurde in fünf Flügeln des Gefängnisses konzentriert. Es wurden Kollisionen - loyalistische Angriffe auf Republikaner - organisiert, um den Beschluß der Republikaner, die Segregation in diesen Flügeln zu forcieren, zu brechen und die Loyalisten zu überreden,

nicht mehr auf Segregation zu bestehen. Seit die Loyalisten es ablehnten, die Kantinen während der Essenszeit zu betreten, war der erste Zug der Leitung, alle Gefangene- Republikaner und Loyalisten - zu zwingen, ihre Mahlzeiten in ihren Zellen einzunehmen. Doch besetzten die Republikaner immer noch die Kantinen für ihre Zusammenlegung am Abend, während die Loyalisten in ihren Zellen blieben. Top-Gefängniswärter engagierten sich über Sommermonate hin in langatmigen Diskussionen mit dem loyalistischen Flügel O/C; sie machten ein Angebot, das die Loyalisten dazu bringen sollte, sich zu bemühen, sich während der Abende in den Kantinen zu integrieren. Das Ergebnis war - republikanischen Gefangenen zufolge - eine formlose Übereinkunft, daß die Gefängniswärter für loyalistische Angriffe Anlässe, die von Republikanern ausgehen, arrangieren und danach die Republikaner mit Tätlichkeiten und mit harten Verlusten von Hafterlaß, Zusammenlegung und anderen 'Privilegien' bestrafen würden. Es wurde gesagt, daß die Gefängniswärter, die diese Politik koordinierten, Mc Ilveen (höchster Sicherheitsbeamter) und Hutchinson und Hillen (oberste Beamte) hießen. Dieses Trio war persönlich an einigen oder mehr als 40 Angriffen auf republikanische Gefangene in H2 und H3 zwischen April und September beteiligt.

Diese Angriffe hatten ein ähnliches Muster: Einem oder zwei Republikanern wurde erlaubt, in eine Kantine oder einen Hof, um Sport zu treiben, zu gehen, wo sie eine große Gruppe Loyalisten erwartete. Nachdem sie sie körperlich angegriffen hatten, wurden sie bei mehreren Gelegenheiten auch von Gefängniswärtern geschlagen, bevor sie angeklagt wurden, tätlich geworden zu sein oder Aufruhr provoziert zu haben. Hand in Hand mit dieser Brutalisierungspolitik - zu der auch die Kollusion einiger Gefängniswärter mit Loyalisten im letzten Juli gehörte, die Gift hineinschmuggelten, um das Essen der Republikaner zu verseuchen - ging, daß die Leitung eine noch härtere Bestrafung und kleinliche Beschränkungen forcierte.
Dies umfaßte, daß die Lern- und Unterhaltungsmöglichkeiten im 'D'-Flügel von H2 und H3 nicht mehr angeboten, regelmässige Verlegungen zwischen den Flügeln und häufige körperliche Durchsuchungen (strip-searching) gemacht wurden. Diese Intensivierung und erneuten Versuche, in den Flügeln Integration zu forcieren, war

zufällig zur gleichen Zeit wie die Ankunft des neuen Gouverneurs Semple in Magilligan im Juli. Doch republikanische Gefangene - die sich noch immer einer zahlenmäßigen Übermacht erfreuten - reagierten damit, daß sie bei einigen Gelegenheiten Loyalisten mit kochendem Wasser angriffen und andauernd ablehnten, sich zu integrieren.



Neuer Angriff auf Angehörige der politischen Gefangenen

Im Juni-'blättle' war der Beschluß des BGH-Ermittlungsrichters Kuhn abgedruckt, mit dem er Verena Lauterbach von vornherein vom Besuch bei Claudia Wannersdorf ausgeschlossen hat.

Jetzt machte die Bundesanwaltschaft (BAW) eine Wohnungsdurchsuchung in West-Berlin bei W., die in der Angehörigen-Gruppe arbeitet. Dies war bereits die zweite Staatsschutzaktion gegen sie: Im April war sie aus dem letzten Zug nach West-Berlin an der Ostgrenze der BRD rausgeholt worden. Sie wurde gezwungen, sich nackt auszuziehen, der SS war scharf auf Papier, es gab aber nichts. So kopierten die Beamten dann W.'s Adressbüchlein. Den Rest der Nacht konnte sie auf dem Bahnsteig bis zur Ankunft des ersten Zuges verbringen.

Als 'Gründe' für die Haussuchung diente der BAW ein Telefongespräch zu Weihnachten letzten Jahres, das W. mit Angehörigen geführt hatte, deren Tochter von der Polizei als Mitglied der RAF gesucht wird. Die Mutter hatte Angst um ihre Tochter, und W. versuchte sie zu beruhigen. Das benützte die BAW, um W. Kontakte zu der gesuchten Frau zu unterstellen. Der BGH-Ermittlungsrichter Gollwitzer schreibt dann weiter in seinem Durchsuchungsbefehl vom 10. Mai 1985:
"Die (von der BAW) beantragte Durchsuchung ist deshalb zur Auffindung entsprechender Beweismittel, aus denen sich Art und Umfang solcher Kontakte ergeben, erforderlich und geboten. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil die Verdächtige seit langem in der sogenannten 'Verwandtenarbeit' tätig ist und sich in dieser Eigenschaft wiederholt und nachdrücklich für die Belange der 'RAF' bzw. ihrer Mitglieder eingesetzt hat."

Wie die Durchsuchung, sprich Heimsuchung ablief, beschreibt der folgende Bericht.
"Hier die Fortsetzung zur zugkontrolle: am donnerstag, den 30. mai, um 6.15 uhr wurde ich durch zwei schläge an die tür geweckt und dann standen zwei typen mit waffen und schutzschild an meinem bett.

die wohnung füllte sich dann mit zivilen personen, von denen sich einer als bundesanwalt jost vorstellte. und mir den beiliegenden durchsuchungsbefehl gab.
meine kleine tochter war zum glück verreist. der 15jährigen wurde die decke weggezogen und von einem beamten (?), der rechts die waffe hielt, wurde ihr eine hose aufs hochbett geworfen. a., meiner mitbewohnerin, wurde die decke weggezogen, und sie mußte sich an die wand stellen mit erhobenen armen.

die hauptarbeit der leute, soweit ich das alles mitkriegen konnte: fotografieren - wie verrückt -, sogar unser miniklo. in meinem zimmer und an sämtlichen türen die suche nach fingerabdrücken. an meinem schreibtisch, fenster, ein glas auf dem tisch, vase auf dem regal, plastikhülle im papierkorb.

mitgenommen haben sie: das telefonverzeichnis, das sie neulich im zug kopiert haben, ein telefonbüchlein, eine adressenliste (gefangene, anwälte, verwandte) und einen stadtplan aus karlsruhe.
nach etwa zwei stunden gingen sie wieder, der staatsanwalt sagte auf meine frage, wer den dreck wieder weg macht, ich könnte eine putzfrau nehmen und ihnen die rechnung zuschicken. ..."

Daß der BAW 'Gründe' billig sind, wissen wir. Der Zweck der Durchsuchung war Terror, Einschüchterung, und dazu zeigt sie natürlich den Haß der BAW auf die Angehörigen und ebenso alle, die für die Zusammenlegung kämpfen. Sie ist ein Schritt im Versuch der BAW, heißt des Staates, nach der politischen Niederlage, die der Hungerstreik für den Staat war, wieder offensiv zu werden, d.h. mit der Kriminalisierung des Widerstandes wieder voranzukommen. Kriminalisierung der Angehörigen heißt natürlich deren moralische Diskreditierung, d.h. der beabsichtigten Zerstörung ihrer Glaubwürdigkeit.
Es ist klar, daß der Staat mit solchen Angriffen fortfahren wird, aber es liegt an uns, ob er tatsächlich aus seiner Defensive herauskommt.

Leserbrief aus Kansas

15.May,1985

Hallo,

Ich bin ein Gefangener im Staatsgefängnis und sitze hier eine lange Strafe ab.Ich nehme an Kursen der Universität von Kansas teil,die hier im Knast gegeben werden.Noch vor Ende diesen Jahres sollte ich mein B.A.(Bachelor of Arts)von der Fakultät für Soziologie bekommen.Ich habe mich bisher vor allem mit dem Studium folgender Themen befasst:Feminismus, Knäste,Frauenknäste u.a.In den letzten 6-8 Monaten habe ich Material über"FRAUEN,POLITISCHE GEFANGENE IN DER BRD"gesammelt.
Da ich im Knast bin,kann ich meine Nachforschungen nur durch Briefe wie diesen und anderes geschriebenes Material durchführen.
Kennt Ihr jemanden,der/die an dieser Arbeit interessiert wäre? Ich würde mich sehr gerne mit Leuten über dieses Thema "unterhalten".Der Begriff"politisch" beinhaltet für mich:Anti-AKW,Anti-Vergewaltigung,Anti-NATO;militante und pazifistische Aktivisten.
Meine Analyse ist noch nicht voll ausgereift und nicht festgefahren (undogmatisch).

Ich hoffe sehr von Euch zu hören.

Larry

P.S.Ich kann zwar etwas Deutsch lesen,aber nur sehr schlecht deutsch schreiben.

Bitte schreibt an:
Larry W. Giddings #10917-086
P.O.Box 1000
Leavenworth,Kansas 66048
U.S.A.

Eine neue Straftat: Solidarität mit »Nicht-Reuigen«

Zu den Verhaftungen in Italien am 8. Februar 1985 (Flugblatt, übersetzt)

EINE NEUE STRAFTAT: SOLIDARITÄT MIT NICHTREUIGEN

Am 8. Februar wurden die folgenden Genossen auf Anordnung der venezianischen Staatsanwaltschaft verhaftet: Guiseppe Maj, Verleger vom "Bolletino" und anderen marxistischen Publikationen; Donatella Bassi, aus dem Komitee der Angehörigen der politischen Gefangenen aus Mailand; Paolo Dorigo und Domenico Melio vom marxistisch-leninistischen Dokumentationszentrum Mestre, Venedig; Anna Paola Zonca aus dem venezianischen Angehörigenkomitee.

Außerdem haben dieselben Richter mehrere Durchsuchungen veranlaßt. Unter anderem wurden durchsucht: die Buchhandlung Calucha in Mailand, wo das Bolletino seine Postadresse hat; Radio Gamma 5 aus der Nähe von Padua, das die Sendungen des Solidaritätskomitees mit den politischen Gefangenen aus Padua ausstrahlt; der Sitz "Circolo porta romana" in Mailand, wo - neben vielen anderen Versammlungen - auch das Komitee der Angehörigen der politischen Gefangenen seine Treffen abhält.

Wie die Genossen und Leser aus dem Haftbefehl entnehmen können, ist heute in Italien, das eine "sozialistische" Regierung hat, folgendes strafbar:

- "Solidaritätskampagnen, sowohl moralisch als auch materiell, für inhaftierte Terroristen, die sich als Mitglieder der Roten Brigaden begreifen..." (Punkt 3 der Begründung des Haftbefehls)
- "Die Koordinierung des Komitees und seine Zeitung ins Leben gerufen zu haben" (Pkt.1)
- "Briefe und Beiträge des harten Kerns der Roten Brigaden..." gedruckt zu haben (Pkt.2)
- "Ratschläge, Kritik und Anweisungen über das tipographische Aussehen des Bolletino" von einem Gefangenen bekommen zu haben (Pkt.4)
- "Mit ehemaligen Gefangenen aus den Roten Brigaden, die nicht reuig sind, und die entweder aus gesundheitlichen Gründen oder wegen des Ablaufs der Untersuchungshaft +) aus dem Knast entlassen worden sind", Kontakt gehabt zu haben. (Pkt. 5,6 und 7)
- "Verwandte von nichtreuigen Brigadisten, die heute noch in Hochsicherheitstrakte gesperrt sind", getroffen zu haben. (Pkt. 8)
- Sich folgendermaßen verhalten zu haben: "An Versammlungen gegen die NATO, gegen Atomwaffen oder gegen die Anwesenheit italienischer Truppen im Ausland, an Fabrikversammlungen, Versammlungen von Stadtteilkomitees", teilgenommen zu haben. Das alles natürlich mit dem verächtlichen Ziel, nach den "Anweisungen, die die Roten Brigaden ihren Militanten mit der Broschüre Nr. 19 vom März '85 aufgetragen haben", sich an "wichtigen Massenbewegungen" beteiligt zu haben. (Pkt.9)

Das zielt also offensichtlich auf die Kriminalisierung eines Verhaltens von Millionen von Menschen, wie die Teilnahme an öffentlichen Versammlungen; das bedeutet zudem die Verweigerung des Rechts einer Zeitung, Vorschläge, Kritiken und Beiträge von ihren Lesern zu erhalten. Beiträge, die gerade eine Zeitschrift öffentlich von all ihren Lesern verlangt, sowohl von den "freien" Bürgern, als auch von den Gefangenen. Das bedeutet darüber hinaus die Anfechtung des Legalitätsstatus eines Komitees (es handelt sich hier um das Komitee aus Paris), das in einem anderen Land legal existiert und dort über eine öffentliche Adresse verfügt.

Der Richter macht sich sogar so lächerlich, dem Bolletino seine Funktion verweigern zu wollen, d.h. die Beiträge der einzelnen Komitees, die in der Koordinierung zusammengefaßt sind, zu verbieten.

Das Programm und die mittelfristigen Ziele, die den Beschuldigten völlig unbegründet zugeschoben werden; die Andeutungen und die Vermutungen sind alles Produkte der fantasievollen venezianischen Richter und stützen sich auf keinerlei Beweise. Aber das ist kein Skandal mehr in der italienischen Praxis der Sondergesetzgebung.
Dieses Mal jedoch beziehen sie sich auch auf keine konkreten Tatsachen mehr.

Es handelt sich also um einen brutalen Angriff dagegen, sich zu einer Gruppe zusammenzuschließen und gegen die Informationsfreiheit.
Es ist der erbärmliche Versuch, jegliche Form von schriftlicher oder öffentlicher Kommunikation zu kriminalisieren, deren Inhalte oppositionell gegenüber dem Staat und seiner Politik sind. Es ist der Versuch, jede autonome Organisation außerhalb der Parteien und Gewerkschaften zu kriminalisieren, die in der Tradition der kämpfenden proletarischen Klasse bleibt. Es handelt sich schließlich um die Einführung eines neuen Delikts, und zwar darum: "die radikalste Opposition gegen eine politische Lösung mit den Gefangenen ..." ++) zu sein. (Pkt.10)
Kurz gesagt: Es ist heute in Italien strafbar, nicht mit dem Plan der "Dissoziierung" und der "Reue" einverstanden zu sein, den einige politische Gefangene auf Anweisung der Richter, Polizisten, Priester und der bürgerlichen Parteien vollzogen haben.

Wir warten jetzt nur darauf, daß es die Richter im neuen Strafgesetzbuch als Rechtsbruch festlegen, sich mit "Nichtreuigen" zu schreiben und sie zu besuchen.
Auch wenn sie es gern so hätten: Wir sind dagegen, sich vom Klassenkampf zu distanzieren. Wir sind auch gegen jegliche politische Lösung,also gegen das Privileg für wenige, das dem Ziel dienen soll, die Kommunisten, die Revolutionäre und die proletarischen Gefangenen zu kriminalisieren und zu vernichten. Wir sind gegen jeden politischen Vorschlag, der wie das Zuckerbrot aussieht und in Wirklichkeit Spaltung, Verzweiflung und Rückschritte im Kampf der Proletarier drinnen und draußen bedeutet.

IL BOLLETINO del Coordinamento dei Domitato contra la Repression

*) Aufgrund der oft jahrelangen U-Haft in Italien werden Gefangene häufig aus dem Knast entlassen, um dann draußen auf ihren Prozeß zu warten.

++) "politische Lösung mit den Gefangenen" bedeutet: den Deal, den einige Gefangene mit dem italienischen Staat gemacht haben, sich vom bewaffneten Kampf zu distanzieren, abzuschwören und dafür kürzere Zeit im Knast zu sitzen.

* * *

OBERLANDESGERICHT FRANKFURT AM MAIN

BESCHLUSS

In dem Ermittlungsverfahren

gegen Margit Schiller ...

- Verteidiger ...

wird der Antrag der Beschuldigten vom 13. 03.1985 auf Feststellung der Entschädigungspflicht der Staatskasse abgelehnt.

Gründe:

Der Antrag auf Feststellung der Entschädigungspflicht ist zulässig, aber in der Sache nicht gerechtfertigt.

Eine Entschädigung ist nach § 5 Abs. II S. 1 StrEG ausgeschlossen, weil die Antragstellerin die Strafverfolgungsmaßnahmen zumindest grob fahrlässig verursacht hat.

Die lange Zeit der Terroristenszene verbundene Antragstellerin, die wegen Unterstützung der Baader-Meinhof-Bande als krimineller Vereinigung zweimal rechtskräftig zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden ist, hat nach ihrer Strafverbüßung vom 01. Juni 1980 bis 12. April 1983 mit der am 19. 12.1983 wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu Freiheitsstrafe verurteilten Monika Krobs zusammengewohnt. In der gemeinsamen Wohnung ist belastendes Material gefunden worden, von dem zunächst nicht feststand, ob es von der Mitbewohnerin Krobs oder der Antragstellerin stammte. Die Antragstellerin hat ferner an zahlreichen Aktivitäten zur Unterstützung der "RAF" teilgenommen, wenn auch unter dem Etikett der Verbesserung der Haftbedingungen der einsitzenden Gewalttäter.



Wer - wie die Antragstellerin - durch frühere Aktivitäten in der Terroristenszene aufgefallen ist, hätte das Sympathisantenmilieu und das Umfeld meiden müssen und sich nicht diesem bekannten Kreis bewegen und aktiv tätig sein dürfen, um sich nicht dem Verdacht auszusetzen, weiterhin Straftaten mit zu planen und zu begehen, die heute noch von diesem Personenkreis gebilligt und propagiert werden.

Der Antragstellerin ist somit vorzuwerfen, daß sie sich durch grobe Fahrlässigkeit in eine für sie vermeidbare vorhersehbare Situation gebracht hat, die zunächst aus der Sicht der Strafverfolgungsbehörden strafbare Handlungen vermuten ließen und deren Maßnahmen rechtfertigen. Durch ihr ganzes Verhalten hat die Antragstellerin in hohem Maße die Sorgfalt außer Acht gelassen, die eine verständige, dem Terrorismus abgeschworene Persönlichkeit in gleicher Lage aufwenden würde, um sich vor Schäden durch Strafverfolgungsmaßnahmen zu schützen.

Frankfurt am Main, den 09. Mai 1985
Oberlandesgericht - 4. Strafsenat

Dr. Adam Dr. Schnabl Wirbelauer

Aufruf puertoricanischer Kriegsgefangener

An alle progressiven Menschen

Von den puertoricanischen Kriegsgefangenen - Alejandrina Torres, Edwin Cortês und Alberto Rodriguez

Erklärung

Im Februar 1985 hat José Rodriguez über seinen Anwalt David Thomas einen Antrag auf Revision an den obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten gestellt. José ist einer von vier autonomen puertoricanischen Aktivisten, die mit der Anklage, Mitglieder der FALN (Fuerzas Armadas de Liberacion Nacional - bewaffnete Kräfte der nationalen Befreiung) zu sein, verhaftet wurden. Diese Anklage lautet auf "aufrührerische Verschwörung". Verhaftet waren sie am 29. Juni 1983 in Chicago worden.
Dieser Antrag ist der erste Schritt, um den Obersten Gerichtshof zu veranlassen, das Revisionsurteil eines Landgerichts zu überprüfen. Das Urteil eines Landrichters, wonach Video-Aufzeichnungen, die durch die Polizei besorgt worden waren, illegal beschafft und damit nicht gerichtsverwertbar seien, war durch den 7. Bezirksgerichtshof für Revisionsentscheidungen (auf Staatenebene) aufgehoben worden. Genosse José hat sich nach vielen Diskussionen und reiflicher Überlegung dazu entschlossen, diesen Fall vor den Obersten Gerichtshof zu bringen. Angesichts der Tatsache, daß drei der in diesem Fall betroffenen vier (Genossen) für sich den Kriegsgefangenenstatus beanspruchen; ferner daß die US-Regierung wieder einmal den Kriegszustand zwischen den USA und Puerto Rico anerkennt und daß das Urteil dieses Berufungsgericht gefährliche juristische Richtlinien enthält, die die Umwandlung des Faschismus von der Theorie zur Praxis beschleunigen, halten wir es für wichtig, unser Handeln unseren (Lands-)Leuten und der Bewegung zu erklären. Über das Schweigen der fortschrittlichen und demokratischen Einzelpersonen und Organisationen zu diesem Fall, besonders derjenigen, die den Kampf im Rahmen der Legalität gewählt haben, sind wir erschrocken. Hat der schrille Ruf der Regierung des "Terrorismus" sie so verängstigt, daß sie nur noch mit einem blinden Auge die subtilen, aber eindeutigen Veränderungen hin zum Faschismus wahrnehmen?
Bevor wir auf diese Dinge eingehen, wollen wir eine kurze Zusammenfassung der Ereignisse seit dem 29. Juni 1983 geben. An diesem Tag wurden wir, Alejandrina Torres, Edwin Cortês, Alberto Rodriguez und José Rodriguez in verschiedenen Teilen der Stadt durch ein Aufgebot von mehr als 100 Polizisten Stadt- und Landes-) verhaftet. Barfuß und in Ketten wurden wir zu einer vorbereiteten gerichtlichen Anhörung verbracht, Pressevertreter befanden sich schon dort, und der Friedensrichter verlas einen vorbereiteten Bericht. Wir wurden der "aufrührerischen Verschwörung" (i.e. Absprache zwischen zwei und mehr Personen, die Autorität der US-Regierung mit Gewalt zu bekämpfen) beschuldigt und setzte zugleich außerordentlich hohe Kautionen fest. Dann kamen wir in Isolationszellen im Metropolitan Correctional Center (MCC - städtische "Besserungsanstalt"). Obwohl wir praktisch nicht miteinander reden konnten, trafen wir die kollektive Entscheidung, daß Torres, Cortês



und A. Rodriguez für sich den Kriegsgefangenenstatus beanspruchen, während José Rodriguez sich als politischen Gefangenen bezeichnete.

Wir haben uns aufgrund der wahrlich kolonialen Beziehung zwischen den USA und Puerto Rico dazu entschlossen, den Kriegsgefangenenstatus zu beanspruchen. 1898 fiel das US-Militär in Puerto Rico ein und begründete eine Militärregierung, um jeglichen Widerstand gegen seine Herrschaft zu unterdrücken. Als ihre militärische Vormachtstellung gesichert war, begannen sie, die an ihren Anfängen stehende nationale Wirtschaft Puerto Ricos zu zerstören und die politische Verwaltung neu aufzubauen, um so ihre koloniale Herrschaft zu erhalten. Von besonderer Bedeutung waren hierfür vor allem der Foraker Act (1900) und der Jones Act (1917). Dadurch wurde Puerto Rico vom US-Kongreß regiert, und gegen ihren ausdrücklichen Willen der puertoricanischen Bevölkerung die US-Staatsbürgerschaft aufgezwungen. Ebenso wurde dadurch eine zivile koloniale Verwaltung aufgebaut, die zunächst vom US-Militär, erst später von Einwohner geleitet wurde. Wer immer auch an der Spitze Puerto Ricos sitzen mag, die tatsächliche Macht liegt in Washington, DC.

Die US-Politik gegenüber Puerto Rico kann nur als eine des Völkermords bezeichnet werden. Seit Beginn der US-Herrschaft war es deren Ziel, die puertoricanische Nation völlig auszurotten. Der erste Schritt dazu bestand in dem Versuch, unsere Sprache durch das Englisch zu ersetzen. Die Politik des Völkermords geht heute durch die Einführung des politisch-wirtschaftlichen und militärischen Projekts mit dem Namen PLAN 2020 weiter (in der nächsten Ausgabe des "blättle" bringen wir mit dem Interview des Genossen Massol, das er kürzlich gegeben hat, einen ausführlichen Bericht über diesen Plan 2020).

Ziel ist es, die Insel in einen riesigen industriell (Bergwerke) - militärischen Komplex zu verwandeln. Zu dessen Durchführung ist die massive Entvölkerung der Insel erforderlich. Um dies zu bewerkstelligen, wurden bisher vor allem zwei Methoden angewandt: Zwangssterilisation der Puertoricanerinnen und Emmigration auf das US-Festland. Gegenwärtig sind mehr als 40 % aller Puertoricanerinnen im gebärfähigen Alter sterilisiert, und mehr als ein Drittel aller Puertoricaner leben in den USA, wo sie auf die schlimmste Weise ausgebeutet und unterdrückt werden.

Trotz dieser Politik des Völkermords und der militärischen Unterdrückung haben die Puertoricaner in ihrer Geschichte ständig gegen den US-Imperialismus gekämpft. Selbst nach 87 Jahren Kolonialherrschaft gibt es immer noch deutliche Unterschiede zwischen Puerto Rico und den Vereinigten Staaten, und zwar in psychologischer, kutureller, religiöser, sprachlicher und spiritueller Hinsicht. Diese Tatsache zeigt, daß Puerto Rico eine Nation mit dem Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit ist. Dadurch daß die USA dem tatsächlichen Eigentümer - dem puertoricanischen Volk - die Souveränität vorenthält, haben sie den Krieg ins Leben gerufen. Denn Kolonialismus und Völkermord haben Freiheitskämpfer geschaffen, deren Kampf dahin geht, diesen Verbrechen gegen die Menschheit ein Ende zu setzen. Der Kriegsgefangenenstatus ist eine Bekräftigung der Tatsache, daß Krieg herrscht, der nur mit der Unabhängigkeit enden kann.
Wir beanspruchen den Kriegsgefangenenstatus auch in Anlehnung an das internationale Recht, das sich auf die Gefangennahme von Kämpfern im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Kolonialismus bezieht.

Wir gründen unsere Forderungen im Besonderen auf jene Resolutionen der UN-Vollversammlungen, in denen Kolonialismus als Vergehen gegen die Menschlichkeit betrachtet wird und die feststellen, daß kolonisierte Länder und Völker das Recht haben, ihre Unabhängigkeit mit allen notwendigen Mitteln zu erlangen einschließlich des Waffengebrauchs, und daß die bewaffneten Kämpfer nicht von der Kolonialmacht verfolgt werden dürfen und daß sie Anspruch auf ihre fundamentalen Menschenrechte haben (UNO-Vollversammlungsbeschlüsse 2621/XXV, 2708, 3382, 2134, 3324, 33/122). Außerdem verlangen wir unser Recht auf den politischen Status von Kriegsgefangenen gemäß der Genfer Konvention von 1949 sowohl in Bezug auf den legalen Status als auch in Bezug auf die Behandlung als Kriegsgefangene.

Der dritte Grund, warum wir den Kriegsgefangenenstatus beanspruchen liegt in dem nationalen politischen Prinzip des RETRAIMIENTO, das heißt des ungebrochenen Widerstands gegenüber der unrechtmäßigen Kolonialherrschaft, die die USA gegenüber Puerto Rico ausüben. Wir anerkennen die Autorität von US-Gerichten in den Verfahren gegen puertoricanische Kämpfer nicht, besonders dann nicht, wenn es sich um so unwiderlegliche politische Anklagen wie die der "aufrührerischen Verschwörung" handelt.
Bei José Luis Rodriguez kam es zu einer schwierigen Entscheidung. Bei seiner Verhaftung war er Aktivist der (legalen) Freiheitsbewegung; besonders wegen seiner Arbeit unter Studenten war er sehr bekannt. Die Tatsache, daß sie ihn mit uns zusammen verhaftet haben, bedeutet den verzweifelten Versuch der Regierung, ihr Fangnetz weiterzuspannen als nur über die kleine Zahl derer, die trotz riesigem personellen und finanziellem Aufwand (Millionen von US-$) bis damals identifiziert werden konnten. In diesem historischen Moment entschieden wir uns dafür, dem Staat die Möglichkeit zu nehmen, diejenigen, die in den verschiedenen öffentlichen revolutionären Organisationen kämpfen, als "Terroristen" zu brandmarken, um dann damit die Liquidierung dieser Bewegungen rechtfertigen zu können. José Luis erklärte sich zum politischen Gefangenen unter Beibehaltung der Grundsätze der Nicht-Kollaboration und der Unterstützung des Kampfs für die Unabhängigkeit; somit konnte er sich legal gegen die gegen ihn gerichtete Anklage verteidigen.

Zusammen mit der Erklärung zum politischen Gefangenenstatus wurden auch mehrere Anträge für José Luis eingereicht. Die wichtigsten davon waren der Antrag auf Reduzierung der Kaution und Einsichtnahme in bestimmte Beweisstücke der Regierung, die für seine Verteidigung besonders wichtig sind, wie z.B. Heranziehung der Dossiers von angeblichen Regierungs-Informanten, elektronische Überwachung und ein angebliches Kommuniqué. Die Regierung hatte die Medien dahingehend informiert, daß dieses Kommuniqué im puertoricanischen Kulturzentrum, ein angesehenes Gemeindezentrum, gefunden und beschlagnahmt worden sei; dadurch sollten wir mit einer Serie von geplanten Bombenanschlägen in Verbindung gebracht werden. Seine Kaution wurde reduziert und er wurde freigelassen.

Die drei von uns, die den Kriegsgefangenenstatus beanspruchen, reichten im September 1983 einen 99 Seiten lange Zusammenstellung von Anträgen ein, die den Titel "Petition für die Abweisung oder Aufhebung der Kriminalanklagen und andere Erleichterungen gemäß internationalen Rechts" trägt. Damit bezweckten wir zwei Dinge:

a) unsere formelle Erklärung zu Kriegsgefangenen vor dem Gericht der Kolonialmacht

b) ein umfassendes politisch-historisches und rechtliches Dokument zu schaffen, das klar und deutlich unseren Kampf und unsere Position in den Zusammenhang mit internationalem Recht stellen soll.

Bald darauf, im Oktober 1983, kam es zu Anhörungen vor dem Landesrichter George N. Leighton. Sowohl die Zusammenstellung der Anträge als auch die Anträge von José Kuis wurden vorgebracht und gehört. Bei diesen Anhörungen mußte die Regierung zugeben, daß sie über keinen anderen Informanten als den zur Genüge bekannten Verräter Alfredo Mendez verfügt und daß niemals ein Kommuniqué betreffs angeblicher Bombenanschläge im puertoricanischen Kulturzentrum gefunden worden war. Bei diesen Anhörungen entschied der Richter, obwohl er einsah, daß Puerto Rico gegenüber "ungerechtigkeiten" verübt worden sind, gegen die Zusammenstellung der Anträge bezüglich der Einstellung der Rechtsverfolgung und gegen die Anerkennung des Status eines politischen Gefangenen. Aber er entschied auch, daß wegen des Einsatzes von elektronischer Überwachung durch den Staat eine Anhörung angezeigt sei.

Diese Anhörung wurde kurz vor Beginn des Verfahrens im Januar 1984 gehalten. Obwohl der Richter sagte, das Abhören von Wohnungen durch "Wanzen" sei legal, so ging er in Bezug auf die Videobänder doch einen Schritt weiter, indem er die Frage aufwarf, ob es verfassungsmäßiges Recht des Staates sei, Kameras in privaten Wohungen zu installieren. Die Regierung argumentierte, daß sie zwar nicht das verfassungsmäßige Recht habe, Kameras in privaten Wohnungen zu installieren, daß sie jedoch das Recht habe, dies durch Anweisung eines Landrichters anzuordnen. Die Schwere dieses Falles - so die Regierung - zwinge sie zu diesen außerordentlichen Maßnahmen bei der Untersuchung. Der Richter lehnte diese Argumentation ab und beschlagnahmte alle Videobänder, die in den beiden Wohnungen aufgenommen worden waren; die darin enthaltenen Erkenntnisse lehnte er als unzulässig und nicht verwertbar ab. Die Regierung verlangte daraufhin sofort eine Vertagung der Verhandlung und legte gegen die Entscheidung des Richters Leigthon Berufung ein.

Das Berufungsgericht verhandelte über diese Sache im Juni 1984, nachdem es nocheinmal kurze Stellungnahmen der Regierung, von José Luis und von drei "Amicus curiae" (Freunde des Gerichts) und eine nochmalige Bestätigung des Anspruchs auf Kriegsgefangenenstatus eingeholt hatte. Sechs Monate später entschied das Berufungsgericht, der Richter sei einem Rechtsirrtum unterlegen, als er die Behandlung der Videobänder als Beweismittel ablehnte, und verwies die Verhandlung der Sache an den Richter des Verfahrens. Gegen diese Entscheidung des Berufungsgericht hat also José Luis Berufung beim Obersten Gerichtshof eingelegt.

Die einstimmig gefällte Entscheidung wurde von dem kürzlich bestellten rechtsgerichteten Kreisrichter Richard A. Posner zusammen mit der gleichlautenden Entscheidung von Richter Richard D. Cudahy geschrieben. Posners Meinung - obwohl sie 21 Seiten lang ist - kann auf dieses giftige und aufhetzende Zitat beschränkt werden: "... es gibt kein Recht darauf, allein bleiben zu können, während man in sicheren Häusern Bomben bastelt ..."

Das Berufungsgerihcht befand, daß die Regierung in diesem Fall Video-Überwachung vornehmen durfte, ohne ein verfassungsmäßiges Recht für eine derartige Überwachung zu haben. Dadurch ist der legale Rahmen für den FBI oder jede andere Polizei mit den geringsten denkbaren Einschränkungen geschaffen, Video-Kameras in privaten Haushalten zu installieren. In diesem Fall wurde die Erlaubnis für Fernsehüberwachung dem Antrag der Regierung auf Abhörung und Installierung von "Wanzen" als Nachtrag in einem kurzen Satz beigefügt. Das FBI beantragte die Installierung von Kameras nicht, um kriminelle Handlungen nachzuweisen, sondern um Aufschluß über eine politische Bewegung zu erhalten. Da sie wußten, daß Gefangene aus der FALN zuvor nie bei den justitiellen Machenschaften gegen sie mitgemacht hatten, nahmen sie an, daß die illegale Videoüberwachung nicht beanstandet werden würde. Die lauen Ein-

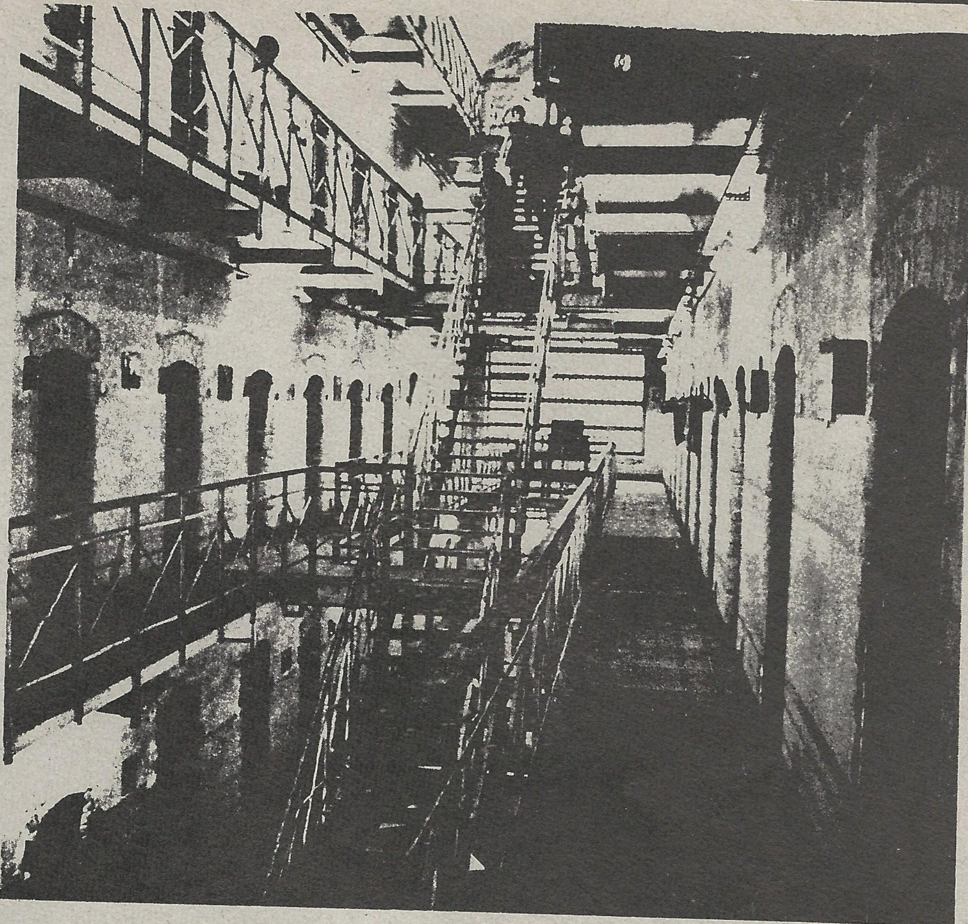


schränkungen für das FBI bei der Video-Überwachung privater Haushalte steht in krassem Gegensatz zu den derzeitigen Richtlinien des FISA (Foreign Intelligence Surveillance Act). Bei der Auskundschaftung auswärtiger Fälle gelten viel schärfere Bestimmungen, die Zustimmung eines hohen Regierungsbeamten und die Erlaubnis eines besonderen Gerichts sind dazu notwendig. Da ist es doch auch interessant zu wissen, daß der Richter, der die Regierung dazu bevollmächtigt hat, in diesem Fall die Videoüberwachung einzusetzen, auch in diesem besonderen Gericht sitzt. Bei einem inländischen Fall politischer Spionage reicht die Anordnung eines Landesrichters mit ein paar schwachen und nicht zwingenden Einschränkungen aus. Die übereinstimmende Meinung von Richter Cudahy widerspricht zwar Posners Hauptargumenten, stimmt aber im Ziel mit Posners überein. Cudahy meint, in diesem Fall würde es ihm keine großen Schwierigkeiten bereiten, der Mehrheit auf dem Pfad der eigenen Meinung zu folgen. Dieser Weg ist umso reizvoller, wenn wir, wie hier wohl der Fall, auf eine Androhung mit Krieg antworten... Für diese Richter beschränkt das Recht sich auf das einfache Sprichwort: Das Ziel heiligt die Mittel.

Das Gericht benutzt die Argumentation - niemand habe das Recht darauf, in sicheren Häusern beim Bombenbasteln unüberwacht gelassen zu werden - geschickt dazu, eine ganze Gruppe von Menschen als Gesetz- und Rechtlose hinzustellen. Nehmen wir diesen Begriff der gesetzlosen und politisch-juristisch Rechtlosen und setzen ihn in Bezug zu der sich entfaltenden repressiven Strategie der Counterinsurgency, dann beginnt man die Richtung zu verstehen, in die der Staat sich entwickelt. Der Staat versucht, die puertoricanische Befreiungsbewegung als "terroristisch" und damit kriminell darzustellen. Betrachtet man die Aburteilungen der jüngsten Zeit der Widerstandskämpfer zu Kriminellen, so sieht man, daß dieser Prozeß einer fragwürdigen prostaatlichen Propaganda schon begonnen hat. (Anm. Die vor Geschworenen-Gerichten angeklagten Widerständler lehnen jegliche Kooperation mit dem Gericht ab, d.h. sie machen keinerlei Angaben.)

Dadurch kann die Bewegung verboten oder als ungesetzlich benannt werden. Das erinnert an den skandalösen Fall Dred Scott vs. Stanford aus dem Jahr 1857; damals erließ der Oberste Gerichtshof im Fall eines Schwarzen, der Klage auf seine Freilassung einreichte, die Ent-

scheidung, daß Schwarze keine US-Bürger seien und somit auch keine Rechte oder Anspruch auf Schutz hätten. Daraus entstand dann die Auffassung, daß "Neger keine Rechte haben, an die ein Weißer sich gebunden fühlen müßte"; daraus resultierte die Tatsache, daß einer ganzen Rasse jegliche politischen oder zivilen Rechte entzogen wurden. Im Fall des José Luis Rodriguez sagen die Gerichte, daß - obwohl es keine wirklichen Beweise gibt, die ihn mit der FALN in Verbindung bringen - die Tatsache genügt, daß er ein "Independentista" (Freiheitskämpfer) ist, der öffentlich die Rechte der Puertoricaner unterstützt, sich mit Waffengewalt ihre Freiheit zu erkämpfen, um ihm alle juristischen Rechte zu entziehen. Im Fall des José Luis zeigt sich überdeutlich, daß "aufrührerische Verschwörung" ein krimineller Akt des DENKENS ist. Die US-Behörden arbeiten heimlich daran, die Unabhängigkeitsbewegung zu verbieten, besonders die verdeckt arbeitende bewaffnete Bewegung, welche für die US-Pläne in Puerto Rico am gefährlichsten ist.



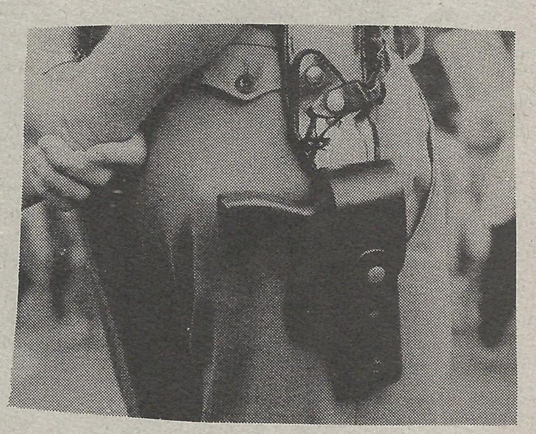
Betrachten wir die Fußnoten, die das Berufungsgericht in seiner Beweisaufnahme eingeführt hat, so sind die politischen Motive seiner Entscheidung besser zu verstehen. Das Gericht benutzte die Erkenntnisse verschiedener Geschworenengerichte, um sich Klarheit über die revolutionäre Befreiungsbewegung in den USA zu schaffen, einen Artikel der New York Times und - ebenso interessant wie bezeichnend - das Buch von Colonel James B. Motley "US Strategy to Counter Domestic Political Terrorism" (US-Strategie gegen den innenpolitischen Terrorismus) (1983). Motleys Prämisse ist, daß die Bedrohung durch den Terrorismus (sprich nationaler Befreiung) eine gefährliche Bedrohung des politisch-wirtschaftlichen Systems des US-Imperialismus ist. Er ruft dazu auf, die US-Strategie und Organisation kritisch zu überdenken und das juristische System zu umzustrukturieren, daß es im Kampf gegen den "Terrorismus" hilfreich ist. Er schlägt eine "Anti-Terrorismus-Kommission" vor, die unter anderem durch Personal aus den Ministerien für Justiz, Staat, Finanzen und Verkehr sowie aus CIA und FBI gebildet werden soll. Er ist der Meinung, daß Gesetze und Anordnungen wie z.B. die Informationsfreiheit und die Einschränkungen bei der Auslandsspionage abgeschafft werden sollen. Auch meint er, auf allen Regierungsebenen sollten intensive militärische "Anti-Terroristen"-Ausbildungen stattfinden und in den diversen Medien eine umfassende Propaganda unter staatlicher Leitung begonnen werden. Motley verlangt also ein Counterinsurgency-Programm im eigenen Land in der Art und Weise wie der, die die US-Regierung in Vietnam, Nord-Irland, El Salvador u.a eingesetzt hat.

Was wir da sehen ist der Anfang der Anwendung der Counterinsurgency-Theorie bei der die Theorien des Faschismus in die Praxis umgesetzt werden. Die Regierung benutzt den Begriff "Terrorismus" (also eigentlich die Tatsache, daß die unterdrückten Menschen sich gegen den Imperialismus erheben) wirkungsvoll dazu, das traditionelle System des Verfassungsrechts abzubauen und es durch ein faschistisches Rechts- und Gesetzessystem zu ersetzen, bei dem alle Teile der Regierung der Exekutive(= Aufhebung der Gewaltenteilung in der Praxis) unterstellt sind. Hinzu kommen innenpolitische Vorkommnisse wie z.B. die Tatsachen, daß Schwarzarbeiter für den Verfall des Wirtschaftssystems verantwortlich gemacht werden, Frauen durch gemeine und emotionale Anti-Abtreibungskampagnen angegriffen werden, das Polizeiaufgebot in Dritte-Welt-Stadtteilen unter Rechtfertigung mit der Angst vor steigender Kriminalität erhöht wird. Dies alles hat den traditionell liberalen Teil der Bürgerrechtsbewegung so eingeschüchtert, daß dieser selbst eine mehr und mehr repressive und anti-demokratische Einstellung annimmt. Dies ist eine notwendige Voraussetzung für den Faschismus.

Während wir drei Kriegsgefangenen noch einmal betonen, daß wir den USA keinerlei Autorität gegenüber Puerto Rico und seinen Kämpfern zugestehen, unterstützen wir José Rodriguez in seiner Entscheidung, den Fall von Video-Überwachungen in privaten Haushalten und die damit verbundenen Aspekte dem Obersten Gerichtshof zur endgültigen rechtlichen Entscheidung vorzulegen. Wir glauben, daß dies mit seiner Position als politischer Gefangener zu vereinbaren ist und daß sich dadurch die Widersprüche innerhalb der verschiedenen konkurrierenden Kräfte der einzelnen Staaten und besonders zwischen den Apparaten der Exekutive und der Justiz klarer darstellen werden. Ein starker exekutiver Apparat ist der Eckstein für einen faschistischen Staat. Gerechtigkeit wollen und erwarten wir auf keinen Fall vom Obersten Gerichtshof oder irgendeinem anderen US-Gericht. Gerechtigkeit kann nur von unseren Leuten und deren Anstrengungen kommen, nicht vom Unterdrücker.

Eine Bestätigung des Urteils des Berufungsgerichts durch den Obersten Gerichtshof würde ein weiterer Schritt vom liberal-demokratischen zum wirklich faschistischen Staat sein. Fortschrittlich und demokratisch denkende Menschen und Organisationen, die Faschismus, Militarismus und Einmischung in die Souveränität anderer Völker verabscheuen, müssen José Luis unterstützen und dürfen nicht zulassen, daß ihre Überzeugungen und Verantwortungen unter der Flagge des Terrorismus fehlgeleitet werden. Faschistische Repression geht in einer pyramidenförmigen Weise vor, zuerst werden die radikalen Elemente angegriffen und dann geht es weiter, bis jegliche andere Meinung ausgerottet ist. Über Orwells Alptraum, die Schaffung des totalen Staats (Großer Bruder) und die Repression von allem, was für den menschlichen Ausdruck und Freiheit steht, sogar Gedanken, wurde schon viel gesagt. Wir leben jetzt in den Anfangsstadien des Faschismus, der - verkleidet als "Amerikanismus" oder "Neuer Patriotismus" - solche politisch-wirtschaftliche und technologische Macht besitzt, wie es sich selbst George Orwell nicht hätte vorstellen können. Wirst du warten, bis auch in deiner Wohnung eine eine Kamera installiert ist, bevor du etwas tust? Dann wird es zu spät sein.

Metropolitan Correctional Center, Chicago



(Vorstehender Aufruf aus: LIBERTAD, offizielles Organ des nationalen Komitees zur Befreiung puertoricanischer Kriegsgefangener - Mai 1985.

Am Freitag, den 29. März 1985, hat der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten (US Supreme Court) einstimmig Josés Antrag ABGELEHNT. Prozeßbeginn gegen die vier ist der 1. Juli 1985.)

Kurzes

Keine Rüstungsexporte nach Südafrika

Am 3.Juli 1985 findet in der Hanns-Martin-Schleyer-Halle in Stuttgart die diesjährige Aktionärshauptversammlung der Daimler-Benz-AG statt. Aktionäre der Daimler-Benz AG fordern das

Ende des Daimler-Engagements in Südafrika

und der Rüstungsexporte!

Nach internationalem Recht und in der BRD nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz bzw. dem Außenwirtschaftsgesetz sind EXPORTE VON RÜSTUNGSGÜTERN NACH SÜDAFRIKA VERBOTEN!
Trotz dieses Verbots hat Daimler-Benz über 6000 UNIMOGS an Südafrika geliefert. Diese UNIMOGS werden eingesetzt:
- im militärisch besetzten Namibia als Truppen- und Waffentransporter,
- im Angola-Krieg als Truppen- und Waffentransporter,
- als Polizei- und Militärfahrzeug u.a. bei Zwangsumsiedlungen von Schwarzen in Südafrika.

Daimler-Benz LIZENZMOTOREN werden bei Atlantis-Diesel-Engines in Südafrika hergestellt. Sie finden Verwendung:
- z.B. im Hippo, einem gepanzerten Mannschaftswagen der Armee und Polizei,
- in Panzern,
- in Kampfschiffen.

Durch die INVESTITIONEN und florierenden Geschäftsverbindungen unterstützt die Daimler-Benz AG das Apartheid-Regime in Südafrika und trägt damit zu seinem Fortbestehen bei.
Nur 40 Jahre nach dem Ende des rassistischen Nazi-Regimes in Deutschland unterstützt Daimler-Benz das Apartheid-System in Südafrika, das mit ähnlichen Mitteln 22 Millionen schwarzen Südafrikanern sämtliche Rechte, insbesondere das Wahlrecht, vorenthält und sie zu Ausländern in ihrer eigenen Heimat macht.

* 22 Millionen schwarzen Südafrikanern werden 13 % der Landesfläche zugestanden, während 4 Millionen weiße Südafrikaner 87% der Landesfläche beanspruchen.
* Seit einem Jahr kommen die schwarzen Stadtteile nicht zur Ruhe. Die Bewohner protestieren gegen die Apartheid und ihre verheerenden Folgen. Aber die Antwort der Polizei ist brutale Gewalt.
* Im zurückliegenden Halbjahr wurden über 300 Menschen von der Polizei erschossen. Allein am 21. März 1985 starben in Langa 45 Schwarze durch Schüsse der Polizei die meisten von ihnen durch Schüsse in den Rücken!
* In die bereits hoffnungslos überbevölkerten "Homelands" wurden zusätzlich 3,5 Millionen Schwarze zwangsumgesiedelt, weitere 1,5 Millionen sollen nach den Plänen der Südafrikanischen Regierung folgen... in "Heimatländer", wo
  - nie ihre Heimat war
  - es keine Arbeit für sie gibt
  - die Familien über Jahrzehnte von ihren Vätern getrennt leben müssen, da es Arbeit nur in den oft weit entfernten Industriezentren gibt.
* Südafrika hält siet 1946 Namibia militärisch besetzt. Südafrika schürt Unruhe, indem es Rebellenbewegungen in seinen Nachbarländern aufbaut und unterstützt. Südafrika führt militärische Überfälle auf unabhängige Nachbarländer durch (Lesotho, Mocambique, Angola)

Zur Unterstützung ihres Kampfes für die Abschaffung von Apartheid und den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, in der Schwarze und Weiße in Frieden zusammenleben können, fordern alle Apartheid-Gegner in Südafrika internationale Sanktionen und vor allem den wirtschaftlichen Boykott des Apartheid-Regimes.
Wir unterstützen diese Forderungen:
- EINSTELLUNG DES EXPORTS VON RÜSTUNGSGÜTERN NACH SÜDAFRIKA!
- WIDERRUF DER LIZENZRECHTE FÜR DAIMLER-BENZ DIESELMOTOREN!
- KEINE INVESTITIONEN IN SÜDAFRIKA UND BEENDIGUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN UNTERSTÜTZUNG!

Medikamentensammlung für palästinensische Flüchtlingslager

Die Lage im Libanon hat sich seit dem Angriff der Amal-Milizen für die Palästinenser stark verschlechtert.(hunderte von Toten, Tausende von Verletzten und Obdachlosen) Die Flüchtlingslager wurden bombadiert, eines ist bereits in die Hände von Amal-Milizen und der libanesischen Armee gefallen. Aus diesem Grund führen wir (PSV Aachen, AStA RWTH Aachen) eine Medikamentensammlung durch. Diese Aktion wird von medico international betreut, evtl. auch vom Roten Kreuz. Die folgenden Medikamente werden von Medico International benötigt:

1. Fieber- und Schmerzmittel
(diese Mittel können in der Apotheke gekauft werden)

12010 Acetylsalicylic acid 500 mg
ca. 1.000 tabs./comp.
12020 Acetylsalicylic acid 300 mg
1.000 tabs./comp.
12040 Aspirin Compound Tablets
1.000 tabs./comp.
Acetylsalicylic acid 225 mg
Phenatecin 150 mg
Coffein 30 mg
12050 Paracetamol 500 mg
1.000 tabs./comp.
12060 Paracetamol Supp.
125 mg, 250 pcs.
12070 Paratetamol Supp.
250 mg, 250 pcs.
12071 Paracetamol Mixt.
120 mg/5 mg, 60 ml
12072 Paracetamol Mixt.
120 mg/5 ml, 100 ml
12080 Metamizol amps. 50 %
Injections 2 ml, 100 pcs.
12090 Metamizol amps. 50 %
Injections 5 ml, 100 pcs.
12100 Metamizol drops
300 mg/ml btl. 15 ml

2. Gicht- und Rheumamittel

13010 Allopurinol 100 mg
1.000 tabs./comp.
13020 Phenylbutazon 100 mg
13030 Phenylbutazon 200 mg

3. Antihistamine

14010 Chlorpheniraminmaleat
4 mg, ca. 1000 tabs./comp.

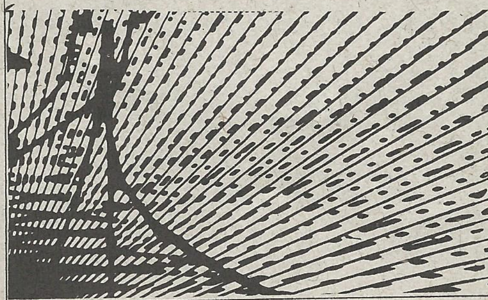
4. Antibiotika
(Ampicillin, Gentamycin, Tetracyclin, Oxytetracyclin, Cotrimoxazol, Chloramphenicol, Penicillin, Sulfaguanidin, Sulfadiazin, Sulfadimidin, Nystatin, Erythromycin, Cloxacillin)

Die Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland
Ein Seminar mit Vorträgen, Medien und Arbeitsgruppen

Entgegen amtlichen Beteuerungen hat die Bundesrepublik längst ihre Zurückhaltung beim Waffenexport aufgegeben und sich in die Spitzengruppe der Waffenlieferanten vorgeschoben. Die Bundesrepublik ist damit direkt beteiligt an der dramatischen Militarisierung der Dritten Welt. Organisationen und Gruppen aus der Friedens-, der Dritte-Welt- und der Menschenrechtsbewegung haben auf diese Entwicklung reagiert und führen seit einigen Monaten bundesweite Kampagnen gegen die Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland durch. Mit diesem Seminar soll ein Beitrag zur inhaltlichen Vertiefung der Kampagnen und zur Vernetzung der an dieser Problematik interessierten Bürger/innen geleistet werden.
Dabei wird die Aufarbeitung der gegenwärtigen Rüstungsexportpolitik, der Folgen von Rüstungsexporten für die Empfängerländer in der Dritten Welt sowie der Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsplätze im Mittelpunkt des Seminars stehen. Anhand ausgewählter Fallbeispiele kann die gesamte Problematik konkretisiert und verdeutlicht werden.

Die Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland

Tagungsort: Sonnenbühl-Wilmandingen
Datum: 5. – 7.7.1985
Beginn: Fr. 18.00 / **Ende:** So. 15.00
Kosten: 40.– DM (Unterkunft, Verpflegung, Seminargeb.)
Veranstalter: Verein für Friedenspädagogik, 7400 Tübingen, Bachgasse 22, Tel.: 07071/21312
Leitung: Uli Jäger / Wolfgang Schwegler-Rohmeis
Anmeldeschluß: 25. 6. 1985
Teilnehmerzahl: 20 Personen; Teilnehmerbeitrag bitte sofort nach Anmeldebestätigung überweisen.
Konto: 215754, Kreissparkasse Tübingen (BLZ 64150020)



Anmeldung

Hiermit melde ich mich zu dem Wochenendseminar **Die Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland** vom **5. bis 7. Juli 1985** an.

Name: . . . .
Anschrift: . . . .
. . . .
Telefon: . . . .

. . . .
(Unterschrift)

Verein für Friedenspädagogik
Bachgasse 22, 7400 Tübingen 1, Tel. 07071/21312

Kurzes

Demonstration nur noch für Millionäre?

DIE STADT STUTTGART STARTET ANGRIFF AUF VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Die Stadt Stuttgart hat einen neuen Angriff auf die Friedensbewegung und die Versammlungsfreiheit insgesamt gestartet.
Für die große Friedensaktion am 20. Oktober 1984 soll die Friedensbewegung nämlich nun nachträglich DM 11.791,29 bezahlen. Auf diesen Betrag jedenfalls lautet eine Rechnung des Tiefbauamtes, die erst kürzlich beim süddeutschen Aktionsbüro der Friedensbewegung eintraf.
Mit dieser Rechnung will die Stadt Ausgaben, die sie angeblich für Verkehrsabsperrungen während der Demonstration hatte, bei den Veranstaltern einkassieren.
Ein solches Ansinnen ist bisher einmalig. Demonstrationen und Kundgebungen sind durch das Grundgesetz geschützt.
Der Arbeitsausschuß der Landesberatung baden-württembergischer Friedensinitiativen protestiert entschieden gegen die Unterhöhlung der Versammlungsfreiheit. Seiner Meinung nach steckt hinter dieser Rechnung Methode: die Friedensbewegung und die gesamte demokratische Bewegung soll finanziell ausgeblutet werden.

- Obwohl Demonstrationen lediglich anmeldepflichtig sind, hat die Stadt für den versammlungsrechtlichen Bescheid bereits eine Gebühr von 1.000 DM erhoben.
- Durch Auflagen der Stadt zur Bühnenbeschaffenheit, sanitäre Versorgung etc. kamen auf die Veranstalter ohnehin Kosten in 5-stelliger Höhe zu.
- Eine Geldsammlung zur Deckung dieser Unkosten wurde von der Stadt untersagt.
- Die nachträgliche Forderung von über 11.000,-DM wurde weder im Bescheid noch in den vielen Vorgesprächen auch nur angedeutet.

Diese REchnung betrifft nicht nur die Friedensbewegung. Wenn sich die Stadt in dieser Frage durchsetzt, werden in Zukunft nur noch Millionäre demonstrieren können oder aber solche, die von Millionären wie Flick ihre Schmiergelder erhalten.
Die Friedensbewegung wird in dieser Frage keinesfalls nachgeben. "Wir lassen uns das REcht, auch auf der Straße für unsere Forderungen einzutreten, nicht beschneiden. Auch der Wenderegierung in Bonn und ihren Nacheiferen im Stuttgarter Rathaus wird es nicht gelingen, die Friedensbewegung zum Schweigen zu bringen", erklärte ein Sprecher des Arbeitsausschusses der Landesberatung. Die Friedensbewegung will nicht nur juristisch, sondern vor allem politisch gegen diese neue Einschränkung der Versammlungsfreiheit vorgehen. Der Arbeitsausschuß der Landesberatung ruft alle demokratischen Organisationen auf, bei der Stadt Stuttgart zu protestieren und die sofortige Rücknahme der skandalösen Rechnung zu verlangen.

Interessengemeinschaft „Ausländische Mitbürger in Baden-Württemberg" e. V.

INTERESSENGEMEINSCHAFT EMPÖRT SICH ÜBER DAS URTEIL ZUR FOLTER DURCH DAS BUNDESVERWALTUNGSGERICHT

Mit Empörung nahmen wir das vom Bundesverwaltungsgericht in Berlin bekräfigte "Folterurteil" vom 17. Mai 83 zur Kenntnis. Das Gericht hob Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes Hamburg auf, das 5 türkischen Staatsangehörigen Asyl gewährt hatte, weil ihnen in ihrer Heimat die "beachtliche Gefahr einer Verfolgung wegen Verstößen gegen Staatsschutzbestimmungen, die eindeutig der Herrschaftssicherung dienen" drohe.
Nach Auffassung des Oberverwaltungsgerichtes Hamburg müssen diese Männer mit Folterungen rechnen.
Die Bestätigung des "Folterurteils" geschah wissentlich im Hinblick auf die Situation in der Türkei. Sowohl Amnesty international, der Internationalen Juristenkommission vor dem Europarat und der Liga für Menschenrechte liegen umfangreiche Berichte über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und in anderen Herkunftsländern vor.
Ein derartiges Urteil ligitimiert Systeme, die Folter als Mittel zu ihrer Herrschaftssicherung einsetzen. Dadurch werden die Bemühungen von all denjenigen, die solche Systeme kritisieren und in Richtung auf einen Demokratisierungsprozeß in der Türkei intervenieren, untergraben.
Wir fragen: Kann denn von einem Grundrecht auf Asyl gesprochen werden, wenn selbst Folterungen dieses nicht hinreichend begründen? Wie sieht es aus mit dem Recht auf Leben und Unversehrtheit? Gilt dieses nur für bestimmte Bevölkerungsgruppen? Ist der Tod Kemal Altuns bereits in Vergessenheit geraten? Was muß denn noch alles passieren, damit die Verantwortlichen begreifen, wie es um die von Folter bedrohten Asylanten steht?
Das Urteil steht in Übereinstimmung mit der geplanten Aushöhlung des Asylrechts und der Dramatisierung hinsichtlich Asylantenzahlen. Wir können eine solche Rechtssprechung nicht akzeptieren und sprechen uns für die Gewährung von Asyl für alle von Folter bedrohten Flüchtlingen aus.

Walk for the Earth

"Walk For The Earth" ist eine Bewegung in den USA, die für Frieden, Menschenrechte und Ökologie eintritt. Im letzten Jahr zog ein Friednsmarsch quer durch die USA. Eine Gruppe von Amerikanerinnen und Amerikanern tritt am 1. Juni einen Friedensmarsch durch Europa an:

1. Juni	Stonehenge/England
18. Juni	Reims/Frankreich
5. Juli	Straßburg/frankreich
19. Juli	Innsbruck/Österreich
3. August	Venedig/Italien
17. August	Küste Griechenland
31. August	Athen/Griechenland

Die Gruppe will ungefähr zwischen dem 6. und 18. Juli durch den süddt. Raum und die Schweiz ziehen. Wer den Friedensmarsch unterstützen oder sich direkt anschließen will, nimmt direkt Kontakt mit der Gruppe auf. Schreibe jeweils an einer der oben genannten Städte:

Walk for the Earth Hikers
hauptpostlagernd (General Delivery)

Spendenaufruf – Frauenwiderstandcamp

Über 40000 DM soll der Widerstand der Campfrauen im Sommer 84 am Stationierungsort der 96 Cruise Missiles im Hunsrück kosten

Vom 1.7. bis zum 31.8.84 fand im Hunsrück zum zweiten Mal das Frauenwiderstandscamp statt. Ca. 1000 Frauen kamen dort zusammen, um gemeinsam zu leben und zu arbeiten und gegen die geplante Stationierung der 96 Cruise Misseles Widerstand zu leisten. Mit unserer Anwesenheit und unseren Aktionen haben wir gezeigt, daß die Stationierung Ausdruck einer patriarchalischen Gesellschaft ist, die in allen Bereichen auf ihre eigene Zerstörung hinarbeitet, daß sie derselben Mentalität und Selbstverständlichkeit entspringt, mit der Erde, Luft und Gewässer verseucht, Frauen vergewaltigt werden und Menschen in der 3. Welt verhungern.
Dafür sollen wir jetzt bestraft werden. Bisher haben wir Bußgeldbescheide und Strafbefehle in höhe von 40.000 DM erhalten. Mit unserem Zeltlager sollen wir gegen das rheinland-pfälzische Baugesetz verstoßen und den Hunsrück "wesensfremd genutzt" haben (Urteil vom 11.2.82). Mit unserem wiederholten Betreten des Militärgeländes von Hasselbach sollen wir mehrmals den "Hausfrieden" gebrochen haben.
Bei der ersten Aktion am 8.7.84, in deren Verlauf der Natodraht um 10 m nach hinten versetzt und ein provisorisches Zelt auf dem Gelände links neben dem Haupttor des Militärgeländes in Hasselbach errichtet wurde, erhielten 3 Frauen Strafbefehle (30-40 Tagessätze) und 14 Frauen Bußgeldbescheide zu je 300 DM. Bei der zweiten Aktion suchten Campfrauen eine im Wald (öffentliches Gelände) stattfindende Rekrutenfortbildungsgruppe auf. Bis jetzt erhielten 11 Frauen Strafbefehle zu je 20-30 Tagessätzen wegen Nötigung. Im Zusammenhang mit dem Aktionswochenende Anfang August, an dem ca. 300 Frauen teilnahmen und eine Gruppe von Frauen das Militärgelände betrat, laufen über 30 Verfahren wegen Hausfriedensbruch.
Auf dem Gossberg, auf dem sich eine ehemalige amerikanische Radar- und Funkstation befindet, machten einige Frauen auf dem inzwischen leeren und schlecht umzäunten Gelände Trommelmusik und erhielten dafür Strafbefehle zu je 20 Tagessätzen.
Frauen, die Kriegerdenkmäler mit Tüchern verhüllten und Gedenktafeln für die im Krieg ermordeten und vergewaltigten Frauen aufstellten, erhielten Bußgelder wegen groben Unfugs (je 100,-) Frauen, die eine Fließblockade am Flugplatz Hahn durchführten und eine Pappmaché-Rakete verbrannten, erhielten Strafbefehle zu je 30 Tagessätzen wegen Nötigung.
Frauen, die an der eintägien Besetzung eines Baukrans der Firma Hoch und Tief auf dem Militärgelände in Hasselbach beteiligt waren, erhielten Strafbefehle zu je 40 Tagessätzen.
Die Prozeßtermine für die Prozesse, die Ende dieses Monats in Bad Kreuznach anlaufen, können beim Friedensbüro in Kirchberg Tel. 06763/3709 erfragt werden. Kommt, wenn Ihr in der Nähe seid/wohnt!
Um die Kosten für diese Prozesse zu decken, haben wir ein Spendenkonto eingerichtet: Claudia Neidig
Prozeßhilfekonto
Sparkasse Berlin (BLZ10050000)
Kto.Nr. 111 01 05270
Wir freuen uns über jede Spende.

Trotz Atomwaffensperrvertrag: Atombomben »Made in Germany«

AUFRUF ZU EINER BUNDESWEITEN KONFERENZ ANLÄßLICH DER 3. ÜBERPRÜFUNGSKONFERENZ ZUM ATOMWAFFENSPERRVERTRAG

AM 6.-8. SEPTEMBER 1985 IN BONN

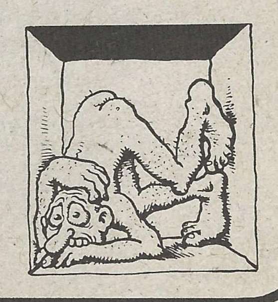
Seit nahezu 30 Jahren wird in der Öffentlichkeit die Illusion geschürt, die zivile Atomtechnik ließe sich von der militärischen eindeutig trennen. Tatsächlich wurden und werden auch in der Bundesrepublik mit der zivilen Atomenergie die technologischen Voraussetzungen für eine militärische Nutzung der Atomenergie, einschließlich der Herstellung nuklearer Waffen, fortlaufend verbessert. Je deutlicher die ursprünglich gehegten energiepolitischen Hoffnungen in die Atomenergie verblassen, um so markanter kommt die militärische Seite dieser janusköpfigen Technologie zum Vorschein. Im Ausland ist die dubiose Rolle der Bundesrepublik beim Umgang mit Atomwasfentechnologien spätestens seit dem Brasiliengeschäft von 1975 (u.a. Lieferverträge über Wiederaufarbeitungstechnik und Urananreicherungsanlage) wohl bekannt. In der BRD selbst wirde dieser gesamte Themenbereich bis in die jüngste Vergangenheit hinein weitgehend tabuisiert.
Die von Unionpolitikern wiedereröffnete Diskussion über eine "Europäische Atomstreitmacht" unter Ausnutzung westeuropäischer Initiativen für eine "Europäische Union" und die aktuelle Kontroverse über die Hanauer Nuklearbetriebe und die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf haben erstmals das Thema Proliferation (Weiterverbreitung von Atomwaffen durch zivile Atomtechnik) und die Aushöhlung des Atomwaffensperrvertrages durch die Bundesregierung zu einem Gegenstand der öffetnlichen Auseinandersetzung gemacht.
Mit ihrem aktiven Eintreten für atomare Aufrüstung und gegen einen atomaren Teststopp trägt die Bundesrepublik zudem Mitverantwortung für die Aushöhlung des Atomwaffensperrvertrages, der die Atomwaffenstaaten ausdrücklich zur Abrüstung verpflichtet. Vor dem Hintergrund der im September 1985 in Genf stattfindenden 3. internationalen Atomwaffensperrvertrag-Überprüfungskonferenz wollen wir zeitgleich mit einer bundesweiten Konferenz die Rolle der Bundesrepublik bei der Entwicklung und Weiterverbreitung von Atomwaffen in das Blickfeld der Öffetnlichkeit rücken.
Die Bundesrepublik Deutschland hat sich lange dagegen gewehrt, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten. 90 Unionspolitiker, darunter die heutigen Minister Wörner, Mertes und Zimmermann stimmten selbst noch 1974 im Bundestag gegen die Ratifizierung dieses Vertrages.
Über einen offiziellen Vorbehalt bei der Ratifizierung hat sich die BRD ausdrücklich die Beteiligung an einer westeuropäischen Atomstreitmacht offengehalten. Auch die Politik der diversen Bundesregierungen nach Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag läßt sich mit einer konsequenten Nichtverbeitungspolitik nicht in Einklang bringen:

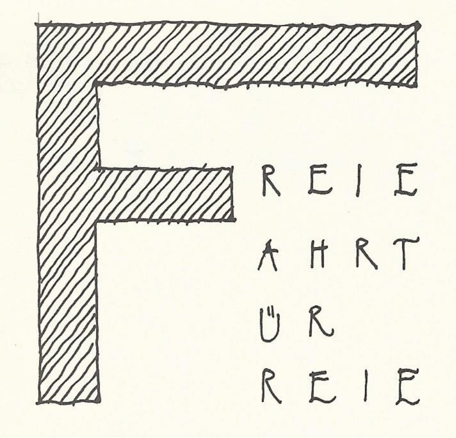
- Warum liefert die Bundesrepublik seit 1975 Atomanlagen und/der nukleare Komponenten überwiegend in Länder, die dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten sind und die militärische Option verfolgen (Brasilien, Argentinien, Südafrika u.a.)?
- Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem illegalen Uranabbau in Namibia, an dem auch die BRD beteiligt ist, und dem Versuch, die Unabhängigkeit Namibias zu hintertreiben?
- Warum beteiligt sich die Bundesrepublik derzeit an der Errichtung und Plutoniumbeschickung des Schnellen Brüters in Malville, für den auch eine militärische Verwendung im Rahmen der französischen Atomstreitmacht vorgesehn ist?
- Welche militärischen Perspektiven ergeben sich für die Bundesrepublik aus dem Einstieg in die Plutoniumwirtschaft durch Schnelle Brüter und WAA? Welche Perspektiven bestehen heute schon durch die geheingehaltene Verwahrung waffenfähiger Rohstoffe in Hanau und wie ist vor diesem Hintergrund der geplante Ausbau der Hanauer Lagerstätten für hochangereichertes Uran und Plutonium zu bewerten?
- Wie einflußreich sind die Kräfte in der BRD, die eine "Westeuropäische Atomstreitmacht" mit bundesdeutscher Beteiligung oder eine nationale Atombewaffnung fordern? Wird die Diskussion über eine Wiederbelebung der Westeuropäischen Union (WEU) als Vehikel für eine europäische Atomstreitmacht benutzt? Welche Konsequenzen würde die Errichtung einer solchen Atomstreitmacht in Europa und im Hinblick auf die weltweite Kriegsgefahr haben?
- Schafft sich die Bundesrepublik mit der Beteiligung an Weltraumprogrammen (deutsch-französisches Satelitenprogramm, Kooperation mit den USA <Krieg der Sterne>) u.a. eine Voraussetzung für die gleichberechtigte Integration in die Reihen der Atommächte?
- Steht die Entwicklung weitreichender Flugkörper durch die BRD in einem Zusammenhang mit Bestrebungen nach einer möglicherweise eigenen Atomstreitmacht und werden hierdurch Abrüstungsschritte in Westeuropa blockiert?
- Wie ist das Eintreten der Bundesregierung für die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen, gegen die Einbeziehung der Nukleararsenale von Frankreich und Großbritannien in Abrüstungsverhandlungen und gegen einen Teststopp für Atomwaffen im Zusammenhang mit der Abrüstungsverpflichtung des Atomwaffensperrvertrages zu bewerten?
- Warum will die Bundesregierung das völkerrechtliche Einsatzverbot von Massenvernichtungsmitteln gegen Zivilisten durch einen sog. "Nuklearvorbehalt" einschränken?

Über diese Fragen wurde bisher in der Bundesrepublik öffetnlich kaum diskutiert. Soweit die Themen aufgegriffen wurden, geschah dies meist in isolierter Form - Anti-AKW-Bewegung, Dritte-Welt-Gruppen und Friedensbewegung betrachteten jeweils Teilaspekte, nicht den Gesamtzusammenhang.
Die Konferenz "Atomwaffensperrvertrag und Bundesrepublik Deutschland" wird daher vor allem zwei Funktionen erfüllen: Aufbrechen der Tabuisierung, Aufheben der Zersplitterung der Diskussion! Vor dem Hintergrund der weltpolitischen Situation wird die Politik der Bundesrepublik analysiert werden. Wir brauchen Antworten auf die offenen Fragen, müssen zu einer gemeinsamen Einschätzung kommen - um dann gemeinsam gegen atomare Rüstung, gegen die Weiterverbreitung nuklearer Technologien und gegen das Atomprogramm in der Bundesrepublik vorgehen zu können.

Aktuelle Informationen zur Berufsverbotspraxis

Bei seinem letzten Treffen am 19.5.85 befasste sich der Koordinierungsausschuß der Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote in Baden-Württemberg mit der derzeitigen Berufsverbotepraxis bei Bundes- und Landesbehörden.
Der Landesregierung von Baden-Württemberg wurde erst kürzlich wieder in den "Fällen" der Lehrerinnen Gerlinde Fronemann und Reinhilde Engel die Unrechtsmäßigkeit der Berufsverbotepraxis bescheinigt. Trotzdem hält die Landesregierung an ihrer Praxis fest, setzt sich über gerichtliche Bescheide hinweg und betreibt die Verfahren weiter. So auch bei dem Lehrer Klaus Lipps aus Badeb-Baden, wo in absehbarer Zeit mit der Verhandlung vor dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim zu rechnen ist.
Beim Amtsgericht in Lörrach soll der Personalratsvorsitzende Gerd Wernthaler aus dem Dienst entfernt werden. Ohne Beweise wurden ihm vom Innenministerium folgende "gerichtsverwertbare Erkenntnisse" unterstellt: Der Besuch von öffentlichen Veranstaltungen der DKP und SDAJ, sowie das Mitführen eines Transparentes an der DGB-Kundgebung am 1.Mai 1984 mit der Aufschrift "Arbeit für alle - DKP". Diese Vorwürfe nahm die vorgesetzte Dienstbehörde von G. Wernthaler zum Anlaß, zu überprüfen, ob ein Dienstvergehen vorliegt.
Ein Papier zur Friedensstiftung im Deutschunterricht war für das baden-württembergische Kultusministerium Anlaß, dem Hochschulprofessor Albrecht Schau Prüfungsverbot zu erteilen. Mit dem Entzug der Prüfungsberechtigung will Mayer-Vorfelder offensichtlich jetzt auch im Hochschulbereich kritische Diskussionen unterbinden.
Auf Betreiben von Postminister Schwarz-Schilling soll am 15.-19 Juli 85 vor dem Bundesdisziplinargericht in Karlsruhe dem Freiburger Postbeamten Berthold Goergens der Prozeß "gemacht" werden. Seit 1977 versucht das Bundespostministerium ihn kleinzukriegen, das Verfahren begann mit einer NATO-Sicherheitsüberprüfung. Berthold Goergens wird beschuldigt, Mitglied der DKP zu sein und für sie kandidiert zu ahben. Dazu kommt die Anschuldigung, am 5.10.1983 an den 5 Mahnminuten des DGB teilgenommen zu haben.
Die Bundesregierung und nicht zuletzt auch die Landesregierung von Baden-Württemberg verstoßen mit ihrer Berufsverbotepraxis nicht nur gegen das Grundgesetz, sondern auch gegen internationales Recht. Erst vor kurzer Zeit hat ein vom Internationalen Arbeitsamt (ILO) in Genf eingesetzter Untersuchungsausschuß die Berufsverbotepraktiken in der Bundesrepublik gerügt.

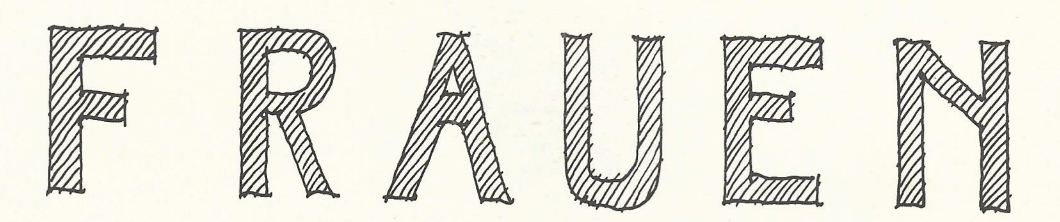




Gewalt gegen Frauen nimmt ständig zu: sei es in Form von Vergewaltigung, Anpöbeleien, Handgreiflichkeiten oder durch Rücknahme der bescheidenen Reform des § 218, der Kürzung der Frauenhausgelder, der Propagierung eines Frauenbildes, das der Frau eine Existenzberechtigung nur als Mutter zubilligt. Vergewaltigung oder Anmache ist kein persönliches Problem der beiden beteiligten Menschen, sondern ein allumfassendes. Nicht einzelne "krankhafte" oder psychisch gestörte Männer sind die Ursache. Vielmehr liegen die Gründe in einer Gesellschaft, in der die Frau als Sexualobjekt behandelt wird. Sie muß in allen Bereichen, auch ungefragt zur Verfügung stehen.

Auch die Presse betreibt HERRschaftspropaganda, wenn sie gewaltsame Übergriffe auf Frauen als Privatangelegenheiten der einzelnen Betroffenen darstellt, wenn sie durch reißerische und frauenverachtende Aufmachung männlichen Voyeurismus befriedigt. So wenig individuell das Problem der Vergewaltigung ist, so sucht doch jede Frau, sich auf ihre Weise davor zu schützen; in den meisten Fällen defensiv durch Rückzug aus der Öffentlichkeit und Selbstbeschränkung: wir gehen vor allem nachts nicht allein weg oder wählen nur belebte Straßen, wir trampen nicht, gehen nicht ohne Begleitung in Kneipen.

Aber auch andre, weniger augenschneinliche Verhaltensweisen gehören dazu: ständige Kontrolle unserer Körperhaltung und unserer Blicke. Werden wir dennoch angepöpelt oder vergewaltigt, haben wir doch irgendetwas 'falsch gemacht', den Mann 'gereizt und animiert', sind wir in den Augen der Männer mindestens mitschuldig.
Vom Phantom der Mitschuld profitiert jeder Mann und es verweist sämtliche Frauen in ihre klassiche 'weibliche' Rolle.
Daher ist Gewalt gegen Frauen ein GESELLSCHAFTLICHES Problem, das nicht provat zu bewältigen ist.
'MÄNNER ERHEBEN TERRITORIALANSPRÜCHE AUF DIE ÖFFENTLICHKEIT - DIE FRAUEN HABEN HÖCHSTENS EIN TRANSITVISUM!'



Deshalb fordern wir:

AUSGANGSVERBOT FÜR MÄNNER
ODER IN BEGLEITUNG EINER FRAU

Weiter fordern wir:

TAXI VON FRAUEN FÜR FRAUEN
ZUM STRAßENBAHNTARIF RUND UM DIE UHR

Diese Forderung soll nicht die Illusion stärken, mit einer derartigen Maßnahme könne das strukturelle Problem der Männergewalt grundsätzlich angegangen, gar gelöst werden. Sie ist einzig und allein eine Schutzmaßnahme gegen Gewalt der der Männer.
Aber diese Maßnahme hat den Vorteil, daß sie realisierbar ist und daß sie deutlich macht:

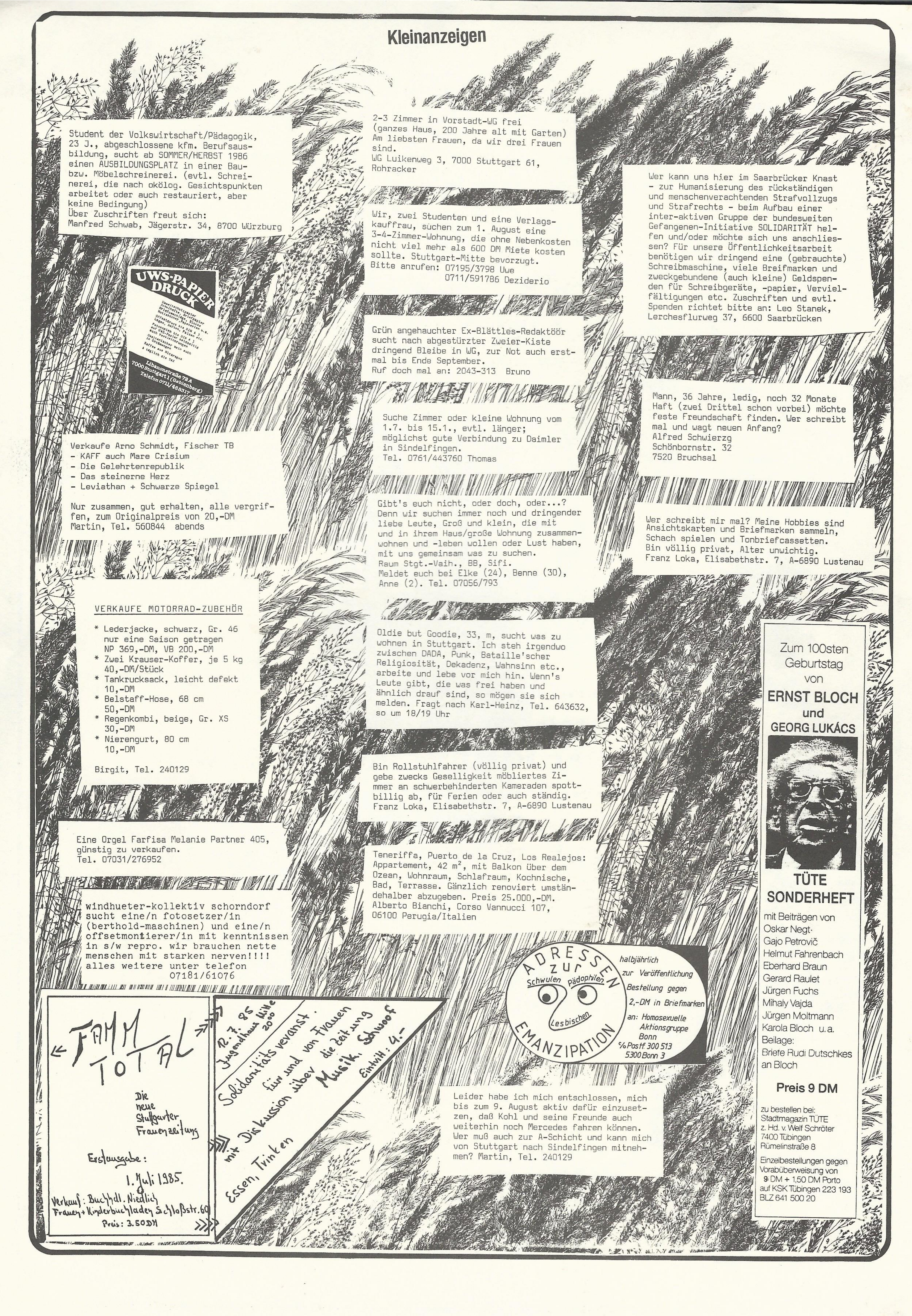
Jede Frau kann von jedem Mann angequatscht, angefaßt, beleidigt werden.
Egal, ob sie von der Arbeit kommt oder sonst unterwegs ist.
Egal, welche 'gefährliche' oder 'ungefährliche' Straße sie wählt
Egal, wie lang ihr Weg ist.
Solange der Mann auf der Strasse diese für sich besetzt, haben wir höchstens ein Transitrecht, müßen wir Zoll in Form von ANGST, ANMACHE, der GEFAHR einer VERGEWALTIGUNG oder VERGEWALTIGUNG entrichten.

Einen entsprechenden Antrag werden wir im Stadtrat einbringen.

Kontaktpersonen:
Barbara 64 14 o5 LIOBA 641803
Anne 53 31 74
Muka 81 66 68



Kleinanzeigen



Student der Volkswirtschaft/Pädagogik, 23 J., abgeschlossene kfm. Berufsausbildung, sucht ab SOMMER/HERBST 1986 einen AUSBILDUNGSPLATZ in einer Bau- bzw. Möbelschreinerei. (evtl. Schreinerei, die nach ökolog. Gesichtspunkten arbeitet oder auch restauriert, aber keine Bedingung)
Über Zuschriften freut sich:
Manfred Schwab, Jägerstr. 34, 8700 Würzburg

2-3 Zimmer in Vorstadt-WG frei (ganzes Haus, 200 Jahre alt mit Garten) Am liebsten Frauen, da wir drei Frauen sind.
WG Luikenweg 3, 7000 Stuttgart 61, Rohracker

Wir, zwei Studenten und eine Verlagskauffrau, suchen zum 1. August eine 3-4-Zimmer-Wohnung, die ohne Nebenkosten nicht viel mehr als 600 DM Miete kosten sollte. Stuttgart-Mitte bevorzugt.
Bitte anrufen: 07195/3798 Uwe
0711/591786 Deziderio

Wer kann uns hier im Saarbrücker Knast – zur Humanisierung des rückständigen und menschenverachtenden Strafvollzugs und Strafrechts – beim Aufbau einer inter-aktiven Gruppe der bundesweiten Gefangenen-Initiative SOLIDARITÄT helfen und/oder möchte sich uns anschliessen? Für unsere Öffentlichkeitsarbeit benötigen wir dringend eine (gebrauchte) Schreibmaschine, viele Breifmarken und zweckgebundene (auch kleine) Geldspenden für Schreibgeräte, -papier, Vervielfältigungen etc. Zuschriften und evtl. Spenden richtet bitte an: Leo Stanek, Lerchesflurweg 37, 6600 Saarbrücken

Grün angehauchter Ex-Blättles-Redaktöör sucht nach abgestürzter Zweier-Kiste dringend Bleibe in WG, zur Not auch erstmal bis Ende September.
Ruf doch mal an: 2043-313 Bruno

Suche Zimmer oder kleine Wohnung vom 1.7. bis 15.1., evtl. länger; möglichst gute Verbindung zu Daimler in Sindelfingen.
Tel. 0761/443760 Thomas

Mann, 36 Jahre, ledig, noch 32 Monate Haft (zwei Drittel schon vorbei) möchte feste Freundschaft finden. Wer schreibt mal und wagt neuen Anfang?
Alfred Schwierzg
Schönbornstr. 32
7520 Bruchsal

Verkaufe Arno Schmidt, Fischer TB
- KAFF auch Mare Crisium
- Die Gelehrtenrepublik
- Das steinerne Herz
- Leviathan + Schwarze Spiegel

Nur zusammen, gut erhalten, alle vergriffen, zum Originalpreis von 20,-DM
Martin, Tel. 560844 abends

Gibt's euch nicht, oder doch, oder...? Denn wir suchen immer noch und dringender liebe Leute, Groß und klein, die mit und in ihrem Haus/große Wohnung zusammenwohnen und -leben wollen oder Lust haben, mit uns gemeinsam was zu suchen.
Raum Stgt.-Vaih., BB, Sifi.
Meldet euch bei Elke (24), Benne (30), Anne (2). Tel. 07056/793

Wer schreibt mir mal? Meine Hobbies sind Ansichtskarten und Briefmarken sammeln, Schach spielen und Tonbriefcassetten. Bin völlig privat, Alter unwichtig.
Franz Loka, Elisabethstr. 7, A-6890 Lustenau

VERKAUFE MOTORRAD-ZUBEHÖR

* Lederjacke, schwarz, Gr. 46 nur eine Saison getragen NP 369,-DM, VB 200,-DM
* Zwei Krauser-Koffer, je 5 kg 40,-DM/Stück
* Tankrucksack, leicht defekt 10,-DM
* Belstaff-Hose, 68 cm 50,-DM
* Regenkombi, beige, Gr. XS 30,-DM
* Nierengurt, 80 cm 10,-DM

Birgit, Tel. 240129

Oldie but Goodie, 33, m, sucht was zu wohnen in Stuttgart. Ich steh irgendwo zwischen DADA, Punk, Bataille'scher Religiosität, Dekadenz, Wahnsinn etc., arbeite und lebe vor mich hin. Wenn's Leute gibt, die was frei haben und ähnlich drauf sind, so mögen sie sich melden. Fragt nach Karl-Heinz, Tel. 643632, so um 18/19 Uhr

Bin Rollstuhlfahrer (völlig privat) und gebe zwecks Geselligkeit möbliertes Zimmer an schwerbehinderten Kameraden spottbillig ab, für Ferien oder auch ständig.
Franz Loka, Elisabethstr. 7, A-6890 Lustenau

Eine Orgel Farfisa Melanie Partner 405, günstig zu verkaufen.
Tel. 07031/276952

Teneriffa, Puerto de la Cruz, Los Realejos: Appartement, 42 m², mit Balkon über dem Ozean, Wohnraum, Schlafraum, Kochnische, Bad, Terrasse. Gänzlich renoviert umständehalber abzugeben. Preis 25.000,-DM.
Alberto Bianchi, Corso Vannucci 107, 06100 Perugia/Italien

windhueter-kollektiv schorndorf sucht eine/n fotosetzer/in (berthold-maschinen) und eine/n offsetmontierer/in mit kenntnissen in s/w repro. wir brauchen nette menschen mit starken nerven!!!! alles weitere unter telefon 07181/61076

Leider habe ich mich entschlossen, mich bis zum 9. August aktiv dafür einzusetzen, daß Kohl und seine Freunde auch weiterhin noch Mercedes fahren können. Wer muß auch zur A-Schicht und kann mich von Stuttgart nach Sindelfingen mitnehmen? Martin, Tel. 240129